

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 3 Mark, für das übrige Ausland
 8 Mark pro Monat.

Erste Ausgabe außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolon-
 nelle oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Veranlassungs-Anzeigen 25 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (lett-
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 24. Juni 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Zehnmillionenfonds für bedürftige Offiziere.

Die Freiherr v. Mirbach bei den Reichern im Lande den Klingelbeutel schwingen, um der Religion der Armut prunkvolle Kirchen zu bauen, so schwingen ihn nun Fürst Guido Händel v. Donnermarkt und Reichsbankpräsident Koch, um Offizieren, den Leuten von der „guten alten Tradition preussischer Einfachheit“ Liebesgaben zuzusteden.

Die Freiherr v. Mirbach sich die Kleinen Gaben unter 25 M. als nicht gern gesehen verbat, so fordern auch die neuen Sammelpolitiker Zehntausende, Hunderttausende auf ein Brett. Die Freiherr v. Mirbach für evangelische Kirchen die Mannen der Juden heranzog, so sollen auch nockende Edelsteine aus den Tresors derer gepfeift werden, deren Söhne man kaum für wert hält, den Befreiungskampf zu etwachen, geschweige Offiziere zu werden.

Die Geschichte vom Zehnmillionenfonds für Offiziere zeigt jene sehr erlautenden Kreise in einer Verwirrung der Anschauungen und Sittenbegriffe, wie sie selbst derjenige als unmöglich gehalten hätte, der weit entfernt ist, die Herrschenden mit Aristokraten im wahren Wortsinne, mit den Besten zu verwechseln. Die lächerliche Phantasie eines Sozialdemokraten hätte solch groteske Geschichte nicht erfinden können, wie sie hier als Wahrheit enthüllt wird.

Die „Zukunft“ vermag ihre früheren Mitteilungen über die Geheimkonventionen der Berliner Finanzmänner, die nicht abgelehnt werden konnten, zu ergänzen. Jeder Strich, um den das Bild vervollständigt wird, zeigt neue Wunder der Sympathie, da „Religion, Ordnung und Sitte“ sich im Stillstand mit den Kröpfen der Hochfinanz liebevoll finden.

Also begab sich der Liebesgabenbettel für die Edelsten der Nation:

Wenn der Reichsbankpräsident das onus (Last) der ersten „Anregung“ auf sich nehmen will, darf niemand ihn hindern; daß sie wirklich von ihm ausging, ist nie aus mancherlei Gründen zweifelhaft. Eingeladen aber hat er, die Leiter großer Bankfirmen und Industriergesellschaften (nicht nur „Hiesiger“) und andere reiche Herren ins Reichsbankgebäude gerufen. Fast alle ahnten, daß es sich diesmal nicht um Diskontfragen, überhaupt nicht um Geschäftsangelegenheiten handeln werde, sondern um die silberne Hochzeit des Kaisers. Fast alle pfiffen auf dem Weg aus der Beiden- in die Jägerstraße, laut oder leise, die Melodie aus dem Vortextanten: „Element! Das kostet Geld!“ Fürst Guido v. Donnermarkt, der Urenkel des 1624 gestorbenen kaiserlichen Hofdieners, Handelsmannes und Hoflieferanten Lazarus Händel, der in allen kaiserlichen Erblanden die Bergwerke geleitet hatte und für seine einträgliche Arbeitsleistung in den Reichsfürstentum erhoben worden war, sprach das erste Wort. Wichtig: die silberne Hochzeit. Aber nichts von den Häusern am Pariser Platz (der Plan, sie dem Kaiser zu schenken, damit das Brandenburgische Tor „frei stehen“ könne, war ja auch einmal aufgetanzt), sondern vom Offizierkorps. Dem müsse die alte Lebensfreudigkeit (nach der schon Oswald Alving sich sehnte) wiedergewonnen werden. Um den Offizierersatz sei es schlimm bestellt und man dürfe, im Angesicht äußerer und innerer Schwierigkeiten, nicht warten, bis die Rotweiligkeit zwingt, die Söhne wohlhabender, doch im Staatsdienst noch nicht bewährter Familien in die Kommandostellen aufrücken zu lassen. Der Fonds, aus dem jetzt die Königszulage bewilligt wird, reiche für das Bedürfnis einer veränderten Zeit nicht mehr aus; ihn zu stärken, sei darum ein nobilit officium der besten Bürger. Mit zehn Millionen Mark sei die Sache zu machen. Man habe den Appell zunächst auf einen kleinen Personenkreis beschränkt, weil ein Teil der westlichen Großindustrie leider durch politische Vorgänge verstimmt sei. . . .

Aufmerksam lauschte alles dem klugen Fürsten, den jeder Geschäftsmann als eine intellektuelle und finanzielle Großmacht schätzte; im stillen fragte sich mancher, warum dieser vornehme Herr, der am zehnten August fünfundsiebzig Jahre alt wird und mindestens fünfundsiebzig Millionen besitzt, nicht mit dem Plek, Ujest, Schaffgotsch und anderen schlechten Gerichten allein die Last der neuen Stiftung auf sich nehme. Warum die Lieferung der zehn Millionen einer Gesellschaftsaktion zugemutet werde, deren zahlungsfähigste Mitglieder Juden sind und deshalb nicht hoffen dürfen, ihre Söhne im Offizierstand vor der Front des Heeres zu sehen. Einer hatte den Mut, diesen Bedenken Worte zu leihen; natürlich wars kein Kind Israels. Ein urgermanischer Bankier sagte, die jüdischen Verursachungen müßten die Aufforderung zu solchem Geschenk als ein selbstames Annehmen empfinden; denn im Grunde werde ihnen damit das offene Bekenntnis zugemutet, daß sie zur Stellung brauchbaren Offizierersatzes noch immer nicht geeignet und nur gerade gut genug seien, den nach der herrschenden Meinung besser qualifizierten mit ihrem Gelde das Offizierleben zu erleichtern. Diesen Einwand schlen Fürst Donnermarkt nicht erwartet zu haben; seine Antwort klang ein bisschen gereizt. Er habe sich in seinem Leben oft um den Ausgleich sozialer Gegensätze bemüht und hoffe, auch hier nicht auf unüberwindliche Schwierigkeiten zu stoßen; ganz leise und unterbindlich, doch laut genug für seine Ohren wurde die Möglichkeit angedeutet, gerade ein Zeichen patriotischen Gemeinnsinns, wie es jetzt erbeten werde, könne vielleicht Hindernisse beseitigen, die heute noch berechtigten Ansprüchen den Weg sperren. Der Chef der Firma Delbrück, Leo u. Co., die zu den mannichfachen großen Unternehmungen des Geschäfts-

magnatenhäufes Händel finanzielle Beziehungen hat, stimmte dem Fürsten in begeisterten Tönen zu und ängstete die Ungetauften mit der Behauptung: wenn die Juden sich ausschlossen, würden sich schnell genug deutsche Christen zur Ausführung des schönen Planes finden. Dieser Ausschluß ist aber nicht zu befürchten; die enthusiastischste Rede für den Donnermarkt-Plan, eine von royalistischem Treugefühl, von Liebe für Thron und Heer himmelan lodrende Rede hielt ja Herr Albert Vallin, der sich stolz zu Semisöhnen zählt. Zu einem der Bedarfs deckenden Ergebnisse haben die ersten beiden Versammlungen noch nicht geführt; man hat den definitiven Beschluß auf den Herbst vertagt und vorläufig, auf den Antrag eines israelitischen Großbankiers, sich nur darüber geeinigt, daß die Banken und Firmen als solche sich an dem Geschenk nicht beteiligen sollen. Damit war manchem Beladenen schon ein Stein vom Herzen genommen. Denn die Pflicht zur Wahrung des Großmachtshimmels hätte die Deutsche Bank und Reichsbank gehindert, mit ihrer Treibziffer allzu weit hinter der Diskontgesellschaft und Mendelssohn zurückzubleiben. Jetzt sollen die Chefs für ihre Person zeichnen; da findet der einzelne sich schon eher zurecht. Doch darf man nicht etwa wähnen, der Plan sei gescheitert; ein paar Millionen sind bereits zusammengebracht und eine davon, eine ganze, hat Fürst Guido Händel von Donnermarkt gezeichnet. Der nun erst kommt und ärgerlich darüber sein soll, daß der gar heimlich betriebene Handel ans Licht gebracht wurde. . . .

Nicht aus dem Einfall süchtiger Laune, aus wohlüberlegtem und zielbewußt verfolgtem Plan erwich dieser Vettel. Nicht ein, sondern zwei Zusammenkünfte haben bereits stattgefunden. Wohl erstanten die abgehärteten Finanziers, als ihnen solch Ansinnen gestellt wurde, aber sie werden allgemein die Ehreng verstehen lernen, deren sie teilhaftig werden sollen, und wenn der Herbst ins Land kommt und die Blätter fallen, mögen auch dem „Gißbaum der Vorse“ die Tausendmarkblätter fallen zur Auflese für die Bedürftigen des „ersten Standes“. Schon stellt Fürst Donnermarkt, der Einflußreiche am Hofe, in Aussicht, daß einige Jünglinge aus Judas Stroh in die Laufbahn der Edelsten angelassen werden könnten, wenn die Väter die patriotische Zahlung leisten. Welch herrliche Aussichten eröffnen sich! Um 50 000 Reichsmark sichert der Börsemann seinem Sprößling den Unteroffizier, um 100 000 den Leutnant, um 500 000 mag er es bis zum Hauptmann bringen, um einige Millionen bis zum Major.

Der Präsident der Reichsbank aber ist nicht ein beliebiger Privatmann, dessen Kun die Deffenlichkeit nicht kimmert. Er ist hoher Beamter des Reichs, er ist seinem Vorgesetzten, dem Reichskanzler verantwortlich. Hat der Reichsbankdirektor, diese Frage fordert dringlich Verantwortung, auf eigene Hand sich dem Donnermarkt-Plan dienstbar gemacht oder weiß der Reichskanzler von dem wilden Mandat?

Guido Händel v. Donnermarkt aber, der reiche Magnat und Herrenhändler, und Herr Vallin sind Bevorzugte des Kaisers selbst. Es ist der tollen Historie tollstes Stück, daß diese Herrschaften, die dem Kaiser nahe sind, den Gedanken zu erfassen und in die Tat umzusetzen wagen, dem Kaiser zum Fest der silbernen Hochzeit das Vettelgeld der Finanz zur Verteilung an Offiziere zu überweisen. Herr Vallin durfte dem Monarchen die Probefahrt auf dem „Meteor“ bieten und Freibilletts auf seinen Schiffen für Minister gewähren, nun wähnt er bereits, der Kaiser könne die Geschmackslosigkeit teilen, den Offizieren der Armee Unterstellungen aus geschworenen Geldern zuzumuten. Wir Sozialdemokraten stehen gegenüber zum heutigen Offizierstand, da er eine Sonderkaste bildet, die dem Volke und seinen freirechtlichen Bemühungen bewußt entgegensteht. Doch bei aller Begierde schämen wir das Ehrgefühl der Angehörigen dieses Standes zu hoch ein, als daß sie sich dieser würdelosen Alimentation unterziehen könnten.

Das wilste Sittenbild entbehrt jedoch auch nicht staatsrechtlicher Bedeutung.

Der Zehnmillionenfonds wäre verfassungswidrig. Dem Kaiser steht ein zweifacher Dispositionsfonds zur Unterstüßung von Offizieren und Offiziersfamilien in besonderen Notlagen zur Verfügung. Diese Fonds sind vom Reichstag im Etat bewilligt, sie werden vom Kriegsministerium verwaltet und das Kriegsministerium und der Reichskanzler sind dem Parlament für die Verwendung der Summen verantwortlich. Ein Fonds, wie ihn Fürst Donnermarkt und Vallin ausbringen und dem Kaiser zu überreichen planen, würde in die Privatschatulle des Kaisers fließen. Es wäre wider das Staatsrecht, wenn der Kaiser für die Armee oder das Offizierkorps oder einen Teil des Offizierkorps private Mittel aufwenden wollte. Die Armee kann nichts empfangen, was nicht der Reichstag bewilligt. Anderenfalls wäre das wichtigste Recht des Reichstags illusorisch, durch Bewilligung oder Verweigerung finanzieller Mittel über Stärke und Befoldung der Armee gleichberechtigt mit der Regierung zu befinden. Dann würden die Offiziere nicht mehr dem Lande gehören, sondern dem Kaiser. Dann würde das Offizierkorps zur Prätorianertruppe erniedrigt, die vom Solde des Kriegsherrn abhängt. Dann braucht man auch bei der Unterstüßung bedürftiger Offiziere nicht stehen zu bleiben, die Finanz könnte aus ihren Taschen die Abstriche des Reichstags vom Militär- und Marineetat ausgleichen, sie könnte dem Kaiser die gewünschten Summen geben, damit er Kanonen und Panzerschiffe bauen lasse oder ganze Armeekorps aufwerbe.

Wie lange noch wollen die Verantwortlichen der Regierung ein solches Treiben schweigend gemähen lassen?

Ist der Einfluß der Donnermarkt und der Vallin mächtiger als das Gefühl persönlicher und politischer Sauberkeit bei der Regierung?

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Juni.

Zur Marofffrage

Abermittelt der Berliner Korrespondent der „Frankf. Zig.“ seinem Blatte die folgenden aus der Wilhelmstraße bezogenen Ausführungen:

An amtlichen Stellen ist man der Ansicht, daß die Note Rouviers für eine Verständigung keine genügende Grundlage bietet. Die Vorrechte, die Frankreich auch nach dieser Note in Marokko in Anspruch nimmt, werden nicht alle von Deutschland anerkannt werden, wie man auch nach der Haltung des Sultans annehmen muß, daß er sie nicht alle anerkennt. Das schließt eine Verständigung im weiteren Verlaufe der Verhandlungen nicht aus. Außerdem aber wird in einzelnen Blättern wieder auf den Weg direkter Verhandlungen Deutschlands mit dem Sultan von Marokko erforderlichensfalls hingewiesen. In einer hiesigen Wochenschrift „Europa“ wird gewissermaßen im Tone einer Entschuldigserklärung erzählt, daß der Reichskanzler beim Beginn des Eingreifens Deutschlands in die marokkanische Frage sich vergewissert habe, ob Heer und Marine auch für den schlimmsten Fall in Bereitschaft seien. Denn wenn er auch die feste Absicht gehabt habe, den Krieg zu vermeiden, so habe er doch auch mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß die Dinge gegen seinen Willen einen anderen Lauf nehmen. Wie nehmen ohne weiteres an, daß das, was da erzählt wird, in der Hauptsache richtig sein wird, denn es ist einfach selbstverständlich, es hieße den Ernst und die Bedeutung der an die marokkanische Angelegenheit anknüpfenden Aktion der deutschen Regierung verkennen, wenn man dem verantwortlichen Staatsmann zutrauen wollte, daß er sich nicht momentan zu einer Zeit, wo Delcassé noch am Ruder war, auch der Möglichkeit unerwünschter Wendungen und Zwischenfälle nicht bewußt gewesen wäre. Besonders schwieriger Erhebungen über den Zustand und die Bereitschaft unserer Heeres und unserer Marine wird es dazu natürlich nicht bedürft haben, denn wer die Organisation von Heer und Marine kennt, der weiß ohne weiteres, in welchem Zustand sie sich befinden. Aus diesen dem Verantwortlichkeitsgefühl der Leiter unserer auswärtigen Politik entspringenden Erwägungen Symptome kriegerischer Reaktionen herzuleiten, wäre natürlich durchaus verfehlt. Solche Reaktionen haben hier in keinem Augenblick an irgend einer verantwortlichen oder einflussreichen Stelle bestanden. Ebenso falsch ist natürlich auch, wie allmählich jeder aufmerksame Beobachter wissen konnte, die hier und da selbst noch in deutschen Blättern auftretende Auffassung, daß diese Marokkofrage kolonialpolitischen Unternehmungslust und der Absicht irgendwelchen territorialen Erwerbs entsprungen sei.

Die Darstellung zeigt, daß die Verständigung zwischen der französischen und der deutschen Regierung über Marokko noch in weitem Felde ist. Zugestanden wird, daß der Reichskanzler für nötig erachtet hat, die Frage der deutschen Kriegsberedtschaft zu stellen. Als dienstfertiger Offiziosus findet natürlich der Korrespondent der „Frankf. Zig.“ den Anlaß zu der doch nicht alltäglichen, sondern außergewöhnlichen Anfrage ausschließlich in Paris. Tatsächlich aber ist durch die jähe Schwendung der Berliner Marokkopolitik der Streit entsacht worden, und die Anfrage der Kriegsberedtschaft läßt den Gegenstand von der früheren Verbedigung über die marokkanischen Dinge zum plötzlichen Angriffsgehalt besonders hervortreten.

Wenn das, was die „Frankf. Zig.“ über das Nichtvorhandensein von weiteren kolonialpolitischen Eroberungsplänen sagt, nicht nur für die Stelle zutrifft, von der die Information ausgeht, sondern für alle wesentlichen und entscheidenden Faktoren der auswärtigen Politik Deutschlands, so könnte es auch zur Beruhigung des besorgten Auslandes beitragen. —

Die Stichwahlen in Holland.

Man schreibt uns aus Amsterdam:
 Von den 40 Stichwahlen, welche stattfinden müssen, sind zwei zwischen Liberalen untereinander. Die Liberalen haben schon 46 Sitze, und brauchen nur fünf dazu zu gewinnen, um die Mehrheit in der Kammer zu behalten. Nun ist es aber sicher, daß die übergroße Zahl der Stichwahlen für sie gar keine Aussicht auf einen Sieg bieten. Von dieser Art sind 23. Von den übrigen 15 gehen noch ab die drei, welche stattfinden zwischen Liberalen und Sozialdemokraten.

Also bleiben nur zwölf Sitze übrig, wo die Liberalen ernsthaft daran denken können, zu siegen. Sie müßten aber außerordentlich Glück haben, wenn sie von diesen zwölf Mandaten die Hälfte erobereten, und ganz sicher sähen uns nur zwei.

In 6 Kreisen findet Stichwahl statt zwischen Liberalen und Sozialdemokraten. In diesen Kreisen ist der Sieg der Sozialdemokraten gesichert. Der Antiliberalismus ist augenblicklich so stark, daß der Fall, der sich 1902 im Amsterdamer IX. Kreis ereignete, daß nämlich ein Teil der Liberalen den Liberalen Byldebel in die Stichwahl gegenüber Troelstra und in die Kammer brachte, sich jetzt nicht wiederholen kann. Am schwächsten steht Von Nol in Enkade, wo er mit 418 Stimmen in der Stichwahl steht gegenüber einem ultramontanen Arbeiter, der 6201 Stimmen, mithin einen großen Vorsprung hat. Der Liberale hatte 3020, ein Christlich-Demokrat 108. Nun gibt es in Kreise Enkade eine echte großkapitalistische Clique unter den Großindustriellen. Die schärfsten Zusammenstöße im Klassenkampf haben zwischen diesen Großindustriellen, die alle „Liberale“ sind, und den Arbeitern stattgefunden. Da ist es zu erwarten, daß ein Bruchteil der liberalen Wähler auf den Ultramontanen übergeht. Der Kampf wird da sehr heiß werden. Die Wahlbeteiligung kann fast nicht steigen, denn von den 14 308 Wählern beteiligten sich am 16. Juni 13 402 an der Wahl.

Die Vorstände der liberalen Union und des freisinnig-demokratischen Bundes haben die Parole ausgegeben: Ueberall gegen die Liberalen! Die Alt-Liberalen sagen in einem Manifest, daß die Prinzipien der Sozialdemokraten sowohl als die der Antiliberalen und Ultramontanen zu weit von denen der Alt-Liberalen abweichen, um sich an der Wahl zu beteiligen, wo Liberalen mit

Sozialdemokraten in der Stichwahl stehen. Den Christlich-Historischen geben sie aber den Vorzug, obwohl die auch zur Regierungspartei gehören. Genosse Tal steht in Franeker in der Stichwahl mit einem Christlich-Historischen; da sind aber die Liberalen keine Anhänger des Alt-Liberalismus.

Uebrigens, die Liberalen müssen vorsichtig sein, denn in mehr als zwei Duzend Kreisen haben die Sozialdemokraten die Entscheidung zwischen Liberalen und Merkmalen in Händen.

Unser Parteivorstand hat folgende Parole ausgegeben: **Parteilosen offen!** Der Kongress im Haag hat beschlossen, bei Stichwahlen ausschließlich solche Kandidaten zu unterstützen, die sich für die sofortige Durchführung des allgemeinen Wahlrechtes erklären.

Darum trägt der Parteivorstand den Organisationen auf, den folgenden Kandidaten die Frage vorzulegen:

Sind Sie Anhänger des allgemeinen Wahlrechtes und bezwecken Sie mit Ihrer Befürwortung des Blanko-Verfassungsartikels, die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes auf dem kürzesten Weg zu erreichen?

Diese Frage wird an 21 mit Namen genannte Kandidaten gestellt werden.

Für die anderen Kreise enthält sich der Parteivorstand einer Anweisung. Zu erwarten ist aber, daß die sozialdemokratischen Wähler überall links stimmen werden.

Von Interesse ist eine Uebersicht über die Parteientwicklung in den letzten Jahren:

	1901	1905	Gewinn
Liberalen	118 898	100 000	46 207
Freisinnig-Demokraten	33 274	51 858	18 584
Sozialdemokraten	38 270	65 743	27 473
Die gesamte Rechte	201 144	278 764	77 620

Die Stimmenzahl der Linken stieg also viel mehr als die der Merkmalen.

Der Außer-Rand ist jedenfalls zu Ende.

Als Wahlkuriosum kann wohl erwähnt werden, daß man im Kreis Goringen zwei liberale Wähler herbeischaffte aus Berlin. Sie hatten Erfolg. Der Kreis ward erobert durch ihre Partei, nachdem er 23 Jahre ununterbrochen im Besitz der Anti-Revolutionäre gewesen war.

Deutsches Reich.

Blößensee-Kessame. Die gegenwärtig in Berlin stattfindenden Lehrkurse für Gefängniswesen werden, wie es scheint, in geradezu probierender tollkühler Weise benutzt, um den Einbruch der Verhandlungen des Blößensee-Prozesses durch Negationstheorien für Blößensee zu verhindern. Täglich begegnen wir jetzt derartigen Waghaupten. Da wird einmal erzählt, ein Welch herrliches Hühebett der „Krampfaffen“ sei, der übrigens wirklich nicht so schlimm ist wie sein Name, der aber auch im Blößensee-Prozess nur gelegentlich erwähnt worden ist. Man hört von Besuchern in Blößensee, die natürlich außerordentlich befriedigend ausgefallen sind: die berühmte Suppe, die man bei solchen Gelegenheiten isst, schmeckt ja immer herrlich. Bei der Gelegenheit hört man allerdings auch, daß die Belegschaft von Blößensee am Besuchstage sehr gering gewesen ist, nicht viel mehr als 1000; in früheren Zeiten erreichte sie fast das Doppelte, woraus zu schließen, was damals für Zustände geherrscht haben müssen.

Der ganze Erkenntniswert dieser „Studien“ wird durch den einen Satz bei Eröffnung der Lehrkurse charakterisiert, daß die kompetenten Beurteiler des Strafvollzuges nicht diejenigen seien, die ihn erdulden. Damit wollte man die Zeugenaussagen im Blößensee-Prozess aus der Welt schaffen. Der Satz beweist aber nur, daß der, der ihn sprach, von dem Wesen des Strafvollzuges keine Ahnung hat. Jeder, der einmal längere Zeit im Gefängnis gewesen — und sozialdemokratische Redakteure sind ja auf diesem Gebiete Fachleute — weiß, daß die Welt des Strafvollzuges in Wesen und Wirkung so eigentümlich ist, daß man von außen durch selbst aufmerksamer und längere Beobachtung keine irgend zutreffenden Vorstellungen gewinnen kann. Die Intimitäten vollends der Gefängnisverwaltung bleiben natürlich den „Revisoren“ durchaus verschlossen.

Am Donnerstagsabend hat nun der Oberstaatsanwalt J s e n b e i l in eigener Person an dieser Beherrschung von Blößensee teilgenommen. Das gern gegebene Zugeständnis, daß sich in Blößensee die Beamten nicht wider Gesetz und Vorschrift verhalten hätten, übersehte Herr Jsenbiel dahin, der Blößensee-Prozess habe ergeben, daß gegen die preussische Gefängnisverwaltung nicht das mindeste zu sagen wäre, aus dieser Feuerprobe sei sie völlig intakt hervorgegangen. Wenn auch bei der Unvollkommenheit menschlicher Einrichtungen einzelne Mißgriffe nicht ausgeschlossen werden könnten, so habe doch das System diese außerordentliche Probe sehr gut bestanden.

Welches System? Doch das des Strafvollzuges. Wie aber denkt sich Herr Jsenbiel diesen Strafvollzug? Er äußerte sich darüber auf Grund seiner dreißigjährigen Erfahrung:

„Wenn betont worden sei, daß die Strafe ein Uebel sein müsse, so stimme er dem voll und ganz bei, ja, er gehe noch einen Schritt weiter, indem er von einem gerechten Strafvollzug verlange, daß die Strafe dem Rechtsbrecher zur Pein und Qual werden müsse und daß alle Freude und jeglicher Genuß aus dem Gefängnis zu bannen sei. Wenn er so für intensive Vollstreckung der Freiheitsstrafen plädiere, so sei er gleichwohl geneigt, für deren Abmilderung einzutreten.“

Wenn Pein und Qual Sinn und Zweck des Strafvollzuges sein soll, dann hat allerdings der Blößensee-Prozess nichts ergeben, was durch die „Feuerprobe“ die Verwaltung und das System tangiert haben könnte. Dann rede man aber auch nicht von Humanität, dann entlasse man alle Gefängnisärzte als überflüssig und verjage nicht in krassem Widerspruch mit sich selbst die Stätte der Pein und Qual als Paradies zu schildern.

Nach diesen Proben zu schließen, werden die Schüler der Lehrkurse verdammt wenig lernen. Eine Woche Gefängnis, am eigenen Leibe verbracht, würde die ganzen „Lehren“ über den Haufen werfen. Aus den weiteren Äußerungen des Herrn Jsenbiel geht hervor, daß selbst bei dem Strafvollzug an Geisteskranken nichts Wesentliches gebessert werden dürfte:

Man habe gesagt, die Richter möchten mehr Psychologie treiben; dann würden Begriffe vermieden werden. Vielleicht sei aber die Forderung am Plage, daß die Herren Ärzte sich mehr in das Strafrecht verlesen; denn bei manchen der modernen Krankheiten, wie z. B. der sequellen Paranoia und den verschiedenen Pervertitäten, müsse man sich doch fragen: Sind das Krankheiten, die eine Strafausschließung begründen oder sind es nicht vielmehr Laster? Wie oft komme es vor, daß ein ungetreuer Kassenbeamter — mit guten Gründen der ärztlichen Wissenschaft — für geisteskrank erklärt werde; bei aller Hochachtung vor den optima sibi abgegebenen Gutachten der Psychiater, könne man sich aber oft nicht von der Richtigkeit dieses Votums überzeugen, so lange nicht einmal ein Defraudant vorgeführt werde, der infolge solcher Willensstrübung Geld in die fremde Kasse hineingelegt habe. Ob den verdächtigen Kranken in den geplanten „Zwischenanstalten“ eine bessere Behandlung werde geboten werden können als heute, sei sehr zu bezweifeln.

Herr Jsenbiel glaubt also nicht recht an Geisteskrane, und demzufolge wird man wohl auch künftig in den Gefängnissen die Geisteskranken als Simulanten behandeln. Mit dem Wig, daß

erst der Geisteskrane vorgeführt werden sollte, der Geld in die Kasse legt, entscheidet der Oberstaatsanwalt die furchtbare Frage. Vor einiger Zeit fungierte einmal ein Staatsanwalt, dessen blutige Strafanträge bei Bagatelvergehen allgemein Aufsehen erregten; er wurde bald darauf berrückt. Soll man an der Geisteskrankheit von Staatsanwälten etwa so lange zweifeln, bis sich einer gelgt, der aus Wahnsinn immer auf Freisprechung plädiert?

Aus der Debatte des Vortrags sei noch eine interessante Einzelheit erwähnt. Es wurde die Frage erörtert, ob es zulässig erscheine, sozialdemokratischen oder anarchistischen Gefangenen die Lektüre ihrer Parteischriften (Zeitungen etc.) zu gestatten. Für Strafanstalten wurde diese Frage von vornherein verneint, was die Untersuchungsgefängnisse anbetrifft, so haben sich in der Praxis Zweifel ergeben. In einem Konferenzsaal hatte der Richter die Lektüre eines sozialdemokratischen Blattes genehmigt, die Gefängnisverwaltung die Zulassung aber verweigert. Dieser letztere Standpunkt wurde von der Oberstaatsanwaltschaft gutgeheißen. Diese Entscheidung wurde von allen Bedenken gebilligt: Das Untersuchungsgefängnis sei eine staatliche Anstalt und der Staat könne auf keine Weise gezwungen werden, in seinem eigenen Hause Bestrebungen vorzuschub zu leisten, die auf den Umsturz der staatlichen und Gesellschaftsordnung abzielen. Hervorgehoben wurde, daß bisher kein sozialdemokratischer etc. Schriftsteller nach derartiger Lektüre verlangt habe.

Diese Auffassung ist geradezu verfassungswidrig. Die Sozialdemokratie ist eine durchaus gleichberechtigte Partei, und es ist nicht die Aufgabe des Strafvollzuges, geschweige der Untersuchungsanstalt, gegen die Sozialdemokratie zu agitieren. Hält man die Anwesenheit sozialdemokratischer Zeitungen mit der Würde eines Gefängnisses nicht für vereinbar, so sollte man doch erst recht darauf verzichten, sozialdemokratische Menschen im Gefängnis zu dulden. Bis vor kurzem hat man es sogar gewagt, sozialdemokratischen Schriftstellern in Wlogensee — offenbar im Interesse der Zufügung von „Pein und Qual“ — nur die Lektüre vom „Reichs-Anzeiger“ zu gestatten. Mit diesem Verfahren wird auch die Bestimmung des Strafgesetzbuchs ganz offenbar verletzt, die bezweckt, den Gefangenen nicht noch besondere Verunsicherungen, die ihr künftiges Fortkommen erschweren, zuzufügen.

Äußerungen, wie sie in diesen „Lehrkursen“ zutage treten, beweisen die ganze Rückständigkeit unserer Verwaltung, gegen deren „Vorschriften“ allerdings niemand zu verstößen braucht, um den Strafvollzug der Qual und Pein voll zu erreichen.

Um so dringender ist aber die Aufgabe, daß endlich ein Strafvollzugsgesetz geschaffen werde, das den staatsanwaltlichen Liebhabereien und Anschauungen über Strafe, Strafvollzug, Geisteskrankheit usw. keinen Raum mehr läßt, sondern sie selbst bindet an die gesetzlichen Vorschriften eines mit der Humanität vereinbarten Strafvollzuges.

Die Verteuerung des Reisens, welche die „große“ geplante Tarifreform bewirken wird, hat die Öffentlichkeit so beunruhigt, daß Herr v. D u d d e Beschwichtigungsgeplätsche führt. Der Minister erklärte dem Redakteur der „Täglichen Rundschau“ in Schweidnitz auf Befragen, er denke nicht daran, die bestehenden Sonntagsfahrkarten bei Durchführung der Personentarif-Reform zu beseitigen. Alle für bestimmte Wohlfahrtszwecke bestehenden Vergünstigungen, wie Arbeiter-Wochenkarten, Sonntagsfahrkarten, Ferien-Sonderzüge etc., blieben in dem gleichen Umfange wie bisher und in derselben Art auch bei der erwähnten Reform bestehen. Der Minister habe sich bei den Verhandlungen bezüglich der Tarifgemeinschaft der deutschen Eisenbahnverwaltungen ausdrücklich die Beibehaltung der Wohlfahrtszwecken dienenden Ausnahmen vorbehalten.

Man will aber gar keine „Wohlfahrt“, sondern eine Eisenbahnpolitik, die nicht den Verkehr fiskalisch betwahrt und bürokratisch kompliziert!

Wieder ein Gesetzgeber. In das preussische Herrenhaus berufen ist der Fideikommissbesitzer U l r i c h v. K a l d e i n z u W o g a u im Kreise Kr.-Eulau auf Präsentation des Verbands des alten und des befestigten Grundbesitzes in dem Landratsbezirk Samland mit Ratzen an Stelle des am 14. Januar d. J. verstorbenen königlichen Kammerherrn Grafen zu Eulenburg-Gallingen.

Ins preussische Herrenhaus kann man kommen, auch wenn man Analphabet ist. Nur „geboren“ muß man sein.

Das „Diesseits“-Telegramm. Am Freitag sollte vor dem lippschen Amtsgericht in Lage die Verhandlung über die sogenannte „Diesseits“-Depeche stattfinden. Mäher ist der frühere Kommerzienrat und Vizepräsident des lippschen Landtages Rebercht Hoffmann-Salzhausen, Beklagter der verantwortlichen Redakteur der „Lippischen Landes-Zeitung“ Emil Reumann-Deimold.

Die Vorgeschichte des Prozesses geht zurück auf das bekannte „Kaisertelegramm“ vom 26. September 1904, in dem der Kaiser die Regenschattübernahme nicht anerkannte und das Militär nicht vereidigen ließ, da die Rechtslage in keiner Weise geklärt sei. Am 8. Oktober richtete dann Graf Bülow ein Schreiben an Hoffmann, in dem er erklärte, daß die lippsche Frage ihre Erledigung ausschließlich nach Rechtsgrundsätzen finden werde. Zu gleicher Zeit richtete der bekannte Rechtslehrer und schauinsche Kammerherr O e l s l o g v. S t r a d o n i j folgendes vertrauliche Telegramm an Herrn Hoffmann:

„Als besondere Gefahr wird diesseits angenommen, wenn das Ersuchen an den Bundesrat gerichtet wird, das höchste Gericht durch Reichsgesetz mit der Entscheidung zu betrauen. Dieser Weg würde bedeuten, daß der Reichstag mitzureden hat, der Reichstag könnte dann beschließen, der ganze Streit sei bereits durch Schiedsgericht endgültig erledigt, und dieses Reichsgesetz sei unnötig, außerdem läge in solchem Beschluß eine Richtachtung gegen den Bundesrat, da dieser sich für zuständig erklärt hat, also auch ohne Reichsgesetz ein höchstes Gericht auszuwählen kann.“

Dieses streng vertrauliche Telegramm wurde von der „Lippischen Landes-Zeitung“ in einer Sonderausgabe veröffentlicht. Es schlug in Deimold wie eine Bombe ein. In der „Lippischen Landes-Zeitung“ wurde Herrn Hoffmann vorgeworfen, daß er mit dem schlimmsten Gegner der Staatsregierung seines Landes konspiriere, daß er von diesem Instruktionen für das Verhalten im Thronstreit entgegengenommen habe und daß sein Verhalten geradezu an Hochverrat grenze. Es folgte das Zeugniszwangs-Verfahren gegen den Redakteur Stärke von der „Lippischen Landes-Zeitung“, das ergebnislos verlief. Jetzt hat Hoffmann die Verleumdungsflage gegen den verantwortlichen Redakteur diese Zeitung angestrengt.

Nachdem sich die Gerichte in Deimold und Horn für besungen erklärten, sollte die Sache nun vor dem Amtsgericht in Lage verhandelt werden.

Am 9. Uhr eröffnete Geh. Justizrat R i e l ä n d e r die Sitzung mit dem Bemerkten, daß für die vorliegende Sache ein außerordentliches Schöffengericht einberufen worden ist, nachdem mehrere Richter abgelehnt haben.

Der Angeklagte Reumann lehnte darauf den Vorsitzenden des Schöffengerichtes wegen Besangenheit ab; entscheidend sei für ihn, daß der von ihm wegen plötzlicher Verhinderung seines Verteidigers gestellte Verlegungsantrag von dem Vorsitzenden mit der Begründung abgelehnt worden sei, daß Reumann schon fünfzehnmal wegen Verleumdung vor Gericht gestanden habe und deshalb sehr wohl in der Lage sei, sich selbst zu verteidigen. (Bezeugung.) In dieser Anordnung des Vorsitzenden erblickte er eine ganz deutliche Verfangenheit.

Da durch die Ablehnung des Schöffengerichtes unselbständig geworden war, mußte die Sache vertagt werden. Das Deimolder Landgericht hat zunächst über die Ablehnung zu entscheiden. —

Staatsgefährliche polnische Turnerinnen. Eine vereinspolizeiliche Haupt- und Staatsaktion hat jetzt in letzter Instanz gerichtliche Billigung erfahren. In Gnesen existierte eine Damen-Turnabteilung, die sich „Socolice“ nannte und in gewissen Beziehungen zum polnischen Turnverein „Socol“ stand. So tanzten die Damen unter Leitung desselben Turnwarts in den Räumen des „Socol“ an dessen Geräten. Mitglieder der „Socolice“ gerieten mit dem „Socol“ in Differenzen, weil sie nicht mehr an dessen Veranstaltungen sich beteiligen wollten. Ränne, Geräte und Turnwart wurden der „Socolice“ entzogen, und sie versiel der Auflösung. Zugleich bildete sich ein neuer Turnverein aus polnisch redenden Damen, dem sich die Gallen und Herzen „Socola“ weit öffneten, aber nur unter der Bedingung, daß die Mitglieder des neuen Vereins sich an allen Veranstaltungen des „Socol“ beteiligten. Das Statut erhielt eine derart verpflichtende Bestimmung. Ehe noch der neue Verein eine Sitzung halten konnte, griff die heilige Hermandad ein. Er wurde vorläufig polizeilich geschlossen, weil es ein Verein sei, welcher bezwecke, in Versammlungen politische Gegenstände zu erörtern, und dem deshalb „Frauenspersonen“ nicht angehören dürften. Die Damen O. und G., die sich an der Bildung beteiligt hatten, wurden in zweiter Instanz vom Landgericht Gnesen wegen Uebertretung des § 8 des preussischen Vereinsgesetzes zu Geldstrafen verurteilt, und das Landgericht sprach auch seinerseits die Schließung des Vereins aus. — Aber auch Vorstandsmitglieder des Männer-Turnvereins „Socol“ wurden wegen Uebertretung des § 8 des Vereinsgesetzes verurteilt. Und zwar, weil sie „Frauenspersonen“ entgegen dem § 8 in den „Socol“ aufgenommen hätten, obwohl der „Socol“ ein politischer Verein im Sinne des § 8 sei. Nicht weniger als 45 Seiten brauchte das Landgericht, um diese Urteile zu rechtfertigen. Wenn man es in wenigen Worten sagen will, so wurde etwa folgenbermaßen deduziert: Der „Socol“ in Gnesen wolle nach seinem Statut die körperliche Bewandtheit seiner Mitglieder fördern und diese zu regem geistigen Leben erwecken. Es sei aber gerichtsnoteisch, daß die „Socol“-Vereine in der Provinz Posen darüber hinaus eine Stärkung des polnischen Gefühls erstrebten, was auf ihrem Verbandstag öffentlich ausgesprochen worden sei. Das sei eine politische Tendenz. Ramentlich werde in dieser Richtung in ihren Zusammenkünften geredet. Also sei einer ihrer Zwecke, in Versammlungen politische Gegenstände zu erörtern. § 8 des preussischen Vereinsgesetzes schließe aber Frauen von solchen Vereinen aus. Auf Grund verschiedener Momente, namentlich wegen der engen Beziehungen zum „Socol“, sei nun von der eingegangenen „Socolice“ anzunehmen, daß diese Damenabteilung ein Teil des „Socol“ gewesen sei. Also hätten die Vorstandsmitglieder des „Socol“ gegenwärtig Frauen in ihren politischen Verein aufgenommen. Es handle sich um eine verschleierte Mitgliedschaft, wenn auch niemals Beiträge an den „Socol“ gezahlt worden seien und Angehörige der „Socolice“ niemals an Versammlungen des „Socol“ teilgenommen hätten. — Von dem neuen Damen-Turnverein sei anzunehmen, daß er sich den Grundsatzen des „Socola“ (Förderung des Potentums im Gegensatz zum Deutschum) angeschlossen habe. Sei das aber der Fall, so sei weiter zu schließen, daß auch dieser Damen-Turnverein bezwecke, in Versammlungen politische Gegenstände zu erörtern.

Das Kammergericht verwarf am 22. Juni in beiden Fällen die Revisionen der Angeklagten. Rechtsirrtümer seien dem Landgericht nicht unterlaufen, insbesondere habe das Landgericht die Gerichtsbarkeit der Zwecke der Socolvereine bei seinem Urteil verwerten können. Es verhege sich nicht, wenn es sage, das und das weiß ich von dieser Art Vereine, es ist gerichtsnoteisch. — Das Urteil gegen die Frauen und den neuen Frauenverein sei auch unbedenklich. Wenn dieser, der ja bald von der Polizei geschlossen sei, auch niemals eine Versammlung abgehalten habe, so habe doch als sein Zweck festgestellt werden können, daß er in Versammlungen politische Gegenstände erörtern wolle, und das genüge.

Zentrum und Verfassungsrevision in Württemberg.

Stuttgart, 21. Juni. (Fig. Ver.)

Das Zentrum hat niemals etwas Dummes, aber immer etwas Krumpes. Das Wort eines württembergischen Politikers kennzeichnet auch die Haltung des Zentrums in der Frage der Verfassungsrevision. Eine Veränderung des gegenwärtigen Zustandes, die der katholischen Mehrheit in der Ersten Kammer ein Ende macht, soll um jeden Preis verhindert werden. Aber es soll auch vermieden werden, daß die Verfassungsrevision an dem Widerstand der Ersten Kammer scheitert; denn in diesem Falle könnte es leicht geschehen, daß sich doch endlich ein so heftiger Sturm des Unwillens regele, daß die ganze Erste Kammer mitamt der katholischen Mehrheit hintergefegt wird. Ist doch ihre staatsrechtliche Grundlage eine so preklare, wie die kaum einer anderen deutschen Kammer. Wiederholt ist in der Postbewegung des vergangenen Jahres darauf hingewiesen worden, daß im Jahre 1849 durch vom Gesamtministerium gegengezeichnete Verfügung des Königs alle adeligen Privilegien aufgehoben wurden und eine aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Abgeordnetenkammer an die Stelle der früheren beiden Kammern trat. Die königliche Verordnung, durch die im November 1850 diese unbotmäßige Kammer auf Grund des Reichsvertrages der württembergischen Verfassung (ähnlich dem verhängten § 14 der Verfassung des Reiches) wieder heimgeschickt wurde, gab die „bestimmte Zusage“, daß „keineswegs von einer Rückkehr zu dem früheren Bestanden die Rede ist“; ein königliches Wort, das wie so viele andere später gebrochen wurde. Eine so schlecht fundierte Körperhaft aber darf nicht allzu viele Belastungsproben der öffentlichen Meinung wagen. So geht das Bestreben des Zentrums dahin, die Regierungsvorlage in der Abgeordneten-Kammer selbst zu Fall zu bringen. Aber das Zentrum kann dieses Ziel nicht dadurch zu erreichen suchen, daß es den wahren Grund seiner Abneigung gegen die Vorlage eingestekt: die Sorge um die Wahrung des politischen Einflusses des Zentrums. So sucht die Zentrums-Presse nach zwei Seiten den Hebel anzufassen. Einerseits anglist sie die „Privilegierten“ in der Zweiten Kammer mit Bedenken über die durch die Reform verursachte Schwächung der konservativen Grundlagen des Volkslebens, andererseits — und das fällt ihr, weil es mit den Tatsachen übereinstimmt, nicht schwer — weist sie mit diabolischem Vergnügen nach, daß die Vorlage nur Stütz- und Stützwerk ist und den Namen einer Reform eigentlich gar nicht verdient.

Den Konservativen wird vorgehalten, daß nach Ausschließung der 23 Privilegierten aus der Zweiten Kammer die Rechte auf sehr schmalen Füßen stehen würde. Bei dem heutigen Stande der Kammer hätte die Rechte nur auf 18 Zentrumsabgeordnete und acht Bauernbündler zu zählen, denen 11 Nationalliberale, 28 Volksparteiler und 7 Sozialdemokraten gegenüberstehen. Nun ist die radikale Gefahr in dieser Kammer gewiß nicht so schrecklich, denn nicht nur die Nationalliberalen, auch die Volksparteiler haben sich in den letzten Jahren so regierungsfähig gezeigt, daß sie mit sich reden lassen würden. Aber die Konservativen würden jedenfalls das Kräfteverhältnis zugunsten des Radikalismus verändern, schon infolge der Vermehrung der Abgeordneten Stuttgart auf sechs. Freilich will dies Bedenken einer Partei schlecht anstehen, die, gleich dem württembergischen Zentrum, in ihrem Programm ausdrücklich die Beseitigung der Privilegierten aus der Zweiten Kammer und deren Ersatz durch Abgeordnete fordert, die in größeren Wahlverbänden durch das allgemeine Stimmrecht nach dem Grundsatz der Verhältniswahl gewählt werden. Aber auf einen Widerspruch mehr oder weniger kommt's dem Zentrum nicht an. Erreicht sich doch der Artikelhreiber des Stuttgarter Organs der „demokratischen“ Zentrumspartei auch darüber, daß man den Standesherren nichts als Erfolg für die Schwächung ihrer Position in der Ersten Kammer gibt, und sogar die Bedingung des Wohlwollens in Württemberg für sie ausgeklügelt hat, während in der Zweiten Kammer der Berliner Moh, der Hesse Keil und der Vaher Dauscher über württembergische Politik mitentscheiden dürfen.

Der Linken aber, und vor allem der Sozialdemokratie, wie in einem schlicht von Gröber inspirierten Artikel der „Köln. Volkszeitung“ höhnisch vor Augen geführt, daß die Reform eine Reihe höchst veralteter Bestimmungen aus der Verfassung von 1819 ruhig für spätere Zeiten konservert. So z. B. wird an dem höchst bedenklichen „Rotterdamsparagrafen“ nicht gerührt und so die Möglichkeit einer § 14-Wirtschaft nach österreichischem Muster geschaffen; ebenso wenig an der Bestimmung, daß die Stände kein Recht der Initiative in Steuerfragen haben. Daneben — und hier ist an der Aufrechterhaltung des Artikelschreibers nicht zu zweifeln — wird Klage geführt, daß die §§ 77 und 81 betreffend die Ausschreibung des Kirchengutes nicht beseitigt werden, die seit 88 Jahren als unbedeutsamer Nagel in der Verfassung stehen, weil ihre Durchführung der Kirche höchst ungelogen käme, die bei dem tatsächlichen gesegneten Zustand finanziell weit besser fährt. Vernichtend aber ist die Kritik, die die Zentrumspresse an der angelegten Tendenz des Entwurfs, Privilegien zu beseitigen, abt. Treffend wird gesagt, daß selbst wenn die Verfassungsrevision von dem Standpunkt der Ermöglichung einer liberalen Schulpolitik gemacht werden soll, dieser Zweck durch die Vorlage nicht erreicht wird. Denn für die eigentlichen liberalen Schulziele — die Simultanschule — wird auch die „reformierte“ Erste Kammer nicht zu haben sein. Und dann wird weiter ausgeführt, wie widerspruchsvoll ein Gesetzentwurf sei, der einerseits für die Abgeordnetenkammer den Kampf gegen die Privilegien zur Pflicht mache, andererseits für die Kammer der Standesherren die Parole aufstelle: 1. neue Privilegien in dieser Kammer, 2. dieser Kammer überhaupt mehr Privilegien.

Diese Argumentation hat offenbar den Zweck, auf die Sozialdemokratie im Sinne einer Verwerfung des Entwurfs zu wirken; und es wird denn auch am Schlusse des Artikels vorausgesetzt, daß die Sozialdemokratie trotz des „Butterbrotesgespenstes“ der Vermehrung der Stützpunkt Mandate gegen den Entwurf stimmen wird. Damit aber wäre die Reform gescheitert, da voraussichtlich für die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit die sieben sozialdemokratischen Stimmen notwendig sind. Ohne Zweifel verstärken die von den Zentrumselementen herausgehobenen Bedenken das Gewicht der viel ernstlicheren Bedenken, die von sozialdemokratischer Seite bereits geäußert worden sind. Es ist in der Tat nicht Sache der Sozialdemokratie, eine „Reform“ um jeden Preis zu machen, wie denn auch die Stimmen in der württembergischen Partei nicht vereinigt sind, die einer Verwerfung jeder „Reform“ das Wort reden, die die Erste Kammer nicht beseitigt. Darüber, daß nur dies Letztere oder eine zumindest sich in diesem Sinne bewegende, die Privilegien der Ersten Kammer einengende „Reform“ wirklich den Namen eines Reformwerkes verdient, kann ernsthaft kein Zweifel sein. Aber die Sozialdemokratie wird ihren Entschluß aus eigener Erwägung fassen, ohne Rücksicht auf Beifall oder Mißbilligung des Zentrums, geleitet von der Mühsicht auf den politischen Fortschritt und die Entwicklung der Partei.

Ausland.

Italien.

Rom, 23. Juni. (Privatdepesche des „Vortwärts“.) Die Gewerkschaften haben sich über den eventuellen Generalfreist als äußerstes Kampfmittel zur Paralyse der Marmorarbeiter-Auspeerrung in Carrara nicht verständigt. 13 Gewerkschaften waren gegen und 12 für den Generalfreist. Die Auspeerrung dauert unverändert fort. Sämtliche Streikbrecher sind unter dem Jubel der Bevölkerung abgereist. Die Situation ist ernst.

Der allgemeine Ausstand in Carrara.

Rom, 19. Juni. (Fig. Ver.)

Am 30. Mai machte eine Firma von Carrara den Versuch, von unorganisierten Arbeitern geförderten Marmor zu verladen. Diese törichte Provokation gab Anlaß zu der heutigen Lage, die im ganzen Marmorbezirk zu den allerhöchsten Besorgnissen Anlaß gibt. Die Transportarbeiter der betreffenden Firma weigerten sich nämlich, den Marmor zu befördern, was zur Entlassung der Beteiligten führte, auf die die gesamte Arbeiterchaft der Firma, einige hundert Mann, durch Niederlegen der Arbeit antwortete. Nun wurden die Unglücksfälle durch vier Unternehmer selbst mit Hilfe von Handlangern verladen. Dies bestimmte die organisierten Eisenbahner der lokalen Marmorbahn, den Zug mit den Wägen nicht auslaufen zu lassen. Die Bahngesellschaft entließ die Eisenbahner, die den Zug verlassen hatten, und veranlaßte dadurch ihr ganzes Personal zum Streik. Diese Situation dauerte unverändert vom 1. bis zum 10. Juni; an diesem Tage proklamierte das Konsortium der Unternehmer die Auspeerrung aller Marmorarbeiter auf den nach dem Meere zu gelegenen Brücken. Die Bahngesellschaft ihrerseits entließ ihr gesamtes Personal. Im ganzen waren so etwa 3500 Arbeiter arbeitslos. Da aber die Versuche, Streikbrecher zu finden, besonders für die Bahn völlig scheiterten, forderte die Stadtverwaltung von Carrara, wie wir bereits telegraphisch meldeten, die Bahngesellschaft auf, binnen drei Tagen den Dienst wiederherzustellen. Als die drei Tage herum waren, ohne daß der Verkehr wieder aufgenommen war, übernahm die sozialistische Stadtverwaltung von Carrara die Bahn in eigenen Betrieb und stellte alle ausgesperrten Arbeiter wieder ein.

Es war dies eine ebenso rationelle wie gefühlvolle Beilegung des Konflikts. Wahrscheinlich bedauerte der Präsekt aber, umsonst das viele Militär in Carrara zusammengezogen zu haben und wollte daher von einer friedlichen Lösung nichts wissen: er annullierte heute die Entscheidung der Stadtverwaltung und forderte die Bahn auf, den kommunalen Betrieb der Bahn nicht zu gestatten. Die Arbeitskammer von Carrara hat daraufhin heute abend den allgemeinen Ausstand aller Organisierten der Provinz proklamiert. Die Lage ist ungeheuer ernst; es sind über 2000 Mann Militär in Carrara und Umgegend zusammengezogen. Die Bevölkerung ist bis jetzt sehr ruhig; man soll aber nicht vergessen, daß die Gegend von Carrara auf eine Reihe von Vollerhebungen zurückblickt, wie kaum eine andere Provinz ganz Italiens.

Spanien.

Neues Ministerium. Madrid, 23. Juni. Der König hat folgendes Ministerium bestatigt: Präsidium Romero Rios, Inneres Garcia Prieto, Auswärtiges Saint Roman, Finanzen Urzais, Krieg Wehler, Marine Villanueva, Ackerbau Romanones, Justiz Pena, Unterricht Mellado.

Amerika.

Flottentätigkeiten. Williamstown (Massachusetts), 23. Juni. In einer Rede, welche Präsident Roosevelt im hiesigen Williams College hielt, führte er aus, er würde lieber sehen, daß die Nation die Monroe-Doktrin und den Panamakanal aufgeben, als daß sie zwar auf der Monroe-Doktrin und dem Bau des Panamakanals beharre, sich aber weigere, für die einzigen Mittel zu sorgen, die ein Volk der Achtung der übrigen Völker würdig machen. Amerika müsse mit dem Bau von Schiffen fortfahren und die Flotte auf dem höchsten Punkte der Leistungsfähigkeit erhalten oder es müsse aufhören, danach zu streben, eine große Nation zu sein.

Schamlose Kinderausbeutung in den Südstaaten. Die Südstaaten der amerikanischen Union sind politisch und sozial die rückständigsten Gebiete innerhalb der Vereinigten Staaten. Es sind dieselben Gebiete, in denen bis zum großen amerikanischen Bürgerkrieg die aus Afrika hergeschleppten Reger bis aufs Blut ausgebeutet wurden. Formell ist die Sklaverei nun zwar aufgehoben, aber auch jetzt wird dort der Reger als ein Mensch niederen Ranges betrachtet und behandelt und die Anwendung der Lynchjustiz gegenüber von wirklichen oder vermeintlichen Bösewichten unter den Schwarzen ist noch heute an der Tagesordnung. Der Kapitalismus beschränkt sich aber nicht darauf, aus den Knochen der Schwarzen hohe Profite zu pressen, sondern er schont auch nicht das Fleisch und Blut der eigenen Rasse. In den Südstaaten ist die Kinderausbeutung noch eine unbeschränkte. Kein Gesetz tritt den Unternehmern in ihrer

Profitgierde hindernd in den Weg. Der Arbeiterschutz ist nicht Sache des Kongresses, sondern die der einzelnen Bundesstaaten, und im Süden sind die Latifundienbesitzer und Baumwollspinner unumkehrbar Herrscher.

Sieben veröffentlicht Robert Hunter, ein Sozialist, eine Arbeit über die schamlose Kinderausbeutung, wie sie in den Südstaaten geübt wird. Nach ihm sind nicht weniger denn 80 000 Kinder, von denen die meisten kleine Mädchen, in den Textilfabriken der Südstaaten beschäftigt. Die Zahl der beschäftigten Kinder steigt von Jahr zu Jahr; mehr und mehr Fabriken werden erbaut, denn der erhöhte Profit, der aus dem Blute der Kleinen gepreßt wird, wirkt verlockend auf die herzlos berechnenden Kapitalisten. Die Fabriken pflegen die Arbeiterfamilien in Fabriksäufen unterzubringen, wo dieselben zusammengepfercht in engen, schmutzigen Räumen ihr elendes Dasein dahinführen. Um 7/5 Uhr morgens beginnen die Dampfmaschinen der Fabriken zur Arbeit zu rufen, und Männer, Frauen und Kinder erheben sich von ihrem elenden Lager, würgen eine Hand voll Nahrung hinunter und beginnen ihr Tagewerk. 12 und mehr Stunden dauert die tägliche Arbeitszeit, und am Abend kehren die Unglücklichen zurück in ihre elenden Löcher; häufig zu müde, um noch zu essen, strecken sie ihre müden Knochen auf ihr jammervolles Lager, um am nächsten Tage wieder in die Frende ihrer Peiniger zurückzukehren.

Hunter sah Kinder im Alter von 5 und 6 Jahren mit ihren Eltern am frühesten Morgen zur Fabrik gehen. Viele Kinder arbeiten selbst die Nacht hindurch. Hunter schildert die Folgen dieser grauenvollen Ausbeutung, die hier an den unglücklichen Geschöpfen geübt wird. Die Löhne, die den Kindern gezahlt werden, reichen kaum hin, die Kosten für ihre elende Nahrung zu decken. Elend und Krankheiten, physisch und moralisch degeneriert, einem frühen Tode entgegen.

Vom Kriegsjahnplog.

Tokio, 23. Juni. Amtlich wird mitgeteilt: In der Nähe Jinghang bedrängte am 21. d. M. feindliche Infanterie von 1000 Mann japanische Patrouillen. Als sie Jinghang zehn Meilen südöstlich von Wanzantzu an erreicht hatte, warfen japanische Truppen sie zurück, verfolgten sie, ihr schwere Verluste bebringend. In Weijuanpumen beendigten später japanische Truppen, welche am 19. Juni Jangmulinzu besetzt hatten, ihren Auftrag und kehrten dann zurück. Feindliche Truppen, aus drei Bataillonen, vier Schwadronen und zwölf Geschützen bestehend, rückten durch östliche Distrikte auf der nach Kirin führenden Straße vor, bewegten sich dann südwärts. Am 21. Juni um 11 Uhr 30 Minuten vormittags ab erschien feindliche Infanterie allmählich auf den Höhen zwischen Chapengon und Sijiatun, während feindliche Artillerie auf den Höhen von Hienhuchien Stellung nahm und die nördlichen Höhen von Rankentzu beschoß. Nach mehrstündigem Gefecht machten Japaner Sturmangriffe auf die Höhen, warfen den Feind vollständig zurück, nahmen die Höhen und verfolgten den Feind. Sonst ist die Lage unverändert.

Port Arthur.

London, 23. Juni. Im Unterhause erklärte Unterstaatssekretär des Meeresverch, von den japanischen Behörden in Port Arthur sei keine Anweisung ergangen, daß die englischen und amerikanischen Firmen Port Arthur zu verlassen hätten.

Streikrevolution in Lodz.

Ueber die Ereignisse in Lodz am 20. und 21. erhalten wir folgende Mitteilungen:

Lodz, 20. Juni. (Fig. Ver.) Heute um 6 Uhr nachmittags begann eine gewaltige Demonstration, die fast bis 9 1/2 Uhr abends dauerte.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft von Lodz geleitete die am letzten Sonntag gefallenen Opfer der Jarenschergen zur Ruhe. Am Sonntag, den 18., hatten die Sozialdemokraten einen sogenannten „Mai-Ausflug“ arrangiert (d. h. eine in Rußland-Polen übliche Form der Massenversammlung im Freien, außerhalb der Stadt), der in dem Lagiewoller Forst stattfand und wo vor der versammelten Arbeitermenge mehrere Agitationsreden gehalten wurden. Nach Schluß der Versammlung ging die sozialdemokratische Arbeiterschaft mit entfalteten Parteifahnen bis zum Jgierski-Forst, hier, auf halbem Wege vor der Stadt, wurden die Fahnen zusammengerollt und der Massenzug kehrte in kleineren Gruppen in die Stadt zurück. Eine Gruppe ging mit entfalteter Fahne bis in die Stadt hinein. Hier, an der Ecke der Lagiewoller- und der Müllerstraße, in dem Stadtviertel Valuty, wurden die Genossen von einer Kosakenpatrouille attackiert, wobei zehn Personen getötet, mehrere verwundet wurden, darunter ein zweijähriges Kind! Der Vorfall rief in der Arbeiterschaft eine ungeheure Erregung hervor. Die Sozialdemokratie beschloß sofort, ein demonstratives Begräbnis zu arrangieren, als politischen Protest, und begann gleich eine energische Agitation in den Fabriken. In Warschau und in Lodz wird jetzt die Agitation ganz offen in den Fabriksäufen betrieben, wo beim Erscheinen sozialdemokratischer Redner der Betrieb eingestellt und die Arbeiterschaft im Hofe versammelt wird. Solche „Fabrikversammlungen“, an denen Hunderte und Tausende teilnehmen, finden jetzt täglich statt — bald in der einen, bald in der anderen Fabrik, so daß die Polizei den Kampf dagegen ganz aufgegeben hat, die Fabrikanten aber lassen gewähren aus Furcht vor der Arbeiterschaft.

Schon am Mittag des 20. blieb ein Teil der Fabriken stehen, der Rest im Laufe des Nachmittags. Die Arbeiterschaft strömte zusammen auf dem Kirchplatz. Auch das Militär besetzte die Straßen, doch schritt es nicht ein. Die größte Schwierigkeit für die Partei war, sich der Leichen der ermordeten Arbeiter zu bemächtigen, die in verschiedenen Orten lagen und von der Polizei bewacht wurden. Schließlich gelang es, fünf Särge in der Urzyskastraße zusammenzubringen und von hier aus begann der Zug. Schon am Anfang zählte er 25 000 Personen. An der Spitze wurden die Fahnen getragen, eine schwarze und zwei rote Fahnen der Sozialdemokratie. Der Zusammenstoß mit den Kosaken schien unterwegs an mehreren Stellen unvermeidlich und einmal brach schon in einer Gruppe des riesenhaften Zuges die Panik aus. Aber die Masse war so entschlossen und fest, daß sie nicht einen Schritt zurückweichen wollte. Um die Erschrockenen und Schwankenden wurden sofort Rufe laut: „Rück zurückweichen! Wie eine Mauer stehen!“ Und der Zug bewegte sich mit Gefang der „Roten Fahne“ und revolutionären Rufen weiter. Die Haltung und Stimmung der ungeheuren Masse im Zuge, der an jeder Straßenecke eine Patrouille Soldaten und Polizei kreuzte, war überhaupt bewundernswert. Wie der Kopf des Zuges bereits in den Friedhof einmündete, mußte der Zug, weil der Friedhof nur einen Teil der Menge aufnehmen konnte, Halt machen, und das benutzten die Redner der Sozialdemokratie sofort zu zwei Agitationsreden: über die politische Lage und die Aufgaben der Revolution und über die Stellung der Sozialdemokratie zu den Soldaten. Die Reden wurden mit brausender Begeisterung aufgenommen. Auf dem Friedhof selbst wurde noch eine sozialdemokratische Rede über die Haltung des Alerus in der gegenwärtigen Revolution gehalten. Schließlich wurden die Fahnen zusammengerollt und die Masse zerstreute sich truppweise ohne Zwischenfall.

Ueber das Blutbad des folgenden Tages berichtet uns eine zweite Korrespondenz:

Lodz, 21. Juni. (Fig. Ver.) Mit furchtbarer Genauigkeit wiederholte sich heute hier das Schicksal der Warschauer Maidemonstration: Wir sind vom Militär in tödlichster Weise in eine Falle gelockt worden! Heute sollte nämlich noch ein von den Opfern der Schlächtere am Sonntag begraben werden. Die Arbeiterschaft war schon vor 6 Uhr nachmittags in unzähligen Tausenden in der Altstadt versammelt. Nun stellte es sich heraus, daß die Polizei sich Nachts der Leiche bemächtigt und in aller Stille begraben hatte. Die Arbeiterschaft geriet bei dieser Nachricht in Erregung. Die Partei wollte angehts des bereiteten Begräbnisses von der Demonstration Abstand nehmen, doch wollten die versammelten Massen vom Auseinandergehen nichts hören. Der Zug setzte sich also in Bewegung. In der Franziskanerstraße wurden die Fahnen entfaltet. Unterwegs strömten immer neue Massen zu, bald war fast das ganze proletarische Lodz im Zuge versammelt und die Begeisterung kannte keine Grenzen. Unterwegs suchten die Militärpatrouillen absichtlich uns überall aus dem Wege gehen, sogar die Polizei zeigte freundliche Mienen und nicht uns zu mit den Köpfen. So gelangte der Zug aus den breiten „besseren“ Straßen in die engen Gassen des Arbeiterviertels. Nach dem Verhalten der Soldaten die ganze Zeit über hatte niemand einen Gedanken mehr an einen Ueberfall begibt; vertrauensvoll marschierte die stehende Arbeiterschaft. Und nun plötzlich, wie wir in den engen Gassen uns durchpressen, stellt es sich heraus, daß vorn Kosaken den Weg verperrten und hinten Militär bereits den Rückzug abgeschnitten hat. Auch alle Querstraßen waren dicht von den Schergen besetzt, um ein Entkommen unmöglich zu machen! Und da begannen die Salven zu krachen ohne jede Aufforderung zum Auseinandergehen oder die übliche Warnung! Eine furchtbare Panik brach aus. Die Menschen drängten sich so, in vergeblicher Mühe, den mordenden Augen zu entkommen, daß viele dem Erschrecken nahe waren. Manche suchten zu entweichen durch angrenzende Stacheldrahtzäune. Die Haustore wurden erbrochen und man rettete sich in die Haushöfe. Aber die Soldateska schoß auf die Fliehenden und bald lagen Haufen von Leichen und Verwundeten vor und in den Haushöfen. Die Zahl der Opfer genau anzugeben, ist in diesem Augenblick unmöglich. Es werden jedenfalls nicht weniger als 100 sein. Wir wissen in diesem Augenblick nicht einmal, wieviel und welche von unseren Agitatoren der Schlächtere zum Opfer gefallen sind, sicher ist nur, daß wir schmerzliche Verluste haben.

Als Antwort auf diese Greuel proklamiert die Sozialdemokratie in diesem Augenblick für den Freitag, 23., den Generalfreist.

Ueber die Vorgänge am Freitag fehlen ausführliche Nachrichten. Der telephonische und telegraphische Verkehr scheinen gestört.

Bürgerliche Blätter melden aus Warschau, daß in Lodz Aufruhr herrsche. So wird dem „Tag“ telegraphiert:

In Lodz herrscht blutiger Aufruhr. Eine ungeheure Volksmenge stuet in höchster Erregung durch die Straßen. Das Militär feuert; es gibt bereits viele Tote und Verwundete. Die Polizei ist völlig machtlos.

Nach der „Vossischen Ztg.“ telegraphiert Lodz:

Barrikadenkampf!

Aus Warschau selbst melden die Blätter: In der Kalewkastraße kam es zu einem Straßenkampf zwischen Polizeiagenten und Revolutionären. Drei Tote und viele Verwundete. Das Stadtviertel wurde militärisch besetzt.

Streikdemonstration in Warschau.

Warschau, 23. Juni. (Meldung der „Petersburger Telegraphenagentur“.) Heute mittag ist in fast allen Fabriken die Arbeit eingestellt worden wegen der heutigen Prozeßverhandlung gegen Ofzjeja, der am 26. Mai dieses Jahres im Hofe der Pragaschen Polizeiverwaltung eine Bombe zur Explosion gebracht hatte. Bei dem Anschlag waren sechs Personen verletzt worden. Ofzjeja war verhaftet worden, nachdem er auf der Flucht noch einen Polizisten getötet hatte.

Die verbotene Jareurede.

Petersburg, 23. Juni. Die Oberpressbehörde untersagte den Zeitungen, fernerhin die Rede des Kaisers an die Semstwo-Abordnung zu interpretieren. Als Grund wird angeführt, einige Blätter hätten die Worte des Kaisers, obgleich sie nicht den geringsten Hinweis auf die Möglichkeit einer Aenderung der Staatsgrundsätze enthielten, doch dahin ausgelegt, daß die Einberufung einer Volksvertretung auf Grundtagen, wie sie in den konstitutionellen Staaten Westeuropas bestehen, bevorstehe.

Die Zensur sorgt wenigstens einmal für wirkliche Aufklärung über den Sinn der zaristischen Versprechungen, die in der Tat inhaltslos sind.

Zensurverbote.

Petersburg, 23. Juni. (Meldung der „Petersburger Telegraphenagentur“.) Der Minister des Innern hat die Herausgabe der Zeitung „Russ“ für einen Monat verboten.

Aus Industrie und Handel.

Steigerung der Lebensmittelpreise.

Die Wirkungen der mit dem Jahre 1900 beginnenden Rohwucher erscheinen um so gefahrrohender, als schon seit Frühjahr 1901 eine dauernde Erhöhung der Lebensmittelpreise eingetreten ist. Fast alle Waren haben sich dem Vorjahre gegenüber verteuert.

Der Getreidepreis steht, außer bei Weizen, ganz bedeutend über dem Niveau des Vorjahres. Weizen notierte nämlich Mitte Juni 1904 pro Tonne 175 R. und fiel auf 174 1/2 R. im Juni des laufenden Jahres. Dagegen ist der Preis für Roggen erheblich hinaufgegangen. Im Laufe des Juni 1905 stieg der Roggenpreis um circa 3 1/2 R. Auffallend ist auch die Preisnotierung bei Mais; für die Tonne geringerer Qualität betrug der Preisanschlag Mitte Juni gegen die gleiche Zeit des Vorjahres etwa 17 R. Sehr verschiedenartig hat sich weiter das Preisniveau für Kartoffeln sowie für Butter und Eier entwickelt. Trotzdem man im Juni des Vorjahres schon einen Ausfall des Kartoffelertrages befürchtete und den Preis entsprechend hoch festsetzte, hat der Stand des Juni 1905 den des Vorjahres schon fast um die Hälfte überschritten. Mitte Juni 1904 kostete nämlich 1 Doppelzentner Kartoffeln zwischen 2,50 und 4,80 R., während man im Juni dieses Jahres 4 beziehungsweise 5 R. bezahlen mußte. Im Mai hatte der Preis sogar 10 R. betragen. Butter pflegt sonst immer erheblich billiger um diese Jahreszeit zu werden; der Preis staut im Vorjahr um circa 6 R. pro 50 Kilogramm ab; in diesem Jahre fand nun ein Preisanschlag von 8 R. für dasselbe Quantum statt. Auffällig ist die Preisbewegung für Eier. Steigerte sich schon im Mai und Juni 1904 der Preis pro Schock um circa 20 Pf., während die Nähe des Sommers gewöhnlich eine Verbilligung zu bringen pflegt, so stieg im laufenden Jahre der Eierpreis gar um 50 bis 60 Pf. Gefallen ist, entsprechend der Bewegung bei Weizen, der Preis für Weizenmehl, während er sowohl gegenüber dem Vorjahr als auch gegenüber dem Vorjahr bei Roggenmehl ge-

Mengen ist. Wie schon in den Vormonaten steht der Preis für Leder auch im Juni noch bedeutend über dem Niveau des Vorjahres. Rübenerohr zu der Stelle sich im Juni 1905 auf 23,60 M. gegen 18 M. im Parallellonot 1904. Gleichzeitl., allerdings mit geringeren Schwankungen, verlief die Bewegung bei Raffinade. Da jedoch der Abstand gegenüber dem Jahre 1904 geringer wird, so ist mit einer Preisbesserung des Leders zu rechnen. Einestheils ist der Anbau von Zuckerrüben beträchtlich gewachsen, weiter ist der Markt so ausreichend mit Vorräten versehen, daß das Angebot die Nachfrage reichlich decken kann. Die Preisgestaltung am Vieh- und Fleischmarkt ist ziemlich einheitlich. Entsprechend den Aufschlägen bei Schlachtvieh im Vergleich zum Vorjahre ist auch der Preis für Fleisch, besonders für Schweinefleisch, gestiegen. Die Differenz beträgt für letzteres gegen 1904 gut und gerne 15-20 Pf. pro Pfund.

Vor kurzem haben wir bei einer eingehenden Darlegung der Ursachen der Fleischsteigerung darauf hingewiesen, daß wir noch nicht am Ende der Preissteigerung sind. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Herbst eine Fleischnot mit sich bringen wird, wie wir sie seit langen Jahren nicht kennen gelernt haben. Um so unerwünschter ist die agrarische Behauptung, daß die deutsche Landwirtschaft der Nachfrage nach Schlachtvieh auf die Dauer zu genügen vermag.

Staatliche Lebens- und Arbeiter-Lebensversicherung.

Eine staatliche Lebensversicherung besteht bisher nur in den Ländern Rußland und Dänemark. Die dänische Staatsanstalt für Lebensversicherung ist bereits im Jahre 1870 gegründet worden. Sie ist eine Pfandversicherungsgesellschaft für die Staatsbeamten, kann aber im übrigen von jedermann benutzt werden und übernimmt sowohl allgemeine Lebensversicherungen wie Rentenversicherungen. Die Staatskasse garantiert die Verpflichtungen. Die Staatsanstalt soll keine Ueberhörschüsse für die Staatskasse abwerfen; ihre Verwaltung hat sie selbst zu bezahlen, was aber an Gewinn erzielt wird, fließt in die Versicherer in der Form von Bonus zurück. Nach dem ersten „Bonusgesetz“ im Jahre 1889 erhielten die Versicherer 1/2 Millionen Kronen Gewinnanteile ausbezahlt. Nach einem Gesetz vom Jahre 1898 findet alle fünf Jahre eine Verteilung der Ueberhörschüsse an die Versicherer statt. Die Versicherungssummen der Staatsanstalt betragen in runden Summen im Jahre: für die Lebensversicherung: Rentenversicherung

1878	28 Millionen Kronen	3 1/2 Millionen Kronen
1889	44	4 1/2
1900	87	6 1/4

Außer der Staatsanstalt sind in Dänemark über ein halbes Hundert private Lebensversicherungs-Gesellschaften tätig, größtenteils ausländische. Sie arbeiten in der bekannten, mehr oder minder anständigen Manier mit einer großen Zahl von Agenten, Generalagenten, Subdirektoren und Direktoren, die selbstverständlich einen großen Teil der Prämien verschlucken, während die Staatsanstalt laut Gesetz nicht mehr als 1/4 Prozent der Versicherungssummen für Agentenprovision ausgeben darf und natürlich auch ihren Beamten nicht die horrenden Gehälter zahlt, wie sie die Direktoren der Privatgesellschaften zu beziehen pflegen.

Die Tätigkeit der Privatgesellschaften ist übrigens in Dänemark glücklicherweise durch das Gesetz vom Jahre 1904 erheblich eingeschränkt worden. Durch dieses Gesetz ist eine Staatsbehörde, der „Versicherungsrat“ eingesetzt worden, der darüber zu wachen hat, daß die Versicherungsgesellschaften dem Publikum die erforderlichen Garantien bieten. Die erste Wirkung dieses Gesetzes war, daß eine Versicherungsgesellschaft, „Mundus“ sich mit der kapitalkräftigen „Hafnia“ vereinigen mußte. Eine ausländische Lebensversicherungs-Gesellschaft, gegen deren schwindelhaftes Gebaren „Social-Demokraten“ schon seit längerer Zeit aufgetreten ist, der in Kanada ansässigen „Gräbergesellschaft“: „Independent Order of Foresters“ ist ihre Tätigkeit in Dänemark vor kurzem überhaupt verboten worden.

Mit der Staatsanstalt ist seit etwa anderthalb Jahren eine Arbeiter-Lebensversicherungs-Gesellschaft verbunden. Sie wurde gemeinsam von den dänischen Gewerkschaften und Arbeiter-Krankenkassen mit einem Betriebskapital von 10 000 Kronen in Anteilen zu 66 Kronen gegründet. Ihre Tätigkeit besteht wesentlich darin, daß sie die Versicherungsprämien wöchentlich von den Versicherern einzieht und sie halbjährlich an die Staatsanstalt abführt. Es sind vorläufig drei Arten von Versicherung eingeführt: Allgemeine Lebensversicherung, zahlbar bei Tode des Versicherers; Lebensversicherung, die bei Erreichung eines bestimmten Alters oder im Todesfall ausbezahlt wird, und Kapitalversicherung (Kinder- und Brautaussteuer-Versicherung), ausbezahlt nach einer Anzahl von Jahren oder im Todesfall, wenn er früher eintritt.

In seiner letzten Session lag dem dänischen Reichstage ein Regierungsentwurf über Stempelsteuerfreiheit der Policen der Arbeiter-Lebensversicherung vor. Er wurde im Folgenden einstimmig angenommen, kam jedoch im Landsting noch nicht zur Erledigung. Ein Antrag auf Freisetzung von Stempelgebühren ist bereits bei Gründung der Arbeiter-Versicherungsgesellschaft gestellt worden, konnte jedoch wesentlich formeller Schwierigkeiten wegen nicht ohne weiteres durchgeführt werden.

Die Vereinfachung der privaten Gesellschaften ist für die weitesten Kreise zur dringenden Forderung geworden, die durch die glückliche Entwicklung der staatlichen Versicherung erfolgreich unterstützt wird.

Gewerkchaftliches.

Ciapoepia!

„Soziales Verständnis“ nennen's unsere Ideologen gern, wenn der eine oder andere Privatkapitalist in seinem Betriebe Einrichtungen geschaffen hat, die den Arbeitern scheinbar ermöglichen, über ihre eigenen Angelegenheiten mit zu entscheiden. Die guten Leute und schlechten Duffanten glauben selbst und wollen deshalb auch andere glauben machen, der Kapitalismus wäre wirklich fähig, solche Institutionen im Interesse der Arbeiterschaft zu schaffen. In Wirklichkeit handelt es sich immer darum, durch dieselben weitergehende Forderungen der Arbeiter hintanzuhalten, nicht ein Mittel zum Fortschritt, sondern eine Bremse für denselben bedeuten die unter dem Vorhild des Unternehmers tagenden Fabriks-Parlamente, deren wirklich wertvolle Beschlüsse ein Veto der Kapitalisten wieder zu nichte macht. Die Schöpfer derartiger Institutionen beraten nur insofern „soziales Verständnis“, als sie wissen, wie man den nicht zum Massenbewußtsein erzogenen Arbeiter zu nehmen hat und wie man im eigenen Geldsackinteresse Konflikte mit der Arbeiterschaft nach Möglichkeit hinauschiebt.

Ein Schulbeispiel dafür bietet die Leitung der „Großen Berliner Straßenbahn“.

Vor dem großen Straßenbahnerstreik dachte die Direktion derselben an gar keine Verhandlungen mit ihrem Personal; jetzt arrangiert sie selbst solche. Zu welchem Zwecke und mit welchem Erfolge, beweist eine directionsfreundliche Zeitungs-korrespondenz.

Nach dieser fand dieser Tage eine Vertrauensmänner-Konferenz der Schaffner und Fahrer mit der Direktion statt. Herr Direktor Marhold bedauerte in derselben, daß wiederum die weitgehenden (!) Forderungen auf Verkürzung der Dienstzeit für Schaffner und die Erhöhung der Fahrerzulagen sowie die Forderung auf Mitwirkung bei Entlassungen gestellt seien, über die er nach den schon früher abgegebenen Erklärungen eine Erörterung nicht zulassen könne! Nachdem so alles wirklich Wertvolle rund

heraus abgelehnt worden war, wurde den Ersah- und Reserbelenten eine Lohnaufbesserung von sage und schreibe 15 Pf. täglich zugesagt (sie sollen in Zukunft den für Berlin horrenden Tagelohn von — 3 Mark erhalten!) und dann wurden noch eine Anzahl „wohlwollender“ Erwägungen versprochen!

Ciapoepia! Mit „wohlwollenden Erwägungen“ betrügt man bei einem solchen System die Arbeiterschaft um wertvolle und greifbare Verbesserungen ihrer Lebenshaltung. Ob dauernd? Wir glauben und hoffen, daß das Verständnis der Arbeiterschaft für ihre Klassenlage durch solche Märgeln sich nicht ewig einlullen läßt. Es bleibt ein so großer und wertvoller Rest von Forderungen, deren Erörterung der Kapitalismus „nicht zulassen kann“, daß die Notwendigkeit der Organisation der Arbeiterschaft auch bei diesem System mit der Zeit aufdringlich klar werden muß!

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Freizeugehörigen. Auch die kleine Barbier- und Heilgehäusen-Jungung hat dem Vernehmen nach beschlossen, ihre Mitglieder auszuschießen, wenn sie die Forderungen der Gehäusen bewilligen. Diese Jungung mit ungefähr 125 Mitgliedern beschäftigt 76 Gehäusen und 90 Lehrlinge. Ihr Beschluß ist um so lächerlicher, wenn man bedenkt, daß die Mitglieder ihr Domizil ausschließlich in Arbeitervierteln haben und auch zum Teil politisch organisiert sind. Die Großen der Arbeiter nimmt man und legt eine möglichst große Arbeiterfreundschaft an den Tag, um dann hinterher in der Praxis das gerade Gegenteil zu üben. Die der großen Jungung angehörigen Jungungsmeister, welche schon bewilligt haben, werden jetzt persönlich durch Verkaufsleute bearbeitet, die Plakate aus dem Schaufenster zu entfernen; bis jetzt indessen erfolglos. Einige Beschlüsse der Jungung gestatten wir uns hier zu hängen: 1. „Diejenigen Gehäusen, welche als sogenannte Agitatoren anzusehen sind, sind dem Nachweisungsbureau bekannt zu geben.“

2. „Den zurzeit ungeschickten Forderungen der Gehäusen, besonders hinsichtlich der Lohnforderung, ist in allen Innungen abweisender Bescheid zu geben.“

Doch unter diesen Umständen der Kampf der Freizeugehörigen ein äußerst schwieriger ist, ist einleuchtend, die moralische Unterstützung der organisierten Arbeiter daher dringend notwendig. Achtet auf unsere Erkennungszeichen. Die Gehäusen müssen im Besitz der roten, mit weißem Kreuz versehenen Kontrollkarte sein.

Feier. Niddorf, Reuterstr. 47, ist nunmehr als geregelt zu betrachten. — Die Bewilligung verdrängten resp. durchbrochen haben: Erstling, Veteranenstr. 23; Keesle, Nodenbergstr. 2; Hallas, Tredeowstr. 38; Paul, Ebertstr. 8; Kolereus, Schlesischestr. 25 und Lamprecht, Wasserstr. 16.

Die Plakate sind diesen Firmen entzogen worden.

Die Lohnkommission.

Die Modellstecher haben beschlossen, ihren Streik aufzuheben, da nach Lage der Sache Erfolge nicht mehr zu erwarten sind.

Achtung! Holzarbeiter. Die Unternehmer in Kiel haben einen Agenten nach Berlin geschickt, Arbeitswilleige anzuwerben. Die Kollegen wollen alle Anwerbungsversuche zurückweisen und Zuzug nach Kiel fernhalten.

Die Ortsverwaltung.

Achtung, Fliesenleger! Die Firma Deneke u. Co., Friedenaue, Niddorf, ist für Fliesenleger gesperrt. Es handelt sich um den Bau der Secession am Kurfürstendam.

Bereinigung der Fliesenleger.

Die Arbeitgeber im Kürschnereigewerbe wollen sich koalieren. Man berichtet uns darüber: Behufs Konstituierung eines Arbeitgeberverbandes der Pelzwarenbranche von Berlin zum Schutze ihrer Interessen und zur Abwehr gegen die angeblich unbedingten Forderungen der organisierten Kürschner, die bekanntlich soeben in eine Streikbewegung eingetreten sind, fand gestern abend eine Zusammenkunft von Interessenten statt, in der, wie die „Neue Pelzwaren-Zeitung“ berichtet, beschlossen wurde, zu Dienstag, den 27. d. M., eine Hauptversammlung sämtlicher Arbeitgeber der Pelzwarenbranche einzuberufen. 80 hiesige Fabrikanten, unter denen sich die größten Firmen am Platze befinden, haben bereits ihren Beitritt zum Arbeitgeberverband und zur Genehmigung des vorgelegten Statuten-Entwurfs erklärt.

Deutsches Reich.

Noch eine Bauarbeiter-Ausperrung in Sicht! Aus Plauen im Vogtland meldet ein Telegramm: Der „Neuen Vogt. Zig.“ zufolge hat der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Plauen beschlossen, von Freitagabend ab über alle Bauten die Sperre zu verhängen als Antwort auf den von den Maurergehäusen inszenierten teilweisen Streik. 1100 Arbeiter werden dadurch betroffen.

Auf der „Friedrich-Wilhelms-Hütte“ bei Siegburg (Rheinl.) waren große Differenzen ausgebrochen. Die Direktion hatte alle Unterhandlungen rundweg abgelehnt, und es war zur Kündigung sämtlicher Hochöfen, Walzwerks- und Puddelofenarbeiter gekommen. Nunmehr hat sich die Direktion doch eines anderen Besonnenen. Sie hat mit der Kommission verhandelt und gemäß Anschlag im Werk die Wünsche und Forderungen der Arbeiter bewilligt.

Die Metallarbeiter in Bayern im Kampfe um das Koalitionsrecht.

Wie die Münchener (siehe Nr. 142 des „Vorw.“) haben auch die Münchener Metallarbeiter das Ergebnis der neuerlichen Einigungsverhandlungen einstimmig abgelehnt und ebenso einmütig beschlossen, den ihnen ausgedruckten Kampf wie bisher weiterzuführen. Die Streikenden und Ausgesperrten haben in Märschen darauf, daß durch die Bewegung weitere Kreise in Ritterschaft gezogen werden könnten, ihre Tarifvorlage zur Länge gezogen und sich mit einer 10 prozentigen Lohn-erhöhung (die 57stündige Arbeitszeit kommt in München nicht in Betracht, da diese in der Maschinenbranche schon seit Jahren eingeführt ist) zufrieden gegeben und damit den Industriellen das weitgehendste Entgegenkommen gezeigt, ja man hätte sich schließlich um des lieben Friedens willen auch noch mit dem Zugeständnis, die Löhne von 1-3 Pf. nach eigenem Ermessen auszubessern, abgefunden, wenn die Maßnahmen die bestimmte Erklärung abgegeben hätten, daß Maßnahmenregelungen nicht eintreten und die Arbeiter, wie sie austraten oder hinausgeworfen wurden, wieder an ihre Arbeitsplätze zurückkehren konnten. Aber nachdem der erwartete Erfolg des den Arbeitern vorgelegten Schand-Weberles ausblieb, wollen die Stummlinge bei der Wiederaufnahme der Arbeit eine Kuselose vornehmen und damit auf Umwegen zu ihrem Ziele kommen, nämlich dem Metallarbeiter-Verband in den Fabriken den Boden zu entziehen. In dieser Beziehung steht der Oberingenieur Wirth, der Vertreter des bayerischen Aktienkönigs Reichsrats Ritter v. Massei an der Spitze. Das darf und wird dem profitgierigen Maschinenproletum nie und nimmer gelingen. Daß in diesem gewaltigen Kampfe um das Koalitionsrecht auch den Jungungsmeistern der Kamun schwallt, wirkt, wenn auch komisch, doch einigermaßen verunnehmlich. Diese sonderbaren Rausche, die dem Handwerk durch Einführung des Befähigungsnachweises den goldenen Boden zurückgewinnen wollen und jahraus jahrein darüber jammern, daß sie mit Haut und Haar von der Großindustrie aufgefressen werden, diese gleichen Leuten leisten nun in ihrer Beschränktheit diesem ihrem größten Feind Hilfe. Sowohl die Schloffermeister als auch die Kupferhämmer-Jungung haben die im vorigen Jahre mit ihren Arbeitern vor dem Gewerbeamt abgeschlossenen Tarifverträge gekündigt. Das Maschinenproletum und die Jungungsmeistern sind also ein Herz und eine Seele; ob diese edle Harmonie von langer Dauer sein wird, wird sich vielleicht schon in Wälden zeigen.

Eine außerordentliche Delegiertenversammlung des Münchener Gewerkschaftsvereins hat zu dem Kampfe der Metallarbeiter Stellung ge-

nommen. Am Montag finden in den drei größten Sälen Münchens Volksversammlungen statt, in Nürnberg werden sogar 17 Versammlungen abgehalten, die entsprechende Beschlüsse fassen werden. Der Kampf der Metallarbeiter Bayerns um ihr Koalitionsrecht wird nunmehr von der gesamten organisierten Arbeiterschaft Deutschlands geführt werden. Der freche Angriff der Schamfächer-sippe auf das Koalitionsrecht muß mit Erfolg abgeschlagen werden.

Bauarbeiter-Ausperrung in München.

Ein Privattelegramm meldet uns: München, 23. Juni. Etwa 4000 Maurer, Zimmerer und Tagelöhner wurden heute ausgesperrt. Die Ausperrung erstreckt sich auch auf Nicht-Verbandsfirmen.

Ausland.

Allgemeine Lohnbewegung der Textilarbeiter Dänemarks. Am 1. Juli endet der im Jahre 1902 abgeschlossene Tarifvertrag der dänischen Textilarbeiter. Vergebens hat ihre Organisation versucht, die Fabrikanten für eine annehmbare neue Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu gewinnen. Es wird wahrscheinlich zu einem allgemeinen Lohnkampf kommen. Die gesamte organisierte Arbeiterschaft Dänemarks ist bereit, die Weber in ihrem Kampfe für Verbesserung ihrer erbärmlichen Lohnverhältnisse zu unterstützen.

Verfammlungen.

Die Sektion der Töpferträger vom Verband der haugewerkschaften Gülfarbeiter hielt am Montag in der Rosenhallerstraße 57 eine Versammlung ab, in der zunächst über die Vorschläge der letzten Vertreterversammlung zur Schaffung des neuen Ortsstatuts berichtet wurde. Es handelt sich um die Anpassung des Ortsstatuts an das Verbandsstatut in seiner auf dem letzten Verbandskongress erhaltenen Fassung. Die Mehrheit der Versammlung stimmte gegen die Vorschläge der Vertreterversammlung, anscheinend aber nur deshalb, weil sie kein schriftliches Exemplar in ihren Händen hatten, sondern der Statuten-voranschlag nur vorgelesen und kurz erläutert worden war. Eine der Abstimmung vorhergehende Geschäftsordnungsdebatte ließ das erkennen.

Die Tariffrage war der nächste Punkt der Tagesordnung. Der Vorsitzende teilte mit, daß nach Meinung der Sektionsleitung schon jetzt mit den Vorarbeiten zur Tarifbewegung begonnen werden sollte, damit diese in den gewöhnlichen Monatsversammlungen erledigt werden könnten. In der Diskussion wurde die Notwendigkeit eines neuen besseren Tarifes an verschiedenen Beispielen nachgewiesen. Man beschloß dann, eine Lohnkommission zu wählen und sie mit den Vorarbeiten einer Tarifänderung, die die Mängel beseitigt, zu betrauen. In die Lohnkommission gewählt wurden Hasselmann, Sagen, Seifert, Janide, Jeschmann, Sorge und Wolda. — Dann erledigte die Versammlung noch einige Vereinsangelegenheiten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 23. Juni. (W. T. V.) Abgeordnetenhause. In fortgesetzter Beratung des Budgetprovisoriums sprach heute unter anderem Schönerer (Alldeutsche Vereinigung). Er protestierte namens der Alldeutschen gegen die vom Ministerpräsidenten angekündigte Einführung der inneren tschechischen Amtssprache, wodurch dieser sich offiziell als Totengräber der deutschen Staatsprache bekannt habe. Die Einführung der inneren tschechischen Amtssprache bedeute für die Tschechen eine wichtige Etappe in der Erfüllung ihrer staatsrechtlichen Bestrebungen, für die Deutschen aber das Ende jedweden Ansehens und jeder Autorität. Redner besprach sodann das Verhältnis zu Ungarn, bezeichneter die darauf bezüglichen Erklärungen des Ministerpräsidenten als inhaltlos, warf dem zur Prüfung dieser Frage eingesetzten Ausschusse Unfähigkeit vor und legte dar, daß die vom ungarischen Abgeordnetenhause angenommene Resolution unzulässig sei, soweit sie sich auf die Verweigerung der Beitragsleistungen zu den gemeinsamen Ausgaben bezieht, rechtswidrig und ungesetzlich sei, weil ein beide Reichshälften betreffendes vom Monarchen sanktioniertes Gesetz nicht durch einseitigen Beschluß des ungarischen Abgeordnetenhauses aufgehoben werden könne. Deshalb unterbreite er, Redner, einen Dringlichkeitsantrag, welcher besagt: Das Abgeordnetenhause spricht sich für die Aufhebung der bestehenden Gemeinamkeit mit Ungarn aus. Die Regierung wird aufgefordert, die entsprechenden Vorarbeiten hierfür zu unternehmen. Redner trat endlich für die Aufhebung des Paragraphen 14 ein, verlas das alldeutsche Programm, welches in der bundesrechtlichen Angliederung Deutsch-Oesterreichs an das Deutsche Reich gipfelt und brachte ein Hoch auf Kaiser Wilhelm aus. Er erklärte, die Alldeutschen seien überzeugte Anhänger Bismarcks und schloß mit dem Rufe: Heil Alldeutschen!

Im weiteren Verlaufe der Sitzung folgten tatsächliche Verichtigungen. Wegen Verhöhnungen der Generalität, die Graf Sternberg sich bei seinen Ausführungen zuschulden kommen läßt, wird er dreimal zur Ordnung gerufen, dann wird ihm das Wort entzogen. Das Budgetprovisorium wird hierauf dem Budgetausschusse überwiesen. Es folgt die Beratung des heute eingebrachten Dringlichkeitsantrages des Abgeordneten Schönerer. Nachdem Schönerer seinen Antrag begründet, erklärt Ministerpräsident Gautschi, die Regierung werde sich an der Beratung des Antrages nicht beteiligen. Bei der Abstimmung über den Antrag ergibt sich Beschlussunfähigkeit des Hauses und die Sitzung wird deshalb geschlossen. Die Alldeutschen rufen: Eien Kossuth! Abgeordneter Tro stimmt die Volkshymne an. — Nächste Sitzung am Montag.

Kabinettskrise in Ungarn.

Budapest, 23. Juni. (W. T. V.) Das Kabinet Fejervary hat seine Entlassung eingereicht, doch wurde diese nicht angenommen.

Varrikadenkämpfe.

Lodz, 23. Juni. (W. T. V.) Hier kam es heute zu Straßenkämpfen. Varrikaden wurden errichtet, die vom Militär im Sturm genommen wurden. 50 Personen wurden getötet und 200 verwundet. Es herrscht allgemeiner Aufruhr. Der Kriegszustand soll verhängt werden.

Zu den Friedensverhandlungen.

Washington, 23. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Aus amtlichen Quellen verlautet, daß die russisch-japanischen Verhandlungen infolge einer Erkrankung des Grafen Lambsdorff einen unbedeutenden Aufschwung erfahren haben. Präsident Roosevelt habe die Antwort Russlands auf seine letzten Vorstellungen, welche vermutlich den Abschluß eines Waffenstillstandes betreffen, noch nicht erhalten. Der Aufschwung bedeute jedoch keine Störung der Verhandlungen.

Son ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Guntshulin, 24. Juni. (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) Die Nachricht des „Daily Telegraph“ aus Tokio, daß die Armee Lienewitsch von den Japanern von allen Seiten umzingelt sei, ist vollständig unwahr und erfunden. Die Japaner stehen vor der Linie der russischen Südfront, die Russen Auge in Auge mit dem Feinde und bewachen jeder seiner Bewegungen. (Diesem rdt russischen Depeschentil nach zu urteilen scheint eine entscheidende Schlacht unmittelbar bevorzustehen.)

Arbeiter! Gedenkt der um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Zigarettenarbeiter!

Fünfte Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker.

Dresden, R., 22. Juni.

Bei Eintritt in die heutige Vormittags-Sitzung nimmt zunächst Döblich das Wort, um das Wesen der Tarifgemeinschaft zu erörtern und gegenüber geäußerten Angriffen zu verteidigen. Freilich sei der Idealzustand im Gewerbe noch lange nicht erreicht, aber nur auf dem eingeschlagenen Wege können wir ihn erreichen. Durch die Klindigung des Tarifes würden wir jenem Teil der Prinzipale, der nur widerwillig denselben anerkennt, eine willkommene Handhabe geben, sich von den ihnen lastenden Verpflichtungen wieder freizumachen. Er erblicke einen großen Fortschritt darin, daß das Buchdrucker-Gewerbe sich selbst regiert und seine Angehörigen in Streitfällen nicht zu den Gerichten zu laufen brauchen. Wir erblicken in der Tariforganisation das Mittel, die wirtschaftliche Lage der Berufsangehörigen zu sichern. Wenn die Unternehmer uns Konzessionen machen, so wollen sie dafür eine gewisse Ruhe im Gewerbe eintauschen. Redner zitiert Beispielen, aus denen ersichtlich, daß in anderen Gewerben, wo die Unternehmer nicht durch Tarife gebunden sind, sowohl Privatunternehmer wie staatliche Betriebe, weit selbstherrlicher denken und handeln, als das unter unserer Tarifgemeinschaft der Fall sein kann. Es ist im Wesen der Sache begründet, daß die Leitung des Verbandes, Gauvorstände, Tarifamts-Mitglieder den besten Einblick in die Lage besitzen, und wenn noch die Vertreter der einzelnen Verbände-Sparten zur Vorberatung der vorliegenden Anträge sich zusammenschließen, wird dies für uns und die kommende Tarifverneuerung erspriechlicher sein, als wenn die mancherseits befohlene Taktik praktiziert wird, große Versammlungen damit zu beschäftigen. Bezüglich des Tarifabschlusses von Organisation zu Organisation empfiehlt er, den Vorstand zu beauftragen, mit den Prinzipalen in Verbindung zu treten und ihm die Entscheidung darüber zu überlassen, ob sich ein Abschluß des Tarifes von Organisation zu Organisation empfiehlt. Auch die Maschinenmeisterfrage kann bei einigen Entgegenkommen der beteiligten Kreise unschwer gelöst werden. Alles in allem empfiehlt Redner die soeben verteilte Resolution und bittet, von größeren Debatten abzusehen. Er gibt gerne zu, daß noch manches zu erörtern bleibt, das aber zu den eigentlichen Tarifberatungen der Berufsorgane zurückgestellt werden kann. (Bravo!)

Homan - Berlin unterstützt den Antrag Hannover, nach welchem Stereotypen, Galvanoplastiken u. Aufnahme im Tarife finden.

Geil - Berlin greift auf einen vor Jahren im „Correspondent“ gemachten Vorschlag zurück, Deutschland in Agitationsbezirke einzuteilen, wovon er sich eine bessere Erziehung der Mitglieder verspricht. Er akzeptiert den Vorschlag Döblichs betreffend Vorberatung des zur Tarifberatung vorliegenden Materials unter Beiziehung der Gauvorstände und verschiedener Spartenvertreter.

Bopf - Berlin spricht an der Hand Berliner Vorfälle für die größere Berücksichtigung des Interesses der Maschinenleger. Gegenüber den fortgesetzten Ustamierungen mancher Arbeitgeber genehmigt er in den bisherigen Bestimmungen des Tarifes und seines Kommentars nicht den genügenden Schutz. Diese gegenwärtige Rechtlosigkeit muß gründlich beseitigt werden.

Giesecke - Berlin meint, daß der Tarifvertrag gewissermaßen das Rückgrat der Tarifinstitution bilde und hält seine Abschaffung für unmöglich. Bezüglich des Berliner (Scherischen) Abrechnungsbuchs liegt der von Kuffner angeführte Konflikt nicht so, wie dieser dargestellt, da der Satz von einem Jahre zum anderen stehen bleibt und nur umfangreiche Änderungen des Textes vorzunehmen sind. Das Tarifschiedsgericht hat sein bemängeltes Urteil nach bestem Wissen und gründlicher Prüfung gefällt. Die Firma ihrerseits habe sich auch durch den Schiedspruch vergeblich gefühlt, denselben aber trotzdem des lieben Friedens willen anerkannt. Die vorgelegte Resolution lasse den Sonderwünschen freien Spielraum und deshalb könne sie einstimmig angenommen werden.

Engelbrecht - Leipzig meint, daß die Prinzipale zu ihrem sozialen Verständnis durch die Macht der Verhältnisse gedrängt worden sind. Bei vorkommenden prinzipalseitigen Uebergriffen gegen den Tarif wie unberechtigten Abzügen u. dgl. ist es mitunter notwendig, dem Unternehmer sofort zu zeigen, daß sich die Gehälften nicht widerstandslos alles gefallen lassen, sondern dieselben aus eigener Kraft zurückweisen können, ohne erst den langen Instanzenweg der Tarifinstitutionen zu beschreiten. Wir haben bei Lohnabzügen das Gewerbegericht in Anspruch genommen. Mit dieser Taktik ist die Leipziger Kollegenchaft sehr gut gefahren.

Fuchs - Mannheim betont, daß die Mannheimer von Anfang an für eine Revision des Tarifes gewesen sind.

Ueber einen Schlufantrag entwirft sich eine längere Geschäftsordnungs-Debatte. Es sind, wie der Vorsitzende konstatiert, noch 26 Redner eingezeichnet.

Die Berliner Delegierten beantragen namentliche Abstimmung über den Schlufantrag, was vom Vorsitzenden und von Provinzdelegierten heftig bekämpft wird.

Die Generalversammlung entscheidet, daß namentliche Abstimmung bei Geschäftsordnungs-Anträgen unzulässig ist und darauf wird der Schlufantrag mit knapper Majorität angenommen.

Es folgen der Debatte eine Reihe persönlicher Bemerkungen, wonach u. a. zunächst Schliebs - Berlin als Referent das Schlußwort erhält, in welchem er die im Laufe der Debatte vorgekommenen Ausführungen durchgeht, welche sich mit seinen Anschauungen nicht decken und gegen die bisherige Handhabung der Tarifinstitutionen gerichtet waren.

Kummehr erfolgt die Abstimmung über die vorliegende Resolution, welche lautet:

„Die Generalversammlung beauftragt die Gehälftenvertreter, zu gegebener Zeit bei dem Tarifabschlusse den Antrag auf Revision des Tarifes zu stellen. Eingegangene Abänderungsvorschläge sind seitens der Kreisvertreter an den Verbandsvorstand einzulassen und durch eine einzuberufende Gauvorstände-Konferenz mit den Gehälftenvertretern und Vertretern der einzelnen Spezialbranchen zu prüfen und zusammenzufassen und dann den tariftreuen Gehälften an den Kreis-Vororten an einem Tage Bericht zu erstatten.“

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Spezialanträge, die noch vorliegen, werden zu einem späteren Punkte zurückgestellt.

Zu der Nachmittags-Sitzung gelangt zunächst vor der Statutenberatung Punkt 4 der Tagesordnung in folgender Form zur Debatte:

Besprechung über die Stellung des Verbandes zu den übrigen graphischen Verufen.

Die Spartenfrage ist also angeschaltet und wird später behandelt werden. Dagegen ist die Stellung in der Hilfsarbeiterfrage mit begriffen. Ruffner - Berlin (Vorstandsmitglied) konstatiert, daß die Notwendigkeit der Erörterung dieser letzteren vorliegt, trotzdem es verneinlich sei, die Interessengegenstände öffentlich zu besprechen. Man wirft uns Mangel an Solidarität vor. Dieser Vorwurf ist aber seines Erachtens vollständig unbegründet. Wir haben ein Interesse daran, vorhandene Gegensätze zu vertiefen. Durch die Aufnahme der (ungelesenen) Litzgründer in den Verband würde lediglich ein weiterer Streitpunkt geschaffen.

Infolge verschiedener Vorkommnisse haben sich die Gegensätze in letzter Zeit weiter zugenähert, u. a. durch eine Münchener Korrespondenz im Fachblatt der Hilfsarbeiter, der „Solidarität“. Derartige provozierende Ausführungen können den Boden zur gegenseitigen Verständigung nicht ebnen. Aber auch im „Correspondent“ vom vorigen Jahre habe ein Bericht gestanden, welcher eine aufgetauchte Differenzfrage mit den Hilfsarbeitern von derselben Seite einseitig beleuchtet. Die „Solidarität“ habe sich ferner mit der Gauvorstände-Konferenz in wenig sympathischer Weise beschäftigt. Wir müssen uns ganz entschieden das Recht wahren, daß den Buchdruckern nicht injuriert wird, gegen die Prinzipale der modernen Arbeiterbewegung zu stoßen. Auf der 3. Generalversammlung der Hilfsarbeiter-Organisation sei eine Resolution angenommen, welche Tarifabschlüsse von Organisation zu Organisation fordert und die Mithilfe der Buchdrucker und Steinbrücker dabei erwartet. Es muß daher eine Klärung der vorhandenen Situation erfolgen. Dazu gehört auch die Mithilfe der anderen Seite.

Frau Thiede - Berlin (Vorsitzende der Hilfsarbeiter-Organisation) erklärt, daß mit dem Wachsstum des von ihr vertretenen Verbandes auch der Wunsch nach Tarifabschlüssen laut werde, da die Lohnverhältnisse sehr verbesserungsbedürftig seien. Ihre Kollegen stehen sozialpolitisch noch etwas zurück und daraus erklärt sich auch ihre verschiedene Haltung in der Arbeitsnachweisfrage. Rednerin geht auf die Berufsverhältnisse ihrer Kollegen in Berlin und anderen Orten ein und erläutert die verschiedenartige Anschauung in derselben Frage unter verschiedenen Verhältnissen. Daraus erkläre sich die Taktik, die hier und da eingeschlagen werden müsse. Ihre weiteren Ausführungen nehmen auf andere vorliegende Differenzpunkte Bezug und gipfeln in dem Wunsche, eine Verständigung anzubahnen, die nach Kräften beiden Teilen gerecht wird.

Eißler - Berlin weist darauf hin, daß bei von der Borrednerin angeführten Einzeldifferenzen zwischen Maschinenmeistern und Hilfsarbeitern zu erwägen bleibt, daß diese letzteren für die von ihnen bedienten Maschinen die volle Verantwortung tragen. Man möge in derartigen Fällen einen anderen Weg der Verständigung einschlagen und nicht gerade jenen wählen, welcher zu einer Schädigung der befreundeten Organisation führt. Nur dann sei ein positives Resultat zu erreichen. Er bringt weiteres Material bei, nach welchem die Hilfsarbeiter in ihrem Organ gegen die Verbandsfunktionsstellung nahmen. Für Maßnahmen, die wir im Interesse der Organisation für notwendig halten, können wir unmöglich erst die Erlaubnis der Hilfsarbeiter einholen. Wir müssen ebenso von der politischen Presse verlangen, daß sie Vorgänge unter den Buchdruckern parteilos wiedergebe. Durch eine Aussprache auf dem nächsten Maschinenmeister-Kongreß durch eine Delegation der Hilfsarbeiter lasse sich am besten eine zweckentsprechende Verständigung herbeiführen.

Schleifer - Berlin hält den Wunsch der Hilfsarbeiter nach Abschluß von Tarifverträgen für durchaus berechtigt und spricht für die Einhaltung der bisherigen bewährten Taktik des Verbandes.

Klotz - Berlin (Vorsitzender des Buchbinderverbandes) verteidigt in der schwebenden Angelegenheit auf die durch den Kölner Gewerkschaftskongreß gegebene Direktive. In den Hauptzügen seines Gewerbes, wie beispielsweise Berlin, Leipzig, Stuttgart, behaupten Buchbinder soziales Verständnis. In allen Fällen jedoch nicht. Wo Angehörige anderer Verufe in Frage kommen, ist er in bezug auf die einschlägige Taktik derselben Ansicht wie Frau Thiede, welche den Weg vorheriger Verständigung untereinander empfiehlt.

Kraette - Berlin meint, daß die Organisation der Hilfsarbeiter dem Verbands ganz bedeutend genügt habe und ist nicht dafür, daß man aus einzelnen Streitfällen des täglichen Zusammenlebens zwischen den verschiedenen Organisationsangehörigen Schritte herleite, welche der Organisation eine gewisse Animosität bezeugen.

Sillier - Berlin (Vorsitzender des Verbandes der Lithographen und Steinbrücker) steht auf dem Standpunkte, daß zunächst jede Organisation ihre Angelegenheiten selbständig zu ordnen habe, bekämpft aber im übrigen den Standpunkt des Referenten Ruffner, der aus Einzelfällen der Organisation Vorwürfe mache. Auch die Buchbinder müssen Rücksicht nehmen auf ihre viel jüngere Tarifbewegung, aber bestreuen darf die Betätigung des Solidaritätsprinzips nicht darunter leiden. In Konfliktfällen einer Branche mit den Unternehmern empfiehlt Redner eine Beurteilung von Fall zu Fall. Bei einer solchen Gelegenheit haben die Steinbrücker mit ihrer Erklärung, mit eingehenden Streitbrechern als Hilfsarbeiter nicht arbeiten zu können, den Kämpfenden zu einem schnellen Siege verholfen. Redner erörtert noch andere Fälle, die seinen Ratsschlag des Handelns von Fall zu Fall als richtig erscheinen lassen.

Fritzsche - Hannover gibt zu, daß in dem Falle des Ausstandes der Buchdrucker in einer größeren Fabrik Hannovers lediglich durch die praktische Betätigung des Solidaritätsprinzips durch Buchbinder und Steinbrücker die neunstündige Arbeitszeit für die Buchdrucker erzwungen werden konnte. Er halte sich verpflichtet, das hier zu konstatieren. Redner erläutert den Fall des weiteren, der zu Meinungsverschiedenheiten mit der Hilfsarbeiter-Organisation geführt hat.

Riedler - Breslau hält die Regelung der Frage für eine sehr schwierige und betont, daß eine Unterstützung der Hilfsarbeiter in Streitfällen im Sinne des (bereits mitgeteilten) Breslauer Antrages nur nach vorheriger Verständigung mit den Verbandsfunktionären erfolgen dürfe.

Reyhäuser - Leipzig (Redakteur des „Correspondent“) behauptet den Antrag dieser Angelegenheit in öffentlicher Sitzung. Derartige Fragen werden auch von anderen Organisationen in geschlossener Sitzung verhandelt.

Döblich meint, daß es viel leichter wäre, gegenüber den Hilfsarbeitern Solidarität zu üben, wenn sie bereits einen Tarif hätten. Aber das unbedachte Eintreten für alle Fälle würde dazu führen, daß der Verband von anderen Organisationen dirigiert würde. Das können wir nicht zulassen! Die von Sillier empfohlene Prüfung der Verhältnisse von Fall zu Fall habe ihm als der am leichtesten gangbare Weg erschienen. Er empfiehlt die Annahme einer Resolution, welche nach seinem Vorschalt die Frage in ehrlicher und zweckentsprechender Weise regelt. Was wir aber für unsere eigenen Verufenossen verlangen, das dürfen wir gerechtfertigt auch von den Angehörigen verwandter Verufe erwarten. Bei einigem guten Willen dürfte sich der vorgeschlagene Weg gangbar erweisen. Die Resolution lautet:

„Die Generalversammlung erklärt es als selbstverständliche Pflicht der Mitglieder, die Bestrebungen der Hilfsarbeiter zur Hebung ihrer Lage zu unterstützen. Ein aktives Eintreten der Mitglieder zur Unterstützung der Forderungen der Hilfsarbeiter kann jedoch nur nach vorheriger Zustimmung des Verbandsvorstandes erfolgen.“

Schulze - Leipzig erklärt, daß sie dort Hilfsarbeiterinnen organisiert haben, die sehr schlecht entlohnt wurden. Es muß etwas geschaffen werden, womit man in Zukunft operieren kann. Wir haben aus der Vergangenheit gelernt und werden den richtigen Weg schon finden.

Die Resolution Döblichs wird einstimmig angenommen.

Kummehr kommt es zur Statutenberatung,

wobei Eißler - Berlin (Hauptassessor) einleitend ein großzügiges Referat hält, in welchem er die leitenden Gesichtspunkte entwickelt, von denen sich die Generalversammlung bei ihren diesbezüglichen

Veschlüssen leiten lassen müsse. Ein reichhaltiges Referatmaterial dient bei seiner Beleuchtung der einzelnen Unterabteilungszweige als wertvolle Beihilfe. Wir verlagern uns mit Rücksicht auf die Raumverhältnisse das Eingehen auf Details, wie wir dies auch beim Referat Schliebs getan. Die außerordentliche Fülle von Anträgen zu diesem Punkte beweist das lebhafteste Interesse der Mitglieder am Ausbau des Unterabteilungswezens.

Es wird eine Eifer-Kommission gewählt, welcher das gesamte Material mit der Beizung übergeben wird, daß die Generalversammlung im Prinzip einer kleinen Vertragsbewegung zustimmt, um eine Erhöhung des Sterbegeldes zu ermöglichen.

Eine Sympathie-Erklärung für die österreichischen Kollegen, die sich gegenwärtig in einer Tarifbewegung befinden, wird einstimmig angenommen und sodann die Sitzung geschlossen.

Die Ausführungen von Weber-Berlin (in der Mittwoch-Sitzung) bezüglich der großen Fluktuation des Personals beziehen sich nicht auf eine Druckeri Berlins, sondern des Obergaues.

Zweiter ordentlicher Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Schluß aus der gestrigen Nummer.

Karl Schmidtchen - Magdeburg hält hierauf sein Referat über das Thema: „Umsatzsteuer und Konsumvereine“. Er erklärt sich unter lebhafter Zustimmung gegen jede Umsatzsteuer. Die Frage sei hier zur Erörterung gestellt worden wegen neuerer Vorkommnisse, besonders wegen der Stellungnahme, die unser lieber Freund Peus in dem guten Glauben, den Konsumvereinen zu nutzen, für eine Umsatzsteuer eingetreten ist. Die Konsumvereine werden fast überall, mit Ausnahme von Hessen, schon gehörig zur Steuer herangezogen. Dabei ist die Uebersehbestimmung die härteste Ungerechtigkeit. Höchstens dürfte der Ueberseh, der für die Vergößerung der Betriebe in den Vereinen einbehalten wird, zur Einkommensteuer herangezogen werden. Der Fall Peus bietet keinen Anlaß zu persönlicher Stellungnahme, da Peus schon zugegeben hat, daß er sich geirrt hat. Deshalb halte ich auch eine vom Verband Rheinland-Westfalen beantragte Resolution, die sich gegen eine weitere Tätigkeit von Peus richtet, für nicht richtig. Ich bitte Sie um einstimmige Annahme der folgenden Resolution:

„Der in Stuttgart am 19., 20. und 21. Juni 1905 tagende zweite Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine erklärt jede Art der Besteuerung auf Einführung einer Umsatzsteuer für Konsumvereine als eine gegen die zum gemeinsamen Bezuge von Lebensmitteln — hauptsächlich der minderbemittelten Bevölkerung angehörenden — vereinigten Konsumenten gerichtete Ertrabesteuerung.“

Die Konsumvereine sind gesetzlich gezwungen, sich auf den Verleht mit ihren Mitgliedern zu beschränken. Sind die Konsumvereine schon ihrer Natur nach nicht zum Gewerbebetriebe geeignet, so sind die Konsumvereine durch die gesetzlichen Vorschriften geradezu verhindert, gewerkschaftlichen Gewinn zu erzielen.

Bei dieser den Gewerbetreibenden und Händlern gegenüber gesetzlich Zurücksetzung der Konsumvereine ist es schon ungerecht, die als Rückvergütung an die Mitglieder zur Verteilung gelangenden Uebersehbestimmungen zur Besteuerung heranzuziehen.

Ein besonders großes Unrecht ist eine jede nach dem Wertbetrage der an die Mitglieder abgegebenen Waren bemessene Umsatzsteuer, und zwar umso mehr ein Unrecht, weil eine solche Steuer als weitere indirekte Steuer auf die notwendigen Lebensmittel und Gebrauchsgüter der minderbemittelten Bevölkerung wirken muß, und dadurch die minderbemittelten Volksschichten in der Verbesserung ihrer Lebenshaltung durch gemeinschaftliche Beschaffung von Lebensmitteln und Gebrauchsgütern behindert.

Endlich kann eine, auch die niedrigste Umsatzsteuer, wenn sie erst einmal im Prinzip angenommen ist, zu Konsequenzen führen, welche die größten Gefahren in sich schließen, da eine solche Steuer am besten zu einer Ertrabesteuerung umgeändert werden kann.

Aus diesen Gründen protestiert der zweite Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine gegen jede Umsatzsteuer.“

Peus - Dessau: Von Anfang an habe er gegen die Umsatzsteuer mit aller Energie gekämpft. Erst als die Regierung erklärt habe, sie wolle einen brauchbaren Maßstab, sei er bemüht gewesen, ersens den Steuerfuß herabzubringen, zweitens die Uebersehbestimmung dafür abzuschaffen. Es sei ihm gelungen, die Progression von 1/2 auf 1/3 statt auf 1 Proz. herabzubringen. Dagegen habe die Regierung es abgelehnt, die Uebersehbestimmung dafür aufzuheben. Daraufhin habe er gegen die ganze Umsatzsteuer gestimmt. Die Uebersehbestimmung sei das allerbitterste Unrecht. Entschieden lehne er jede Ertrabesteuerung der Konsumvereine ab. Es dürfe sich nur um eine alle gleichartigen Betriebe gleichartig treffende Steuer handeln. Er könne sich nicht denken, daß die Konsumvereine überhaupt steuerfrei bleiben. Das glaube auch kaum jemand und werde in den Gemeinden auch dann nicht anerkannt werden, wenn unsere eigenen Freunde darüber zu entscheiden haben würden.

Racus - Remscheid unterbreitet dem Kongreß eine vom Verband Rheinland-Westfalen beschlossene Resolution, die sich gegen die Haltung von Peus richtet und die am Schluß sagt: Wir verzichten in der Besteuerungsfrage auf eine Mitarbeit von Peus. Heute würde die Resolution nicht gestellt werden. Sie ist angenommen worden zu einer Zeit, als Peus seine Ansichten noch nicht reifiziert hatte. Wäre hier Peus für Umsatzsteuer aufgetreten, der Antrag wäre hier sicher eifrig unterstützt worden. So habe ich zu erklären, daß wir für die Resolution Schmidtchen sind und auf unsere Resolution verzichten. Wenn Peus sagt, die Steuerfrage ist nicht gelöst, so haben wir sicher nicht nötig, der Regierung Steuerpläne auf dem Präsentierteller entgegenzubringen, sondern können warten, bis uns die Regierung eine Steuer vorschlägt, die wir als gerecht anerkennen können. (Lebhafte Zustimmung.)

Kleißner - Dresden: Wir müssen uns grundsätzlich gegen jede Umsatzsteuer aussprechen. Peus hat auch heute wieder Anpassungspolitik getrieben. Er sagt, ich nehme das kleinere Uebel, ohne zu bedenken, daß das kleinere Uebel im Handumdrehen zum größten werden kann. Er hat gesagt: Ich habe nicht für die Umsatzsteuer gestimmt. Das hätte auch noch gefehlt. (Zustimmung.) Peus sagt, er könne nicht einsehen, weshalb ein Konsumverein nicht besteuert werden solle. Ich sage: Ich kann nicht einsehen, warum ein Konsumverein überhaupt besteuert werden soll. (Beifall.) Ich kann den Steuerstandpunkt von Peus auch heute nicht teilen, sein Standpunkt ist ein unklarer. In Sachsen droht uns die Umsatzsteuer und wir müssen erwägen, wie wir uns dagegen wehren können. Die Art wie Peus hier auftritt, ist nur geeignet, uns Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Die Resolution Schmidtchen wird, nachdem noch mehrere Redner sich gegen jede Umsatzsteuer ausgesprochen, gegen eine Stimme angenommen, dagegen wird ein Antrag Knappe-Stettin: „Die Konsumvereine haben Gleichstellung mit allen anderen Staatsbürgern zu verlangen“, mit allen Stimmen gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt. (Beifall.)

Es folgt die Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten. Dem Vorstand wird debattielos Entlastung erteilt. Die ausscheidenden Vorstandsmitglieder werden wiedergewählt. Damit sind die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Der nächste Kongreß wird in Stettin stattfinden.

Aus der Partei.

Selbstkritik.

Die Selbstkritik ist ein nützliches Beginnen. Aber wie nach dem bekannten englischen Sprichwort die Caritas zu Hause beginnt, so muß auch die Selbstkritik bei sich selber beginnen. Das gilt insbesondere für einige Parteiblätter, die unter dem Namen der Selbstkritik (an der Partei) jeden Tag für verloren zu halten scheinen, den sie nicht der Kritik an irgend einem Parteiblatt oder Parteigenossen gewidmet haben. Sollten sie doch lieber ihren kritischen Geist an sich selber auslassen! Ein Musterbeispiel solcher kritiklosen Kritik erleben wir wieder einmal in der Kritik an dem Ausgange des Blöyensee-Prozesses. So lesen wir unter anderem in der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ einen Artikel voll tönender Kritik, die in folgendem Satze zusammengefaßt wird:

„Welche Folgen wird nun dieser Prozeß und sein Ausgang für das öffentliche Wohl, für die Opfer der Gesellschaft und für die kulturelle Entwicklung haben? Wir sprechen es offen und rund heraus aus, daß wir nicht das geringste Vertrauen zu den maßgebenden Instanzen haben und nicht im mindesten daran zweifeln, daß gar nichts Besonderes geschehen, nichts Positives dabei herauskommen wird — noch weniger, wenn das möglich ist, als bei der unbezahlbaren Vergarbenmobelle. Alle die Opfer unserer göttlichen Weltordnung und des Strafvollzugs im Besonderen werden weiter in den Kerker dumpf vegetieren, werden weiter „disziplinirt“ werden. Es wird im wesentlichen alles beim alten bleiben, und schuld daran tragen die Angeklagten, die sozialdemokratischen Redakteure, die mit ihren Todfeinden ein Kompromiß, einen faulen Frieden geschlossen und ihnen einen Rückzug ermöglicht haben, durch den sie selbst um die Früchte ihres verdienstvollen Beginns betrogen und zu blamierten Europäern geworden sind.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ macht sich diese Kritik selbstverständlich zu eigen und schreibt noch dazu:

„Es ist vollkommen richtig, daß für die praktische Reform des Strafvollzugs nicht das geringste aus dem Blöyensee-Prozeß herauskommen wird. Die Bureaukratie ist nicht für Gründe empfänglich, sondern nur für Schläge und wenn man „massenhaftes schlagkräftiges Material im Sack“ hat, so muß man knippen aus dem Sack tanzen lassen und nicht dem Gegner eine bequeme Brücke des Rückzugs bauen.“

Unsere verehrten Kritiker erklären also, sie hätten nicht das geringste Vertrauen zu den maßgebenden Instanzen, daß diese Reformen vornehmen würden und sie erklären gleichzeitig, die sozialdemokratischen Redakteure hätten es durch ihren Vergleich verschuldet, daß im wesentlichen alles beim alten bleiben werde. Man kann nicht gedankenlos kritisieren. Gesetzt, die sozialdemokratischen Redakteure hätten die angebliche Schuld nicht auf sich geladen, sie hätten den Prozeß seinen Gang gehen lassen: dann also wäre nach Annahme der Kritiker etwas Wichtiges gebessert worden am Strafvollzug? Die Reformen hätten natürlich nicht die sozialdemokratischen Redakteure vornehmen können, sondern sie hätten von den maßgebenden Instanzen ausgehen müssen. Aber woher denn dieses plötzliche Vertrauen in die maßgebenden Instanzen, denen die Kritiker im vorhergehenden Satze eben ihr tiefstes Mißtrauen ausgesprochen? Sind etwa die sozialdemokratischen Redakteure mit ihrem Vergleich schuld, daß die maßgebenden Instanzen nicht das geringste Vertrauen verdienen? Eine Kritik, die auf solchen Balkanmähtias hinausläuft, kann man doch wahrlich nicht ernst nehmen.

Wundernehmen muß überhaupt diese unausgesetzte Kritik an dem Ausgange des Prozesses. Sie legt der von uns geliebten Kritik am Strafvollzuge eine Bedeutung bei, die man ihr vordem gar nicht beigelegt hat. Wir stellen fest, daß die „Leipziger Volkszeitung“ von unseren Artikeln über den Strafvollzug in Blöyensee und anderen Strafanstalten seinerzeit nicht mit einer Silbe Notiz genommen hat. Sie hat die Angelegenheit damals vermutlich von dem beliebigen Gesichtspunkte der „bliden Sensationen“ betrachtet. Deshalb liegt der unaußerselbstliche Lärm darüber, daß die „Sensation“ nicht fortgesetzt worden ist? Doch nicht etwa aus Interesse an der Kritik des Strafvollzuges?

Die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ kommt auch wieder mit dem Vorwurfe der Rabinettjustiz, indem sie schreibt:

„So haben die Parteigenossen um ein Vinsengericht ihr Erstgeburtrecht verkauft und der Rabinettjustiz neue wirksame Argumente geliefert.“

Anfangs hätte für diesen Vorwurf vielleicht noch die Entschuldigung der Unkenntnis der rechtlichen Bedingungen für die Verhandlung mit dem Justizminister im vorliegenden Falle gelten können. Immerhin: wer für sich in Anspruch nimmt, andere zu kritisieren und dabei vor schweren Vorwürfen nicht zurückschreckt, der muß sich gefallen lassen, daß man ihm sagt, er solle erst vor seiner Tür stehen und soll nicht ins Blaue hinein kritisieren ohne genügende Kenntnis der Umstände. Die Kenntnis der gesetzlichen Bedingungen für die Einleitung oder Aufhebung einer Klage wegen Beamtenbeleidigung könnte man wohl bei einem Redakteur voraussetzen. Nun haben wir aber zum Ueberflus in unserer Nummer vom 16. Juni diesen Sachverhalt dargestellt. Wenn die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ trotzdem am 21. Juni noch davon redet, die Angeklagten hätten der Rabinettjustiz „neue“ (welches sind denn die früheren?) Argumente geliefert, so kann sie sich nicht einmal mit Unkenntnis entschuldigen. Wir empfehlen also den „Selbstkritikern“, ihre kritische Schärfe zuerst einmal an sich selber zu üben. Die Partei wird keinen Schaden davon haben.

Parteipresse. In die Redaktion der „Eiberfelder Freien Presse“ tritt am 1. Juli der Genosse Oskar Hoffmann aus Iserlohn anstelle des Genossen Martwig ein.

Gegenüber den Ausstreunungen, es beständen über die Kandidatur des Genossen Morawski zur Reichswahl in Stettin im Jahre tiefgehende Meinungsverschiedenheiten zwischen der polnischen und der deutschen Parteioffiziere, stellt die „Dresdener Volkszeitung“ fest, daß Morawski schon im März von beiden Gruppen einstimmig und ohne irgendwie erhebliche Debatte nominiert worden ist.

Soziales.

Eine außerordentliche Generalversammlung der Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (S. 3. Nr. 29) tagte in der vorigen Woche im „Velodrom“ zu Hamburg. Untern 3. April d. J. ging dem Vorstande dieser Kasse seitens der Aufsichtsbehörde zu Hamburg ein Schreiben zu, in dem unter Hinweis auf die Rechnungsabläufe der letzten Jahre der Vorstand aufgefordert wurde, die Verrechnung einzuberufen. Die durchschnittliche Jahresausgabe der Rechnungsjahre von 1899 bis 1903 beträgt 1 776 280,03 M., während nach dem letztjährigen Rechnungsablaufe das Gesamtvermögen der Kasse sich nur auf 1 362 464,04 M. beläuft; mithin war der Reservefonds in seinem Mindestbetrage noch nicht vorhanden. — Die vorliegenden Anträge bezogen sich in der Hauptsache darauf, den gesetzlich vorgeschriebenen Anforderungen gemäß zu werden. Außerdem lag ein Antrag vor auf Schaffung einer Sterbekasse für Frauen von Mitgliedern der Kasse. — Aus dem Situationsbericht geht hervor, daß bei der Hauptkasse in den ersten drei Monaten 1904 die Einnahmen 87 715,12 M. und die Ausgaben 85 896,12 betragen haben gegen 53 164,40 bzw. 113 687,21 M. in dem diesjährigen ersten Quartal. Viele Delegierte vertraten die Meinung, daß die Einberufung dieser Tagung hätte vermieden werden können durch die in der vorigen ordentlichen Generalversammlung beschlossenen Extrabeiträge. Mehrere Delegierte rügten die Haltung des Schiedsgerichts, das wegen eines im Karlsruher Partei-Organ erschienenen Artikels: „Neue Rechtsbeugungen“, in dem die Kasse scharf kritisiert wird, Klage gegen den verantwortlichen Redakteur erhoben und erzielt hat, daß dieser wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von 50 M. verurteilt worden ist. Solche Artikel, die dem Redakteur zugestellt würden und die dieser in gutem Glauben aufnehme, solle man sachlich richtig stellen, eventuell solle man sich an die Partei-Instanzen wenden. Durch

Klagen gewinne nicht das Renommee der Kasse. Als Mittel zur Sedung der Finanzlage wurden drei Wege empfohlen:

1. Herabsetzung der Leistungen oder 2. Erhöhung des Beitrages oder 3. Annahme der Vorstandsbeiträge (Zusammenziehung aller Krankheiten und entsprechend festgesetzte Leistungen bei bestimmter gleichmäßiger Krankzeit). Das Ergebnis der fünfjährigen Beratung ist, daß nach Ablehnung sämtlicher Anträge der Beschluß gefaßt wird, vierteljährlich 14 Beiträge zu erheben.

Der Antrag auf Errichtung einer Frauen-Sterbekasse fand Annahme. Das Beitragsgeld soll 1 M. der Beitrag monatlich 25 Pf. betragen, wofür folgende Unterhaltungsgebühren gewährt werden: nach sechsmonatlicher Mitgliedschaft 50 M., nach zwölfmonatlicher 100 M. und nach achtzehnmonatlicher 150 M. Während der ersten sechs Monate soll der Beitrag auch ohne Rücksicht auf den Gesundheitszustand gestattet sein.

Bezüglich der Gehälter der Bureaubeamten wurde beschlossen, denjenigen Beamten, die weniger als 175 M. monatlich beziehen, 5 M. ab 1. Juli zuzulegen. Der Vorstand wird beauftragt, der nächsten Generalversammlung eine in den Grenzen 160—200 M. pro Monat sich bewegende Gehaltskala vorzulegen. Der Lohn der Bureauboten wird von 80 auf 82 M. pro Woche erhöht. Die Bureauzeit wird auf acht Stunden festgesetzt.

Versammlungen.

Holzarbeiter-Verband. In der außerordentlichen General-Versammlung, die am Donnerstag abgehalten wurde, erstattete Glöde Bericht über die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses. In dem Bericht, besonders aber in der darauf folgenden Diskussion, stand die Kasse im Vordergrund der Erörterungen. Daneben erregte auch der Generalstreik einiges Interesse. Die sonstigen Punkte der Kongreßverhandlungen wurden wohl im Bericht, aber in der Diskussion fast gar nicht berührt. In der Frage des Generalstreiks trat der Referent im allgemeinen dem Kongreßbeschlusse bei. Zur Kasse-Debatte sagte er unter anderem: Es sei kein Zweifel, daß verschiedene Gewerkschaften sich gar nicht bemüht haben, die Kasse zu dem zu machen, was sie sein sollte. Wenn die Leiter der Gewerkschaften agitatorisch für den Gedanken der Kasse und für die Arbeitsruhe eingetreten wären, dann würde die Arbeitsruhe einen größeren Umfang angenommen haben, als sie bis jetzt hatte, und die Demonstration wäre dadurch imposanter geworden. In dieser Ansicht sei er, der Redner, auf dem Gewerkschaftskongreß bestärkt worden. Es sei gefaßt worden, weil nur ein Teil der Arbeiter feiere, so seien Reibereien zwischen den Feiern und den Arbeitenden unvermeidlich. Er meine dagegen, wenn in den Gewerkschaften mehr für die Kasse agitirt worden wäre, dann würde aber die Feier selbst Einigkeit unter den Arbeitern herrschen und Reibereien dann nicht vorkommen. Es sei unbegreiflich, daß man die Kasse, für die man seit Jahren Propaganda gemacht werde, ausgeben wolle. Eine Urabstimmung unter den Mitgliedern des Holzarbeiter-Verbandes würde ergeben, daß keine Stimmung für eine Veränderung in der Kasse vorhanden ist. Der nächste Verbandstag werde zu dieser Frage Stellung nehmen müssen, damit die Holzarbeiter auf dem Gewerkschaftskongreß den Standpunkt ihres gesamten Verbandes vertreten können. Es mache einen peinlichen Eindruck, wenn man aus dem Munde von Gewerkschaftsleitern Ausführungen höre, welche die Meinung aufkommen lassen, als ob zwischen der Partei und den Gewerkschaften Gegensätze beständen. Solche Gegensätze seien nicht vorhanden und könnten auch gar nicht aufkommen, da jeder einsichtige Gewerkschaftler in der Sozialdemokratie die politische Vertreterin seiner Interessen sehe. Ohne die politische Arbeiterbewegung könne die gewerkschaftliche Bewegung gar nicht bestehen. Vielleicht könnte ein gewisser Gegensatz zwischen den beiden Zweigen der Arbeiterbewegung eintreten, wenn die auch in Köln ausgesprochene Ansicht: die Gewerkschaften müssen Ruhe haben, Geltung bekommen sollte. Ruhe in dem Sinne, daß sie von keiner Seite angefochten werden, können die Gewerkschaften gar nicht haben. Damit solle nicht gefaßt werden, daß in einem fort gestreift werden muß. Aber der Ruhe, die jeden Kampf ausschließt, bedürfen die Gewerkschaften nicht. Sie seien ja im Kampfe groß und stark geworden. Reibungsflächen innerhalb der Arbeiterbewegung seien ja vorhanden, sie würden aber schwinden, wenn jeder Arbeiter politisch und gewerkschaftlich seine Schuldigkeit tut.

Der erste Diskussionsredner, Treue, kritisierte die Haltung, welche Robert Schmidt zur Kasse einnahm. Die Holzarbeiter seien mit dieser Haltung ihres Kollegen Schmidt durchaus nicht einverstanden. Sie mühten es sich auch ganz entschieden, daß die Gewerkschaftsbeamten in einer so wichtigen Frage Beschlüsse durchzusetzen suchen, mit denen die Mitglieder nicht übereinstimmen. Die Generalkommission habe in Verbindung mit den Vorständen der Verbände beschlossen, daß auf dem Amsterdamer Kongreß von gewerkschaftlicher Seite für die Änderung der Kasse eingetreten werden solle. Wie kämen denn die Vorstände dazu, über die Köpfe der Mitglieder hinweg solche Beschlüsse zu fassen? Es müßte entschieden dagegen protestiert werden, daß der meist von Gewerkschaftsbeamten besuchte Kongreß den Gewerkschaftsmitgliedern vorschreiben wolle, was sie zu tun haben. Der Mann aus der Werkstatz müsse auf dem Kongreß geschickt werden und nicht nur die Beamten, die Bücherwärter. Redner wolle mit dieser Aeußerung niemanden beleidigen, aber er sei der Meinung, daß die Gewerkschaftsbeamten doch nicht eine so innige Fühlung mit den Massen der Arbeiter haben, wie die im Vornam tätigen Kollegen.

Die Ausführungen dieses Redners, der sehr temperamentvoll sprach, fanden in der Versammlung lebhaften Beifall. — In ähnlichem Sinne äußerten sich Behrmann und Klefer.

Robert Schmidt erhielt als letzter Diskussionsredner in späterer Stunde das Wort. Bei seinem Auftreten machten sich oppositionelle Zwischenrufe bemerkbar. Dann hörte man den Redner mit Aufmerksamkeit an, teils widersprach man ihm durch Zwischenrufe, teils stimmte man ihm auch zu. Zunächst wandte sich der Redner gegen die Aeußerung eines Diskussionsredners, den Generalstreik betreffend. Er berief sich darauf, daß die Sozialdemokratie sich zum Generalstreik von jeder ablehnung verhalten habe. Er selbst werde, so lange er in der Arbeiterbewegung stehe, den Generalstreik als eine ungeeignete Waffe verwerten. — Hier sei gesagt worden, man solle den schlichten Mann aus der Werkstatz auf den Kongreß schicken. (Sehr richtig!) Das Schlagwort sei uns im letzten Reichstagswahlkampf von konföderativer Seite entgegengehalten worden. Jetzt wenden unsere Kollegen in kurzschichtiger Weise (Unruhe und Schlußrufe) dasselbe Schlagwort gegen ihre eigenen Beamten an. Wenn Sie keine Gewerkschaftsbeamten auf dem Kongreß haben wollen, dann wählen Sie doch keine. Sie haben ja doch den Kollegen Glöde zum Kongreß delegiert, der ja auch nicht mehr in der Werkstatz arbeitet. — Zur Frage der Kasse sagte der Redner: Bei der Besprechung dieser Angelegenheit auf dem Gewerkschaftskongreß seien Aeußerungen gefallen, die er im Interesse der Sache tief bedauere. Nachdem wir die Kasse 15 Jahre propagiert haben, dürfte dieselbe nicht so abfällig beurteilt werden, wie es von einzelnen Rednern in Köln geschehen sei. Er, Redner, sei der Meinung, daß die Kasse eine Gestalt angenommen habe, die nach außen hin nicht den Eindruck mache, der damit beabsichtigt werde. Die Bedeutung der Kasse liege nicht in der Arbeitsruhe, sondern in der Massenhaftigkeit der Demonstration. Es falle ihm gar nicht ein, von den Berliner Holzarbeitern zu verlangen, daß sie von der Arbeitsruhe absehen. Wenn die Arbeitsruhe überall so durchgeföhrt worden wäre, wie von den Holzarbeitern und den Bauarbeitern in Berlin, dann brauche man über diese Frage nicht diskutieren. Aber wie sehe es denn in anderen Orten aus, namentlich in den westdeutschen Industriebezirken. Wo von vielen Tausenden nur einige hundert Arbeiter feiern, da könne doch von einer Protestkundgebung keine Rede sein. Weil wir es in 15 Jahren nicht weiter gebracht haben mit der Arbeitsruhe, darum sage er: nun wollen wir es einmal anders machen. Die Feier solle würdiger gestaltet werden, wie sie bisher war. Das sei der leitende Gedanke derjenigen, die für eine Veränderung derselben eintreten. — Wenn in Köln die Resolution zurückgezogen würde, so sei das allein deshalb

geschehen, um Differenzen mit der Partei zu vermeiden. Es sei nun abzuwarten, ob die Angelegenheit durch den internationalen Kongreß anders geregelt werde. — Die Kasse selbst soll beibehalten werden, die Absicht des Kongresses war, sie würdiger und imposanter zu gestalten. (Lebhafter Beifall.)

Glöde bemerkte im Schlußwort, die Kasse am Abend könne unter keinen Umständen eine so wirkungsvolle Demonstration sein, wie die Arbeitsruhe. Wenn die Verbände mehr für die Arbeitsruhe agitierten, dann würde sie nach einigen Jahren bedeutend umfangreicher und imposanter sein. Wenn es aber so fortgehen sollte, daß nur ein Teil der Arbeiter die Arbeitsruhe durchführt, während große Verbände gar nichts für dieselbe tun, dann könnten sich die Holzarbeiter vielleicht sagen: Alle in wollen wir auch nicht feiern. — Der vorgeschickte Zeit wegen wurde der zweite Punkt der Tagesordnung: Der Jahresbericht der Berliner Gewerkschaftskommission, vertagt.

Der Buchbinder-Verband (Verwaltungsstelle Berlin) hielt am 20. Juni im Gewerkschaftshaus eine Versammlung ab, in welcher der Bericht vom Gewerkschaftskongreß entgegengenommen wurde. Brückner gab den Bericht. Er zeichnete im wesentlichen ein objektives Bild der hauptsächlichsten Vorgänge auf dem Kongreß. Bei Erwähnung der Frage des Generalstreiks verteidigte Redner Bömelburg gegen eine Vermutung Kautskys. Die Worte Bömelburgs, daß die Gewerkschaften Ruhe gebrauchten, sei von Kautsky falsch verstanden worden. Die Ruhe des Pflichten, die Kautsky bei jener kritischen Bemerkung im Auge habe, habe Bömelburg selbstverständlich nicht gemeint. Sie könnte auch nie und nimmer bei den Gewerkschaften einleiten, dafür sorgten schon die Unternehmer. — Zur Frage der Kasse betonte Redner, daß es unrichtig sei, die Gewerkschaftsleiter als Gegner der Kasse hinzustellen. Nur eine Änderung in der Form sei gewünscht worden. Gewerkschaften und Partei vergäben sich nichts, wenn sie unter Berücksichtigung aller einschlägigen Tatsachen und Umstände eine Änderung suchten. Auch der Befürchtung, daß sich die deutschen Gewerkschaften den englischen Trades-Unions im Wesen näherten, trat Brückner entgegen. Das sei unbedenklich, man brauche nur an die Personal-Union zwischen politischer und gewerkschaftlicher Arbeiterbewegung denken. Zum Schluß hob er die großen Fortschritte hervor, die die Gewerkschaftsbewegung nach außen und in der inneren Festigung gemacht hat. — Es entspann sich eine lebhafte Debatte. Klar führte unter anderem aus: Die Arbeiterschaft sei nicht so bedrückt vom Ausgange des Kongresses, wie es eigentlich sein sollte und das wäre verständlich. Es gehe nicht, wie beabsichtigt gewesen, die Kasse rückwärts zu revidieren, nachdem sie verschieden hinsichtlich der Arbeitsruhe Fortschritte gemacht habe. Die Idee der Kasse in Form der Arbeitsruhe habe sich ruhig weiter entwickelt und werde es weiter auch tun. Genau so sei es mit dem Generalstreik. Auf einem Parteitage sei er abgemurrt worden, und auch in der „Buchbinder-Zeitung“ habe deren Redakteur ihn darauf tot gefaßt, doppelt tot gefaßt. Die Idee lebe aber immer noch. Redner habe nun geglaubt, auf dem Gewerkschaftskongreß werde die Frage eingehend geprüft werden. Ihre Erledigung komme aber auch einer Abmurrung gleich. Gefaßt werden müsse aber die Frage einmal, welches das letzte der dem Proletariat zur Verfügung stehenden Mittel sei, wenn ihm die anderen entwunden würden und wie es zu gebrauchen sei. Man sehe z. B. in Rußland, wo andere Rechte fehlten, daß zum Generalstreik gegriffen werde. Es sei nicht ausgeschlossen, daß uns unsere Rechte genommen würden und auch wir in Deutschland gezwungen wären, Aktionen zu unternehmen, die man General- oder Massenstreik nennen könnte.

Wilhelm und Hanke ließen sich im selben Sinne aus wie Klar. Hanke machte dann noch für die von ihm gemißbilligte Art der Behandlung des Generalstreiks und anderer Fragen auf dem Gewerkschaftskongreß die Zusammensetzung des Kongresses verantwortlich. Energisch verlangte er Änderung des Wahlsystems für die Delegationen zu den allgemeinen Gewerkschaftskongressen. Die Arbeiter wollten nicht Vertreter ihrer Vertreter dort sehen, wollten keine indirekten Wahlen. Sie hätten das Recht, zu verlangen, direkt die Delegierten zu wählen.

Georg Schmidt, Redakteur der „Buchbinder-Zeitung“, deren Haltung klar kritisiert hatte, nahm ebenfalls das Wort: Wenn man jetzt die Situation in der Arbeiterpresse ansehe, dann könnte man glauben, es werde eintreten, was die Gegner der Arbeiterbewegung anlässlich des Kongresses vergeblich prophezeit hätten: nämlich eine Spaltung zwischen Partei und Gewerkschaften. Der „Vorwärts“ allerdings habe sich mit Bezug auf die Diskussion über die Kasse usw. stets loyal verhalten. Von Leipzig und Dresden aber werde ein anderer Wind, und was dort geschrieben werde, übernehme zum großen Teil die übrige Parteipresse. Eine reine Debe sei ausgebrochen gegen die Gewerkschaften beziehungsweise gegen ihre Führer. Auf die Aufhebung der Gewerkschaftsmittelglieder gegen ihre Beamten und Führer seien die Beschlüsse zurückzuführen, die in letzter Zeit verschiedentlich gefaßt seien, z. B. von den Metallarbeitern. Was nun den Generalstreik selbst angehe, so beständen ja in den Gewerkschaften keine nennenswerten Meinungsverschiedenheiten, nachdem man zwischen dem politischen und dem gewerkschaftlichen Generalstreik zu unterscheiden begonnen habe. Seitdem sei man ja ziemlich allgemein in den Gewerkschaften zu der Ueberzeugung gekommen, daß der politische (der gewerkschaftliche) Generalstreik ein Lindung sei. Man sei auf den politischen Massenstreik zurückgegangen, und auch den wolle man nur als Abwehr gegen reaktionäre Maßnahmen. Er persönlich hege nun keine so großen Befürchtungen hinsichtlich der Entwicklung der politischen Verhältnisse in Deutschland. Mit Recht sei aber schon öfter gesagt worden, daß, wenn in Deutschland tief einschneidende reaktionäre Aenderungen doch geplant werden würden, die Arbeiter dann auch wüßten, was zu tun sei. Träte der Fall aber ein, dann würde es sich nicht darum handeln, ein paar Tage friedlich demonstrieren zu gehen, dann sei Revolution. Die Hauptsache sei und bleibe für die Gewerkschaften die Stärkung der Arbeiter im Kampfe gegen das kapitalistische Unternehmertum. Gegen den Generalstreik sprechen nach Meinung des Redners auch eine Reihe Bedenken, die auf dem ökonomischen Gebiete liegen. Die im Auslande mit dem Generalstreik gemachten Erfahrungen wirken auch meist entmutigend. — Die Gewerkschaften verdanken ihre Fortschritte und Erfolge zum Teil der Kleinarbeit. Der Wert von Demonstrationen bleibe dahinter zurück, und von regelmäßig wiederkehrenden Demonstrationen (Beispiel Kasse) verspreche er sich äußerlich wenig, denn er meine, daß man im allgemeinen mit regelmäßigen Demonstrationen nichts erreiche. Redner führt verschiedene der auf dem Kongreß und auch sonst schon geltend gemachten bekannten Gründe gegen die bisherige Art der Kasse an und bemerkt dabei, daß es nichts heißen wolle, wenn das letzte Mal nach Marx Ausführungen die Zahl der durch Arbeitsruhe Feiern in der Buchbinder- und den verwandten Verbänden Berlin schon mehr als 1200 betragen habe, denn in Berlin seien 16 000 dieser Berufsangehörigen beschäftigt. Vor einem Vorgehen, wie dem der Metallarbeiter warne er. Wo die Möglichkeit geschaffen werde, jedesmal zur Kasse die Massen plündern zu können, da sei man auf dem Wege zum Abgrund. Lebhaft verwahrt Redner die Gewerkschaftsbeamten dagegen, daß man ihnen fortwährend unsanftere Worte unterfische. Wenn man meine, sie seien nicht ehrlich, dann solle man sie doch zum Teufel schicken.

Die folgenden Redner Jahn und Boffler stimmten in den Hauptfragen den Darlegungen Klars, Hankes, Wilhelm im wesentlichen zu. Jahn erklärte noch die Haltung der „Buchbinder-Zeitung“ und ihres Redakteurs für blamabel. — Fränke rief reaktiv u. a. in seinem Schlußwort das Verhalten des Gewerkschaftskongresses. — Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden vertagt. — Den Zigarettensarbeiterinnen bewilligte die Versammlung 300 M.

Eingegangene Druckschriften.

Zur Geschichte der deutschen Fabrikgesetzgebung. Der erste sozialpolitische Versuch in einem deutschen Parlament. Von F. J. Buh, bairischer Landtags-Abgeordneter. 1837. Kammerverhandlung zu seiner Motion betreffend die Fabrikgesetzgebung. Bismarck von Ab. Gef. Geleitwort von A. Bedel. 41 Seiten. Preis 40 Pf. Verlag A. Bedel in Offenbach (Baden).

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 24. Juni, Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Operntheater, Jung-Heidelberg.
Deutsches. Der Viehgeprüfte.

Wiken. Die Liebesknecht.
Neues. Der Familientag.
Schiller. (Ballner-Theater.)
Martha, oder: Der Markt zu Richmond.

Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Räthliches Theater). Hofkunst.
Zentral. Mit-Heidelberg.
Kleines. Die Neuvermählten. U. Schiedssooper.

Lustspielhaus. Kyritz-Pyritz.
Carl Weiß. Wahre Liebe.
Wesse-Mittane. Madame Lip-Top.
Reichshallen. Stettiner Sänger. — Spezialitäten.

Apollo. Ein Abend in einem amerikanischen Angel-Tempel. — Am Hochzeitsabend. — Spezialitäten.
Metropol. Die Herren von Karim.
Passage-Theater. Kingella Walter.
Jean Paul. — Spezialitäten. — (Anfang 8 Uhr.)

Wintergarten. Spezialitäten.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Die deutsche Nordseeküste.
Invalidenstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Ensemble-Gastspiel d. Lustspielhauses.
Sommerpreise.
Täglich:
Der Familientag.
Anfang 8 Uhr:

Kleines Theater
Anfang 8 Uhr.
Die Neuvermählten.
Sierauf: Abschiedssouper.
Sonntag: Des Pastors Rieke.
Montag: Nachtschl.

Neues kgl. Opern-Theater (Kroll).
Heute:
Jung-Heidelberg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Im Garten täglich:
Großes Garten-Konzert.

Apollo-Theater.
Täglich 10-10 1/2 Uhr:
Ununterbrochenes, stürmisch Lachen über die amerik. Burlesk-Kompagnie mit ihrem Akt:

Ein Abend in einem americh. Tengel-Tangel.
Am Hochzeitsabend von Paul Stinde u. das glänzende Juni-Programm.

Metropol-Theater
Der größte Erfolg der Saison!
Zum 230. Male:
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungssouper mit Gesang und Ballett in 5 Bildern.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Kyritz-Pyritz.
Sommerpreise.
Abendstück: Kyritz-Pyritz.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
Wahre Liebe.
Im Sommergarten: Anerkannt bestes Programm. U. a.: Damen-Parabrennen. Schonk-Marvell-Truppe. Eugen Millard. Theater u. Konzert.
Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Kunstschüler können zum Abwechslung sich melden. Sonnabend: Erstes großes Sommerachtsfest.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Stammstr. 16.
Konzert & Theater Spezialitäten.
Anfang 6 Uhr.
Bei schlechtem Wetter im Saal.

Fröbels Allerlei-Theater
(früher Fußmann)
Schönhauser Allee Nr. 148.
Täglich: **Garten-Konzert.**
Theater, Spezialitäten.
Das Sensations-Ballett:
Arbeit schändet nicht.
Extraktanz. X X X Kaffeebüche.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Urania, Taubenstr. 48/49.

8 Uhr:
Die deutsche Nordseeküste.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.

Friedrichstr. 165.
Kronprinz Wilhelm
Kronprinzessin Cecilie.
Neu! **Roschdjestwensky,**
der russische Admiral.
Mlle. Vallée, d. 16jährige
armlose Pantomime.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN

Täglich nachm. 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren d. Hälfte.

POMPEJI

Kurfürstendamm 153.
380 Mitwirkende.
Große Ausstattungs-Pantomime
m. Balletts, Chören, olymp. Spielen etc. Zum Schluß:
Ausbruch des Vesuvus und der Untergang von Pompeji
und darauffolgendes
grandioses Riesen-Kunstfeuerwerk
Beginn: Konzert 7, Vorstell. 8 1/2 Uhr.
Preise der Plätze: 50 Pf. — 5 M.
Vorverk. Wertheim, Künstlerdank

Kurfürstendamm

5 Min. v. Stadtbahn Charlottenbg.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9.
Täglich:
Zwischen Himmel und Erde.
Gr. romantisch. Ausstattungsstück.
Neue Dekorationen und Kostüme.
Eine schreckliche Nacht.
Große Pantomime der Sultano
Bohotes Troupe.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

WINTERGARTEN

Harry Allister, Mimiker.
Damm Bros., komische Akrobaten.
Lucy Nason, französische Sängerin.
Alexandros, russische Tanz- und Gesangsgruppe.
Mason u. Forbes, kom. Excentrica.
La belle Oterita, spanisch. Tänzerin.
A. W. Asa, Billard-Jongleur.
Philadelphia, Elefant und Affen.
Keno Welch, Montrose, Akrobaten.
Mlle. Lo, lebende Bilder.
Die 4 Welsons, Turner.
Bogdan-Truppe, militärische Exerzieren mit Gesang.
Biograph.

Paul Schwarz' Sommer-Theater,

Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.
Täglich: **Konzert.**

Gr. Spezialitäten-Vorstellung.

Das großartige Juni-Programm.
Anfang 5 Uhr.
Jeden Mittwoch: **Elite-Tag.**

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111/112.
Täglich:
Horst's Sängers.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Otto Pritzkows

Abnormitäten-Ausstellung
Münzstr. 16.
Neu ! ! ! ! ! Neu
? Mne-Mno-Mni! ?
frei in der Luft liegende
Türkin
Anatom. Ritzol. Mod. Wunder.
Neu renoviert! Neu renoviert!

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
Romant. Oper.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Martha oder: **Der Markt zu Richmond.**
Romantische Oper in 4 Akten von
Fr. v. Flotow.
Sonntag, nachm. 3 Uhr
bei halben und ermäßigten Preisen:
Der Trompator von Säckingen.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Prophet.
Montag, abends 8 Uhr:
Undine.

Passage-Theater.

Anfang nachm. 5, abends 8 Uhr.
Jean Paul
Grotesk-Komiker
und das glänzende Juni-Programm.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 13-15.
Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater** und
Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Fernsprecher IV. 8891. Max Kliem.

Landes-Ausstellungs-Park.

Neu erbaut: Festhalle, Café u. Konditorei, gedeckte
Gartenhallen, Fontaine lumineuse.
Dejeuners von 2,50 Mark an bis 2 Uhr nachmittags.
Diners von 3 Mark, Soupers von 4 Mark an. 139/121.
Täglich: **Doppel-Konzert.**
Illuminations-Abende großen Stiles.

Bernhard Rose-Theater

Gefundbrunn, Badstraße 58.
Heute: **Großes Sommerfest.**
Gr. Theater- u. Spezialitätenvorst.
Die Loreley.
Romantisches Ausstattungs-Schauspiel
in 5 Akten.
Kühlerdem
das großartige Spezialitäten- Progr.
u. a. Berlins Liebling

Paul Coradini.

Anfang 4 Uhr.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 70/79,
direkt an der Ringbahnstation, bequeme
Fahrgelegenheit u. all. Stadtrichtungen.
Ob Regen! Ob Regen!
Täglich
im herrlichen Garten oder Saal:
Konzert u. Vorstellung.
Das größte und beste
Programm Berlins.
40 erstklassige Nummern.
Dr. Steffi mit seinem konturlosen
Ueber-Zirkus: Poney,
Esel, Schwein und Dogge.
Atlantio Pauli-Trio mit ihren un-
topferbaren Original-Tricks.
Sy?? Sy??
Die Entführung zweier Damen aus
dem Nichts. Original Molly Verah,
Original Robert u. Bertram, Original
Rennert-Stango, Erna Allison und
viele Kunstkapazitäten.
Vollbelustigungen aller Art.
Entree Sonntags 20 Pf., Sonntags
30 Pf. Gassepartouls haben Gültigkeit.
Neben Erwachsene hat das Recht, ein
Kind unter 10 Jahren frei einzuführen.

Diez' Seeterrasse, Lichtenberg,

Röderstr. 6.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag:
Großes Militär-Konzert.
Turmselkünstler. Land-
und Wasser-Feuerwerk.
Größt. Spezialitäten-Vorstellung.
Sonntags 10 Pf.
Aegidius Diez.

Schweizer-Garten.

Am Königstor. Am Friedrichshain.
Täglich
Theater-Vorstellung
◆ **Neue Spezialitäten.** ◆
Volksbelustigungen.
Zum Schluß:
Der Ballett-Dufl.
Große Polke mit Gesang u. 2 Ab-
teilungen von D. Busse.

Reichshallen.

Stettiner Sängers.
Unsere süßen
Dienstmädel.
Zurückste von Neapel.
Anf. 8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Str. 13.)

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Hofkunst.
Ruffspiel in 4 Aufzügen von Mo
v. Troitz.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Johannisfeuer.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Hofkunst.
Montag, abends 8 Uhr:
Hofkunst.
Im Garten lägl.: Gr. Militär-Konzert.

Passage-Panopticum.

Der Mensch mit Vogelkopf.
Der Muskelmensch.
Aga
die schwebende Jungfrau.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz, Rüdigerdörferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater
und **Spezialitäten-**
Vorstellung.
Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier
verabreicht wird, also kein Entree.

Etablissement Buggenhagen

Mortelplatz.
Täglich
im großen schattigen Garten:
Streich-Konzert.
Ricardo Muncz.
Bei ungünstigem Wetter im Saal.

I Los nur 1/4 M.

Ziehung am 27. Juni 1905

Stettiner

Pferde-

Lotterie

4304 Gewinne, W. Mark:
135 000
Hauptgewinne:
7 kompl. bespannte Equipagen,
116 Reit- und Wagenpferde, Wert

113 000
4200 silb. Gewinne, W. M.:
22 000

Carl Heintze,

Berlin W., Unter den Linden 8.

„Athriwi“

Zigaretten
beste 2 und 3 Pfennig-Marken.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert
elegante fertige Herren-Garderoben.
Anfertigung nach Maß.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Große Frankfurter Str. 37, II,
Eingang Strausberger Platz.

Herren-Garderoben.

Ersta für Maß.
Anfertigung nach Maß.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Große Frankfurter Str. 37, II,
Eingang Strausberger Platz.

Zigarren!

Billigste
Bezugsquelle
für Händler:
ab Mk. 18.-
Bell & Co.
Rosenstraße 18, I.

Frische Grasbutter!

netto
8 Pf. 0.50 Br. p. Radju. J. Slevens,
Friedrichshof (Dlitz). 25966

Für die Reise

empfehle ich
Hochsommer-Bekleidung für Herren.

Leichte Jacketts

von Alpaca-Im, Lustré, Panama, Cachemir, Seide oder Cord,
schwarz od. farbig, 1,75, 2,50, 3,-, 3,50, 4,-, 5,-, 6,-,
6,50, 7,50, 8,-, 9,-, 10,50, 12,50 und 13,50 Mk.

Wasch-Joppen,

grünlich, grau oder bräunlich, meliert, gestreift oder kariert,
1,25, 2,-, 2,50, 2,75, 3,-, 3,75, 4,50, 6,- u. 7,- Mk.

Wasch-Hosen,

grau od. grünlich, meliert od. gestreift, 2, 2,50, 3 u. 3,75 Mk.

Weiß-Hosen

von Croisé, Moleskin od. Satin, 3,-, 3,50, 4,25 u. 5,- Mk.

Wasch-Westen,

weiß od. farbig, gemustert, 3,-, 3,50, 4,50, 6 u. 7,50 Mk.

Tennis- u. Strand-Anzüge

von Alpaca, baumwoll. od. reinwoll. Tennis-Stoff, cremefarbig
oder grau, gestreift oder kariert, 10,50, 12,50, 15,-,
25,-, 30,- und 35,- Mk.

Staubmäntel

von Cöper, Alpaca oder Mohair, modelfarbig, mittel- oder
dunkelgrau, 4,-, 9,-, 10,50 und 12,- Mk.

Haus-, Sport- und Touristen-Joppen

von vorzügl. Loden, olive, bräunlich, grünlich, mittel- oder
dunkelgrau.
A. Glatte Form, hinten mit Gurt.
4,50, 6,-, 7,50, 9,-, 12,-, 15,- und 18,- Mk.
B. Faltenform.
Brust und Rücken mit Sattel und Falten, Taillengürtel ring-
herum gehend, 9,-, 12,-, 15,- und 20,- Mk.

Touristen-Pelerinen

von wetterfestem Loden, olive, bräunlich, grünlich, mittel-
oder dunkelgrau, die Länge ist je nach Größe 110-125 cm,
10,50, 12,50, 15,-, 18,-, 21,-, 24,- und 27,- Mk.

Touristen-Hosen

von dauerhaftem Loden mit Stulpe gearbeitet, olive, mittel-
oder dunkelgrau, 6,- und 7,- Mk.

Havelocks

von vorzüglichem Loden, bräunlich, olive, marengo, mittel-
oder dunkelgrau,
8,50, 12,-, 15,-, 20,-, 22,50, 25,-, 30,- u. 35,- Mk.

Versand nur gegen Nachnahme.

Bei Bestellung genügt Angabe der Brustweite, ringsherum unter den
Armen über der Weste gemessen, der Taillenweite u. der Schrittänge.
Ferner ist die Angabe der ganzen Körpergröße sehr erwünscht.

Carl Stier

Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe.
Berlin 50. Berlin W.
Oranien-Straße 166. Potsdamer Straße 113a.
Potsdam, Nauener Straße 23.
Illustrierten Katalog versende gratis und franko.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert
elegante fertige Herren-Moden.
Bestellung n. Maß, tadellose Aus-
führung in eigener Werkstatt.
Spezialgeschäft für
Herren-Bekleidung.
Kein Waren-Kredithaus.
J. Kurzberg,
An der Jannowitzbrücke 1, I.
Bahnhof Sannowitzbrücke.

Hienfang-Essen

extra stark für
Biederer-
käufer versendet 1 Dbd. 2,50 Mk. Bei
30 Flaschen 6 Mk. kostenfrei überaltem
Halle a. S.
Laborator. E. Walther, 10, Hellstr. 2

Hochwaldparzellen,

60jähr. Bäume, direkt vom Wald,
Angelegenheit, vert. bei kleiner Ein-
und Abschluß. Kaufung sofort.
Aug. Puchert im Vorort Dab-
dorf (Potsd. Bahn). 52652

„Athriwi“

Zigaretten
beste 2 und 3 Pfennig-Marken.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert
elegante fertige
Herren-Garderoben.
Ersta für Maß.
Anfertigung nach Maß.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Große Frankfurter Str. 37, II,
Eingang Strausberger Platz.

Herren-Garderoben.

Ersta für Maß.
Anfertigung nach Maß.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Große Frankfurter Str. 37, II,
Eingang Strausberger Platz.

„Athriwi“

Zigaretten
beste 2 und 3 Pfennig-Marken.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert
elegante fertige
Herren-Garderoben.
Ersta für Maß.
Anfertigung nach Maß.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Große Frankfurter Str. 37, II,
Eingang Strausberger Platz.

Herren-Garderoben.

Ersta für Maß.
Anfertigung nach Maß.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Große Frankfurter Str. 37, II,
Eingang Strausberger Platz.

Alle Wanzen

werden nebst Wanzen durch mein Mittel
vollständig vertilgt. — 50 Pf. u.
1,00. — Ebenso Schwaben, Ruffen,
Franzosen, Blattläuse u. Schachtel
30 Pf. 60 Pf. u. 1,00. 82928
— Zahlreiche Anerkennungen. —
1000 Mark Belohnung
sahle demjenigen, der mir einen
Richterfolg nachweist. Nur allein erbt
bei **Hugo Barth,** Drogerie,
14, Brunnenstr. 14, früher Nr. 13

Gran- und Blumenbinderei

von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.
Bereits-Grünz, Blumen- u. Blumen-
Arrangements, Bouquets, Girlanden
u. s. w. werden fein u. preiswert gefertigt



METZNER
Kinderwagen
Korbwaren, Bettstellen
Größtes Lager Berlins
Andreasstr. 23, Brunnenstr. 95
Beusselstr. 67, Leipzigerstr. 54-55
Verkauft Hof in Fabriksgebäuden.
1000 Mark sahlo jedem, der mir in
Belohnung Spezial-Geschäft in der
Brancho als das meiste nachweist.
Katalog gratis.

Alle Wanzen
werden nebst Wanzen durch mein Mittel
vollständig vertilgt. — 50 Pf. u.
1,00. — Ebenso Schwaben, Ruffen,
Franzosen, Blattläuse u. Schachtel
30 Pf. 60 Pf. u. 1,00. 82928
— Zahlreiche Anerkennungen. —
1000 Mark Belohnung
sahle demjenigen, der mir einen
Richterfolg nachweist. Nur allein erbt
bei **Hugo Barth,** Drogerie,
14, Brunnenstr. 14, früher Nr. 13

Gran- und Blumenbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.
Bereits-Grünz, Blumen- u. Blumen-
Arrangements, Bouquets, Girlanden
u. s. w. werden fein u. preiswert gefertigt

Arbeiter - Radfahrer - Bund „Solidarität“

Gau IX. Provinz Brandenburg.

Sonntag, 25. Juni 1905, im Gesamt-Etablissement „Moabiter Schützenhaus“ in Plötzensee:

Gr. Gau-Sportfest.

Doppel-Konzert. * Gesang. * Vorträge der Volkssänger-Gesellschaft „Strzelewicz“. Radsportliche Aufführungen der Bundesvereine. * Großer Ball. * Volksbelustigungen aller Art.

Für die Bundesvereine und Bundesgenossen, welche per Rad zum Gaufest kommen, gemeinsamer Start: Badstr. 16, nachm. 2 Uhr.

Jedes Kind erhält zwei Bons gratis für eine Stocklaterne und zur Benutzung des Karussells. 13/2

Anfang mittags 12 Uhr. Billets im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 25 Pf.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein

Das Komitee.

Zentralverb. d. Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche. 146/15

Sonnabend, den 24. Juni 1905, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Drittes Stiftungsfest.

Während der Kaffeepause Auftreten des „Berliner Uk-Trio“. Hierzu ladet freundlichst ein Das Komitee.

Die Zahlende am Sonnabend, den 24. d. M., fallen wegen des Stiftungsfestes aus.

Herrenhüte **Größte Huffabrik** **Preiswert und gut** **Filzhüte**

Niederlagen
Liegnitzer Huffabrik
BERLIN:
NW, Wilmerscher Strasse 63
SO, Ritter-Strasse 19a
SO, Granen-Strasse 20a
S, Friedrich-Strasse 250
O, Grosse Frankfurter Strasse 3a
CHARLOTTENBURG:
Wilmersdorfer Strasse 156

Lloyd Mark 3.00 Zenith Mark 6.50
Komet Mark 3.50 Ozon Mark 3.50
Helios Mark 4.50 etc.

Unsere geschäftlich geschäftlich sind:

Verkauf von Filzhüten, Strohhüten, Cylindern, Kapuzinen werden gut, schnell und billig besorgt.

Ausflüglern

empfehlen wir folgende Spezial-Karten der Umgebung Berlins.

- Bernau-Diesenthal, Lanke-Niepnitz- und Wandlitz-See 1 M.
- Sulow u. Umgegend mit angehängtem Fährer 75 Pf.
- Eberswalde und Umgegend 75 Pf. und 1 M.
- Erfner und Umgegend 75 Pf.
- Freienwalde-Falkenberg 75 Pf.
- Freienwalde, Briesen, Oberberg, Brodowin 1 M.
- Friedrichshagen, Köpenick, Grünau, Schmöwitz 75 Pf.
- Grünwald und westliche Vororte, 2, 3, 5 u. 8-jährig 25, 50, 75 Pf. und 1 M.
- Königs-Wusterhausen und Umgegend 1 M.
- Nördliche Vororte, Spandau, Tegel etc. 1 M.
- Potsdam und Umgegend 75 Pf.
- Potsdam und Werder 1 M.
- Rudowdorfer Ralberge, Umgegend von Woltersdorf a. Erfner 75 Pf.
- Spreewald mit praktischem Touristenführer 75 Pf.
- Strandberg u. der Blumental 1 M.
- Tegel und Umgegend 75 Pf.

Zerner empfehlen wir:
Wanderbuch für die Mark Brandenburg. 3 Bände. Zusammen 6,00 M.
I. Teil: Nähere Umgebung Berlins, umfaßt die Gegend von Potsdam, Spandau, Oranienburg, Königs-Wusterhausen 1,50 M.
II. Teil: Westliche Hälfte der Umgebung Berlins bis Brandenburg a. H., Stendal, Tangermünde, Neu-Ruppin, Neu-Sirehitz 2,00 M.
III. Teil: Ostliche Hälfte der Umgebung Berlins bis Eberswalde, Frankfurt a. O., Schmöwitz, Rätzin, Lübben, Spreewald, Rauslau 2,50 M.
Diese Wanderbücher bieten prächtige Schilderungen der Mark, viele detaillierte Karten und Pläne und sind so dem Wanderer ein unverzichtbarer Führer und Berater. 234/16*

Buchhandlung Vorwärts,
Berlin SW. 68,
Lindenstr. 69, Laden.

Pereat
gefehlisch geschäft, wirkungskräftigstes Insektenpulver ist als
Bestes Mittel
zur vollständigen Vertilgung von
Schwaben
fliege n. Motzen, Misse, Umeifen, Käferlarven 30232*
Wanzen etc.
bekannt.
Nur echt in Originalboxen mit dem Namen „Pereat“
Fritz Kratz, Drogen,
Berlin N. 39,
Reinholdenstraße 70.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9079.
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Montag, den 26. Juni, abends 8 Uhr:

Allgemeine Versammlung der Rohrleger und Helfer Berlins und der Umgegend im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 4.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Ritter. 2. Verhandlungsangelegenheiten. Wir ersuchen die Kollegen so viel wie möglich um weitere Verbreitung dieser Bekanntgabe und pünktliches Erscheinen.

Montag, den 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

Bezirks-Versammlung

f. Rixdorf, Mariendorf, Tempelhof, Creptow u. Mariensfelde im Lokale des Herrn Thiel, Rixdorf, Bergstr. 151/152.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Litfin. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des zweiten Bezirksleiters. 4. Verschiedenes. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.

Montag, den 26. Juni, abends 6 Uhr:

Bezirksversammlung f. Ober-Schöneweide bei Kaufhof, Wilhelmshofstr. 18.

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 118/18
Zahlreiches Erscheinen erwartet Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Achtung! Möbelpolierer. Achtung! Branchen-Versammlung.

Montag, 26. d. M., abds. 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Mezzanstr. 27c:

Tages-Ordnung:

1. Rechte und Pflichten der Branche im Verband. Referent: Kollege Maack. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen.

Mittwoch, 28. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Kubat, Blumenstr. 38:

Branchen-Kommissionsitzung.

Sonntag, den 2. Juli: 87/9

Dampferpartie nach Kessenwinkel.

Abfahrt 7 Uhr, nur von der Jannow-Brücke (Restaurant Seebere). Billets a 1,20 M., Kinder von 6-14 Jahren 50 Pf., sind beim Kollegen H. Schulz, Bornsdorferstr. 57, beim Kollegen A. Niess, Landberger Allee 151 und bei Kubat, Blumenstr. 38, zu haben.

Die Abrechnung der Billets erfolgt vor der Versammlung und sind die nicht zurückgegebenen Billets als verkauft zu betrachten. Die Kollegen werden ersucht, für regen Vertrieb der Billets zu sorgen. Der Obmann.

Branche der Kistenmacher. Versammlung.

Montag, 26. d. M., abds. 8 1/2 Uhr, in den Andreas-Geßjalen, Andreasstr. 21:

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erbittet Der Obmann.

Sonntag, den 25. Juni 1905:

Gr. Dampfer-Extrafahrt mit Musik nach „Sportshaus Ziegenhals“.

Abfahrt 9 Uhr früh Kahn u. Hertzog, an der Stralauer Brücke. Hin- u. Rückfahrt 1 M., Kinder die Hälfte. Billets im Vorverkauf bei Gastwirt Schmidt, Stralauer Brücke 1, auch am Dampfer zu haben.

Jeden Mittwoch: Gr. Extra-Dampferfahrt mit Musik, Abfahrt 2 Uhr nachmittags ebendort. Hin und zurück 50 Pf. Telefon: Königs-Wusterhausen 75. H. Mörschel.



Zu Wasserpartien

empfehle ich mein Motorboot „Mary“ (Tragfähigkeit 70 Personen) Da ich von diesem Beruf nicht abhängig, so kann ich unter solchen Bedingungen jeden Auftrag entgegennehmen. Um Zulpruch bittet 35500*

Carl Finkelde, Köpenick, Kietz 4.

Dampfer für Vereine und Gesellschaften (auch Sonntags frei) empfiehlt 35212* Robert Kieck, Dampfschiffbesitzer, Caprivistr. 4.

L. Moudscheinfahrt Sonnabend, 24. Juni von der Schillingsbrücke.

Mit Musik! Rundfahrt auf dem Müggelsee. — Rückfahrt nach Rieder-Schöneweide (1 Stunde Aufenthalt). Abfahrt 9-10 Uhr abends. — Von 1 Uhr zurück nach Berlin. Person 50 Pf. 35605* R. Tismer.

Restaurant Leuchtturm, Tegelerort.

Direkt an der Havel und am Tegeler See gelegen. 30500* Großer herrlicher Garten v. Wald und Wasser umgeben. Schutzhallen. — Tanzsaal. — Kegelbahnen. — Spielplätze. — Ausspannung. Kaffeeküche. — Dampferverbindungen nach allen Richtungen. Für Vereine, Fabriken etc. zu Partien sehr geeignet. Die herrliche Meerpromenade ist nur vom Leuchtturm aus erreichbar. Son Tagel mit den holländischen Dampfern 15 Pf., Retourbillets 25 Pf. H. Wehraach, Telefon: Amt Tegel, Nr. 121

Wohin gehen wir Sonntag, und wohin machen wir unsere Land- und Wasser-Partie? Nach Pichelswerder zum alten Freund.

Da ist es gemütlich und schön, und Wir sind immer gern gefeh'n. 39582* Der alte Freund. Es ladet ein Einige Sonnabende im Juli noch frei. Größter Tanzsaal in der Umgebung.

Heute Sonnabend: Eröffnung der Groß-Destillation zum Bären Lange- und Krautstraßen-Ecke. 25856

Tausende von Herren können Geld sparen, wenn sie ihren Bedarf an gut sitzenden Bekleidungsstücken im neu eröffneten

Spezialhaus eleganter Herren- u. Knabenbekleidung

fertig und nach Maß Bekleidung für sämtliche Berufe der Firma

Leske & Lehrer

78 Kottbuser Damm 78

Sommer-Anzüge | Wasch-Anzüge | Wasch-Joppen
Loden-Joppen | Lüste-Jacketts | Tennis-Anzüge

Einzig dastehende Auswahl in Knaben-Wasch-Anzügen.

Unsere Grundsätze: Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe. Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl. Wir achten auf tadelloste Verarbeitung und guten Sitz. Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen. Wir verkaufen zu billigen aber streng festen Preisen. Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Original-Entwurf! Nachdruck verboten!

Restaurant Lindengarten

Tabbertstr. 5, Ober-Schöneweide, Fernspr. 230. Empfehle den Vereinen und Gesellschaften meinen herrlichen Garten an der Obersee, circa 1000 Personen fassend. Anlegeplatz für Kisten- und Segelboote. Großer Pariser Tanzsaal. Jeden Sonntag: Tanz frei. 35412*

R. Höhnes Gesellschaftshaus Fichtenau 8 Min. v. Rahnsdorf. Empfehle den Vereinen und Gesellschaften per Bahn, Kremser oder Rad mein herrlich im Walde gelegenes Lokal. Am 1. Feiertag von 4 Uhr nachmittags: Gr. Frei-Konzert verbunden mit Preisgegn. 33202* Am 2. Feiertag: Früh-Konzert. Nachmitt. 4 Uhr: Gr. Ball. Vorzügliche Küche. Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr geöffnet. Ausspannung. Sommerwohnung. J. B.: Knibbert Ulrich.

Allg. Kranken- u. Sterbekasse d. deutschen Drechsler.

(E. G. 86.) Bezirk B. Montag, den 26. Juni 1905, abends 8 Uhr, im Restaurant „Zur Hütte“, Skalitzerstr. 30/31:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: Die am 9. Juli stattfindende außerordentliche Generalversammlung Wahl der Delegierten. Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Haut- und Harnleiden. 9/12* 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Unsere neue Marke:

Avanti-Zigaretten

hat einen geradezu beispiellosen Erfolg gehabt! — Warum? — Weil wir unser Versprechen einlösen und durch die Tatsache beweisen, daß es sehr wohl möglich ist, auch in Deutschland

Zigaretten für 1, 2 und 3 Pf.

aus reinem türkischen Tabak herzustellen, deren außergewöhnliche, gute und hervorragende Qualität jeden Raucher überrascht, der seinen Tabak und nicht bloß Marke rauchen will.

Überzeugen Sie sich einmal selbst durch eine kleine Probe (das ist ja weiter nicht schlimm) und Sie sollen selbst entscheiden, ob das hier Gesagte ehrliche Wahrheit oder unläutere Reklame ist!

Frey & Co. G. m. b. H.

Spandauerstr. 33/35.
Avanti-Zigaretten.



W. Zapel

Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.

Größtes Spezial-Geschäft für Seiden- und Filz-Hüte.

Lager in Schirmen und Mützen. 181942

Den verehrlichen Kunden unserer Bekannten

fellow - Zigaretten

zur gefl. Kenntnisnahme, daß wir mit der Dresdener Streikbewegung nichts zu tun haben.

Wir bringen unsere vorzüglichen

fellow - Zigaretten,

die in allen Preislagen, sowohl mit als ohne Mundstück und in allen Spezial-Beschäften zu haben sind, in empfehlende Erinnerung.

35532 Vereinigte Zigaretten-Fabriken A.-G., Stuttgart.

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme am Zeddissee.

Hermann Peter. Telefon: Grünau No. 39.

Empfehle mein altes bekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampfheizung, Regelmäßige, große Rasenfläche. 500, Hain, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Hüte. Verkauf zu mäßigen, streng festen Preisen Schirme.

Gegr. 1875

Max Kaplan

1 Friedrichstraße 1.

Maß-Anfertigung in allen Preislagen und bekannter Güte.

Sommer-Paletots, neueste Muster M. 15, 16, 18, 20, 24 usw.

Sommer-Paletots, Seldenfutter, hervorragend elegante Ausführung M. 42

Jackett-Anzüge in allen Farben, neueste Fassons M. 20, 21, 22, 50, 24, 25, 26 usw.

Entzückende Neuheiten

in Knaben-Garderobe.

Wäsche. Leichte Sommer-Jacketts 1⁰⁰ M. an. Krawatten.

in Lustré, Alpaca usw. von 1⁰⁰ M. an.

Versandhaus Germania

Unter den Linden 21, II. Fahrstuhl.

Zweiggeschäfte unterhalten wir nicht.

Hochvornehme Herren-Paletots und -Anzüge

aus feinsten Maßstoffen 25 bis 40 M.

hochelegante Beinkleider 9 bis 12 M.

Vorjährige Herrengarderoben wesentlich billiger.

Tabellensitz

Vornahme

Jedes 5 Pfennig.

Wort: 5 Das erste

Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zahlen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 1 1/2 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstraße 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Fahrräder, Teilzahlungen. Inballenstraße 149 (Eingang Bergstraße). Große Frankfurterstraße 56, Falberstraße 40. 60082

Steppdecken billigst Fabrik Frankfurterstraße 9, parterre. 457

Teppiche mit farbigen Bildern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437

Wandbildhaus Weidenweg neunzehn (Sportplatz) Bettendorfer, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Steppdecken, Kunstierarbeiten, Regulatoren, Freischwinger, Tischuhren, Jadeitanzüge, Verschiedenes. 427

Teppiche! (sehrerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Grünau, Gabelstr. Karli 4, Bahnhof Börje. 25119

Rüstereiplan 7, Wandleiche, billige Einkaufsquelle für Waren aller Art. 57082

Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Steppdecken, Betten, Bettmöbel, Leinwand, Anzüge, Wanduhren, Taschenrechner, Ketten, Ringe usw. Sportplatz Wandleiche Rüstereiplan 7. 56982

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Andreasstraße 38. 60882

Herrnanzüge, Lederzieher, wenig getragene Monatsgarderobe von 6 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue, elegante, nicht abgeholte Maßsachen kann man am billigsten aus erster Quelle direkt beim Schneidermeister Hirtensfeld, Rosenfelderstraße 15, III. kein Laden! 25211

Große elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen.

Walgroßhandel, Nutzfleisch, für Chiname, Brustkränze, Schwämmchen, Gewichtszunahme, bessere Geschmacksstoffe, überraschend, 14 Flaschen 8 Mark, 1/2 Tonne 3,50 exklusive. Nicht Zahlungsanzahl, Qualität entspricht. Bester-Stellerei Ringler, Bernauerstraße 119. 61982

Steppdecken, Gelegenheiten (Seidenstoff) statt 8 Mark durchweg 3,75, Rollen elegante Sommerdeckens, Kollimide (Niesendelle) 6 Mark, Julius Neumann, Bellealliancestraße 105. 62612

Strawwäsche, Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Vorhänge, Steppdecken, Häuserstoffe, Sportbekleidung, Conrad Fischer, Potsdamerstraße 100.

Mingelshaus, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzählung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, Köpferstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Brenzlauerstraße 59/60.

Gasthofhaus! Zweisloßgasthof! 3,00. Geschlossene Zweisloßgasthof! 5,00. Gasbündelapparat! Gasplättchen! Gasbeleuchtung sportbillig! Petroleumkocher, zweifach 2,00. Wollwäcker, Wollwäckerstraße 32. 63182

Kinderräder, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgekauft, sportbillig. Schneider, Rur- fürstenstraße 172. 21776

Nähmaschinen, sämtliche Systeme, ohne Anzählung, Woche 1 Mark, gebrauchte sportbillig. Voltaire genügt. Mit Holzgängen 4, Edel Neue Bahngassestraße. 4131

Nähmaschinen, sämtliche Systeme, ohne Anzählung, Woche eine Mark, gebrauchte sportbillig. Voltaire genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof. 4131

Monatsanzüge von 6,00 an, Sommerpaletots von 5,00 an, Joppen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Frack von 2,50 an, auch für farbige Figuren. Neue Garderobe zu kaum den billigen Preisen, sowie aus Wandleichen verlassene Sachen. Wok, Rudolfstraße 14. 25136

Reparatur in Sachen, mehrere Jacken und Vereine, sofort zu verkaufen, 2200,00. Auskunft Hermann Stolze, Feldstraße 11. 795

Milchgeschäft, fränkischer, gut gehend, Auskunft Herr Berner, Ritterwälderstraße 30. 4112

Wollwäcker, gut gehend, verkauft Nordost, Hiltstraße 23. 4112

Kostüme, Kind 5 Mark, Blumen von 1 Mark an. Nur Selbstfabrikat. Blumenstraße 9, II. 134

Pianino, fast neu, Müllerstraße 124, beim Birt. 314

Wäsch- und Wringmaschinen, beste Qualität, billige Preise. Bei Anzählung, kulant Bedingungen. E. Beckmann, Gollnowstraße 23, nahe der Landsbergerstraße. 45582

Reppischer, schwarzbrauner, wachsender, Lederreiter, mit Steuermarken verkauft. 30 Mark. Bed, Reichardtstraße 18. 4182

Restbarzellen-Verkauf! Herbergsches Bauertain, Grünau-Rollenal, Quadratstr. 30 Mark. Bed, Reichardtstraße 18; Sonntag brauchen.

Restoration wegen größerer Unternehmungen preiswert zu verkaufen Hoffmannstraße 40. 25785

Kinderräder, Sportwagen, zurückgekauft, sportbillig, Kleinsing, Anichenaufstraße 15. 25768

Nachbau Bettstellen 100, keine Bettstelle 4, Feldstraße 4, Trumkau 45, Teppich 10, Regulator 18, Gavnitar 30, Küchenmaschinen 4 Mark, sofort verkauft. Reich, Schöneberg, Vildbahnstraße 63, Gartenhaus rechts.

Möbelverkauf in meiner Möbel- fabrik Ballstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Anfolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgekauft und verließen gewesene Möbel, die wie neu sind. Kleiderpind, Berlin 27,00, Musikstisch 18, Musik- beistelle mit Federmatratze und Kleinfisch 36, Tischensola 50, Pianetola 70, Waldstollette 20, Rubel- bett 26, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 144

Schankgeschäft, voller Schank, wegen Uebernahme eines Hotels in Dürrenberg sofort billig zu verkaufen. Schankgeschäft, Baumgasse, billig zu verkaufen, eventuell zu vermieten. Zu erfragen: Liffin, Remelerstraße 67.

Reparatur, nachweislich gutgehend, Expeditionsbüro. 714 Post- amt 25. 25875

Fahrrad, fast neu, 60,00, verkauft Lena, Naumnstraße 35. 25916

Mingelshaus, Schnellnäher, wie neu, 20,00, Reich, Buttmanstraße 20.

Kanarienvogel 6,00, Vorkläger, Seilerstr. 11, Schloßplatz 2. 1413

Wandbild, 30 Weinig bis Birken- werder, die Havel, Biele, Bodensee, große Bilder, daher selten natur- lich; alles da, Parzellen jeder Größe Quadratrate 10 Mark, nur beim Eigentümer Otto Jores, Pantom, Eilshofweg 19. 2229

Fahrrad, komplett, verschiedene Beinleider, Regenmantel verkauft Rudolph, Eilshofstraße 78. 25946

Wollwäcker, vollständig neu erhalten, verkauft sportbillig Nordost, Wanzelstraße 8, Hof III links. 25985

Alte Woll- Wollwäcker, gute Rundschaf, wegzugshalber dringend für 200 verkauft, Wienenstraße 37.

Milchgeschäft, verkauft Reich- bergstraße 85. 418

Zigarettengeschäft, 180 Mark, ver- kauft Schulstraße 20. 783

Musikvertrieb 23,00, Kleider- pind 30,00, Trumeau 25,00, Bettstelle 16,00, Federbett, ganze Einrichtung ver- käuflich, Weidenweg 4 vorn II. 436

Obst-, Gemüsegeschäft sofort billig zu verkaufen, Oranienstraße 10. 454

Wandleiche, Marktstraße 27.

Kunststofferei von Frau Hofstede, Charlottenburg, Goethestraße 84, I.

Auspolierung! Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch auferm Kauf. Sachmann, Andreasstraße 38. 60782

Wandleiche, Pringensstraße 63, täglich 8-8, Sonntags bis 2. 61282

Vereinigung, 25, 40, Saal 150 Personen, Piano, zwei Regel- bahnen, vergibt Ladewig, Alte Jakob- straße 82. 5438

Patentanwalt Dammann, Oranien- burg 57 (Nicolayplatz). Rat in Patent- sachen. 25385

Fahrradrepaur, Fahrrad- pudschör, am billigsten. Große Frank- furterstraße 14. 435

Fahrräderverleihung, Einjähr 4,00, Tendens 6,00, Dreijähr 9,00. Große Frankfurterstraße 14. 435

Fahrradkauf, auch besetzt, Preis- angabe, Große Frankfurterstraße 14, Kammerstr. 435

Platina, alte Goldsachen, Bruch- gold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Kettgold, Stahlgold, photographische Rückstände, sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände kauft Gold- schmelze Groß, Wangelstraße 4. Tele- phon 4, 6958. 145

Vereinigung, 20-50 Personen, vergibt Dapler, Kantenstraße 125.

Kleinvohnungen, gesunde, aller- billigst, sofort, später Nordost: Kopf- straße 15, Wanzelstraße 12 (Hermann- platz). 1373

Zwei Stuben und Küche zu 33,00 Mark, Soldnerstraße 8 und 10. 62882

Zwei Stuben, Küche, Vorderhaus, 32 Mark, Juli oder später, Kolonie- straße 150 a. 25826

Kleine Wohnungen, 2 Stuben und Küche, zwei Stuben und Küche billig zu vermieten Müllerstraße 129.

Stube, Küche und Korridor per 1. Juli oder später zu vermieten, monatlich 22 Mark, Wilmshof- straße 36. 4112

Zimmer, möbliertes Zimmer zu vermieten Beusselstraße 85, II rechts. 25865

Schlafstellen, möbliertes Schlafstelle vermietet sofort Wime Runge, Wasserthor- straße 42B, vorn III. 48

Schlafstelle für Frauen (Küche Hermannplatz), Wolf, Kaiser Friedrich- straße 242 IV. 4119

Freundliche Schlafstelle, Balkon- zimmer, zu vermieten bei Jämer, Althauerstraße 13. 436

Schlafstellen, Pringensstraße 7, vorn IV rechts. 25815

Arbeitsmarkt. Stellengesuche.

Müller, Stuhlrechter bittet um Arbeit. Stelle werden abgeholt und zurückgeliefert. H. Gläzer, Mulden- straße 27. 14686

Tapetierarbeit, Dekorations billig sofort. Schmidt, Kesselstraße 5. 25806

Mitar Genosse, 41 Jahre, sucht von 10 bis 5 Uhr Vertretungsstelle. Offerten L. L. 23 Postamt 58 er- beten. 63582

Stellenangebote. Schloßergesellen auf Baubehlag verlangt H. Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. 25726

Bauanschläger werden zu Tarif- preisen noch eingestellt. Schloßerei H. Blume, Charlottenburg, Schiller- straße 97. 25758

Ausführer für Grabplatten von Sandbläselei gesucht. Straußberger- straße 38. 1422

Tüchtige Karmoreverleger werden sofort gesucht. Ernst Jahn, Weihenice, Schönstraße 11. 4123

Seidene Blusen-Arbeiterinnen im und außer dem Hause finden dauernde Beschäftigung. Vorlage erwünscht. Max Sinn, Jerusalemstraße 14, Ecke Leipzigerstraße. 25745

Kostüme, Hülsen- Lehndamen, achtstägige Lehrgelt, nachher Weiter- arbeit, Blumenstraße 9. 1375

Goldbleichen-Belegelinnen werden verlangt Köpferstraße 109a. 25738

Im Arbeitsmarkt durch befandenen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.

Die Orts-Krankenkasse der Mechaniker zu Berlin

sucht zum sofortigen Eintritt einen mit dem Kassenwesen vertrauten Bureaubeamten mit guter Handschrift. Einlangengehalt 130 M. Stellenmitglieder werden bevorzugt. Nur schriftliche Bewerbungen ohne Beifügung von Originalzeugnissen und Adressen sind bis zum 28. d. M. im Bureau der Kasse, Gormannstr. 29, einzureichen. 2742

Maler, welcher sauber ablesen und schreiben kann, findet bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung. 28072

Panzer Akt.-Ges., Berlin, Badstr. 59.

Achtung, Holzarbeiter!

Einsetzer!

Der Bau Zimmermann in Rir- dorf, Anekestraße 64, ist gekippt, da sich die Firma Karl und Emil Schneider weigert, den bisher ge- zahlten Lohn einzuhalten.

Jalousie-Arbeiter. Die Kollegen der Firma Koch- haller befinden sich im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Da bei mehreren Firmen noch Differenzen bestehen, bitten wir, sich auf den Bauten z. die blaue ge- kempelte Arbeit-Kontrollkarte zeigen zu lassen, nur diese ist gültig. Unersahrbare Karten sind zu ver- meiden. 8316

Bürstenmacher. Die Bürstenfabrik Schlichter, Bar- schauerstraße 88, ist gekippt. Zugang ist fernzuhalten.

Teppichweber!

Der Zugang nach den Teppichfabriken von Reichlich, Expton, Köpfer- Landstr. 28/29, Benjamin n. Co., Weichstraße 23, und Rud. Vaader, Behmen-Ufer 6, ist fernzuhalten, da die dortigen Arbeiter und Arbeiter- frauen sich im Streik befinden.

Die Streikleitung. Achtung! Achtung! Schildermaler, Lackierer, Vergolder, Buchstaben-Klempner!

Der Streik der Schildermaler und verwandten Berufe besteht nach wie vor und ist Arbeit nur durch den Arbeitsnachweis der Schildermaler, Alte Jakobstr. 83 bei Ladewig, anzunehmen. 28073

Die Streikleitung.

Stukkateure.

Die Firma Karow & Co. in Rostock gilt für sämtliche Arbeiten hier am Ort als gekippt, da sie unseren Lohn nicht anerkennt. Die Arbeit ist in Wilmerdorf, Kaiser- platz, Bau Wagner. Wir erlauben, die Sperrt der Firma streng einzu- halten, da sie als Preisdrücker allen anderen Firmen gegenüber auftritt.

Ortsverwaltung Berlin des Zentral-Verbandes der Stukkateure Deutschlands.

Achtung! Tischler!

Die Kollegen der Firma Wahren, Langestr. 53, befinden sich im Streik. Zugang ist fernzuhalten! Nachbarn der Tischler.

Singer & Co., Berlin SW.

Parteienoffen! Beachtet bei Ausflügen streng die Lokalliste, verkehrt nur in Lokalen, die der Arbeiterschaft zu Versammlungen zur Verfügung stehen!

Berliner Nachrichten.

Für die spielenden Kinder.

Was geschieht in Berlin in diesem Sommer zur Pflege der Bewegungsspiele der Kinder? Ungefähr dasselbe, wie in den vorhergehenden Jahren: nicht weniger — aber leider auch nicht viel mehr.

Die Stadt hat im Mai wieder ihre öffentlichen Spielplätze der Benutzung übergeben. Dort kommen Kinder der einzelnen Schulen an unterrichtsfreien Nachmittagen zusammen, um unter Aufsicht von Lehrern ein paar Stunden zu spielen.

Was kann nun freilich nicht erwarten, daß die Lehrer der Volksschule den Spielen der ihnen anvertrauten Jugend viel Förderung zuteil werden lassen, wenn die Schulverwaltung selber mit schlechtem Beispiel vorangeht. Wie wenig Wert die Schulverwaltung auf die Pflege der Bewegungsspiele bei Gemeindefunktionären legt, das zeigt schon die geringe Höhe der Mittel, die hierfür in den Etat eingestellt werden.

Für die Gemeindefunktionäre sind, wie bekannt, seit mehreren Jahren auch etliche Schulhöfe zu Bewegungsspielen freigegeben worden, nicht für den ganzen Sommer, aber wenigstens für die paar Wochen der großen Ferien.

Auch der diesjährige Etat hat das wieder bestätigen müssen und hat deshalb eine Vermehrung um fünf Schulhöfe sowie eine Erhöhung der Mittel gefordert. Hingezugelt wurde indes, daß eine weitere Vermehrung sich nicht ermöglichen lassen dürfte.

Wo die Schulverwaltung versagt, wird auch in diesem Sommer wieder von privater Seite eingegriffen werden. Wieder will der Arbeiter-Turnverein „Fichte“, wie schon seit mehreren Jahren, Kinderspiele veranstalten.

Im vorigen Herbst hat die Regierung den Versuch gemacht, dem Turnverein „Fichte“ durch Sperrung der Turnhallen für seine Schülerabteilungen den Einfluß auf die schulpflichtige Jugend zu erschweren.

Das Kuratorium des städtischen Vieh- und Schlachthofes beschloß in seiner letzten Sitzung auf Ersuchen der Viehexpedienten, die Marktzeit um eine Stunde zu verlängern, wodurch den Leuten mehr Rastruhe zuteil wird.

In der Angelegenheit der bei den Staatsbehörden beantragten Racheuntersuchungen des von auswärts eingeführten Fleisches soll auf Anordnung dieser Behörden erst Material gesammelt werden, um zu sehen, daß die beantragte Maßregel notwendig sei.

Ein Arbeiter des städtischen Schlachthofes war bekanntlich nach etwa einjähriger Beschäftigung plötzlich entlassen worden, und zwar mit der Begründung, daß er vorbestraft sei.

Vor Schluß der Sitzung brachte Genosse Hoffmann zur Sprache, daß die Anwohner des Viehhofes über die ekelhaften Gerüche sich beschwert hätten, die sowohl den Pektonturkwerken und der Darmfleisch-Verbrennungsanstalt als den ekelhaften Rindställen entspringen, die auf dem Viehhof lagern.

Kuratoriums eine Abschrift des vom Direktor erstatteten Berichtes zuzustellen ist, damit man darauf gestützt Abänderungsvorschläge machen könne.

Ueber Gefängnis-Hygiene hielt vor einigen Tagen der Gefängnis-Arzt, Medizinalrat Dr. Hoffmann im Bilderlaale des Kammergerichts einen lehrreichen Vortrag.

Uns wundert sehr, daß Herr Dr. Hoffmann anscheinend so allgemein davon redet, daß die Einzelzelle in den neueren Gefängnissen allen modernen hygienischen Anforderungen entspreche.

Das leidige Stullenpapier verunzert nicht allein die Wäldungen in der Umgegend Berlins, sondern auch die öffentlichen Parks in der Stadt.

Wir können uns dieser derben aber zutreffenden Mahnung nur aus vollem Herzen anschließen und hoffen, daß sie von Nutzen ist.

Der „Bund der Perverts“ spielte dieser Tage in der „Staatsb.“ eine beträchtliche Rolle. Die Polizei wurde aufgerufen, dieser Gesellschaft ein Ende zu machen.

In Nr. 282 der „Staatsbürger Zeitung“ berichtete der Leitartikel über einen angeblichen „Bund der Perverts“, und zwar auf Grundlage eines Schriftstückes, das in Form eines „offenen Briefes“ an den „Bund für Menschenrechte“ eine Forderung des letzteren mit dem „V. d. V.“ vorschlug.

In diesem Artikel wurde Herr Pfemfert, der übrigens den Brief nicht kannte, wie auch Herr Senna Hoh und auch Herr Karl Schmidt in der bei Antikemiten üblichen Weise scharf angegriffen, trotzdem die letztgenannten dieser Angelegenheit völlig fern standen.

Die „Staatsbürger-Ztg.“ hat sich also wieder einmal durch ihre blinde Leichtgläubigkeit blamiert. Zur Sache selbst müssen wir allerdings erklären, daß wir den „Studentenrat“ keineswegs gesinnungslos finden und in der Hoffnung leben, daß derartige Scherze hinfort über den Bereich des Tierischen nicht hinausgeführt werden.

Das schwere Gewitter.

Das gestern nachmittag über Berlin hinwegzog, führte in den tiefer gelegenen Stadtteilen zu Ueberschwemmungen verschiedener Straßen, namentlich im Centrum.

Mingbahn in der Prenzlauer Allee von Blitzschlägen heimgesucht. Einer von ihnen verursachte einen großen Dachstuhlbrand in der Prenzlauer Allee 86, unmittelbar neben dem Bahngleise.

In kurzer Entfernung vom Brandherde schlug der Blitz auch in verschiedene eiserne Trägermasten der Straßenbahn, und zwar zu beiden Seiten der Eisenbahnbrücke.

Die Fachschule der Buchdrucker, welche der Verwaltung des Magistrats untersteht, ist vom Oberpräsidenten unter Vorbehalt des Widerstands gemäß § 120, Absatz 3 der Gewerbe-Ordnung und § 3, Absatz 1 des Ortsstatuts für die Pflichtfortbildungsschule zu Berlin als ausreichender Ersatz des Unterrichts in der obligatorischen Fortbildungsschule der Stadt Berlin anerkannt worden.

Zur Angelegenheit der Charlottenburger Orts-Krankenkasse. Herr Paul Schmidt ersucht uns, folgendes mitzuteilen:

In der Nr. 141 des „Vorwärts“ befindet sich in Sachen der hiesigen Orts-Krankenkasse die Mitteilung, daß die in Nr. 142 publizierte Resolution mit allen gegen zwei Stimmen angenommen wurde.

Die „Germania“ leistet sich auch heute zum Behagen der Arbeiterseinde ihren Schimpfartikel. Als Verweisematerial für die „sozialdemokratische Korruption“ in der Krankenkasse dient ihr — wenn wir nicht irren zum tausendstenmal heute — Goerdes Broschüre, die belamisch alles Mögliche, aber nur keine Tatsachen enthält.

Eine größere Verkehrsstockung gab es gestern gegen mittag am Halleschen Tor. Gerade an der Kreuzung der Schienenstränge von der Straßenbahn war dort von einem mit schweren Kalksteinen beladenen Wagen ein Rad ausgesprungen, so daß er sich quer über die Gleise gelegt hatte.

Bis zu 3000 Mark Belohnung hat das Reichsbank-Direktorium auf die Ermittlung von Reichsbanknoten-Fälschern ausgesetzt.

Feuerbericht. Neben dem großen Dachstuhlbrande in der Prenzlauer Allee 86, der durch Blitzschlag entstanden war, hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden noch eine Reihe anderer Feuer abzulöschen.

Theater. Im Bellealliance-Theater ist gestern die Posse „Madame Xip-Top“ unter vielen Beifall zum 25. Male aufgeführt worden.

Charlottenburg.

Freie Turnerschaft Charlottenburg. Am Sonntag, den 25. Juni, beginnen die Jugendspiele für Knaben im Alter von 8 bis 14 Jahren. In Anbetracht des Wertes, den die Bewegungsspiele für Erziehung und Gesundheit haben, wird um rege Beteiligung ersucht. Spielzeit: Sonntags vormittags von 9-11 Uhr. Treffpunkt 8 1/2 Uhr Sophie-Charlottenstraße am Bahnhofs Westend.

Rixdorf.

Armen- und Waisenfürsorge in Rixdorf.

Am Schluß der Tagesordnung einer jeden Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung befindet sich stets eine Vorlage betreffs Neuwahl von Armenkommissions-Vorsitzern und Armenpflegern; so findet ständig ein Wechsel dieser Mitglieder statt. Daß dieser ewige Wechsel für die Geschäfte der Armenkommission nicht förderlich ist, dürfte klar sein, und auch der letzte Verwaltungsbericht befaßt diesen Zustand. Unter diesen Umständen sollte man meinen, daß die Verwaltung endlich einsehen möchte, daß unter ihren bisherigen Armenpflegern eine ganze Anzahl sich befindet, die nicht in der Lage sind oder nicht das genügende Interesse dafür haben, dauernd die Geschäfte der Armenpflege auszuführen; andererseits sollte es selbstverständlich sein, daß nun Mitglieder der Arbeiterpartei, die sich sicher mit großem Interesse der Armensache widmen würden, in die Listen hineingewählt werden. Dem ist leider nicht so, allen Vorschlägen der sozialdemokratischen Stadtverordneten zum Trotz werden Sozialdemokraten nicht in die Armenkommissionen hineingewählt. Augenscheinlich fürchtet man, daß die Armenverwaltung durch den Einfluß von sozialdemokratischen Kommunemitgliedern zu human würde, und das muß vor allen Dingen im Interesse der Sparsamkeit verhindert werden.

Was nun die Ausgaben der Armenpflege anbetrifft, so ist interessant, die Ausgaben für laufende und einmalige Unterstüßungen in den letzten Jahren zu betrachten.

Es wurden im Jahre 1904 für laufende Armenunterstützungen ausgegeben 60 604,25 M., im Jahre 1903 58 842,20 M., im Jahre 1902 55 794,70 M., im Jahre 1901 50 870 M.

Vergleicht man mit diesen Ziffern die Zunahme der Bevölkerung, die von rund 90 000 im Jahre 1901 auf rund 140 000 Einwohner im Jahre 1904 stieg, so kann man sagen, daß die Armenlasten bei weitem nicht so gestiegen sind wie die Einwohnerzahl. Für die einmaligen Unterstüßungen sind die Ausgaben sogar bedeutend gefallen, so wurden im Jahre 1901 ausgegeben 8407 M., im Jahre 1902 5392 M., im Jahre 1903 4087,60 M. und im Jahre 1904 nur 3810 M.

Wenn gleich es nun auch zweifelsohne, daß gerade bei der Armenpflege immer mehr und mehr Sparsamkeit, vielfach an falscher Stelle geübt wird, so ergeben trotzdem diese Ziffern, daß sich mit der Bevölkerungszunahme auch eine finanzielle Besserung Rixdorfs herausgebildet hat, daß die Zahl der Personen, die einmalige oder dauernde Armenunterstützung genießen, ständig prozentual abnimmt. Diese finanzielle Besserung zeigt sich auch deutlich an dem Zuschlag der zur Staatsrentensteuer als Gemeindesteuer erhoben wird. Dieser betrug 1901 140 Proz., 1903 150 Proz., 1904 130 Proz. und ist für 1905 auf 120 Proz. herabgesetzt. Durch die Armenpflege wurden in Sommerpflegestätten untergebracht 69 Kinder im Jahre 1904 gegen 52 im Jahre 1903, eine gewiß sehr geringe Anzahl.

Das städtische Obdach, das sich in den Räumen der früheren Straßenreinigungsanstalt in umgebauten Schuppen und Pferdeställen befindet, ist zurzeit sehr wenig besucht; wie der Verwaltungsbericht sagt, wohnt zurzeit nur eine Frau mit vier Kindern darin. Früher war dieses Haus, das zur Zeit der großen Wohnungsnot im Jahre 1901 als Obdach eingerichtet wurde, außerordentlich überfüllt, und auch die Dis-Krankeinstufe der Kaufleute war in der Lage, anfänglich mehrere Kontrollen eine Reihe von Schäden in diesem Institute festzustellen. Wenn nun jetzt das Obdach fast leer ist, so liegt es, abgesehen davon, daß jetzt kein Wohnungsangel in Rixdorf besteht, hauptsächlich daran, daß die Verwaltung endlich zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß es empfehlenswerter ist, den wohnungslosen Leuten zunächst angemessene Unterstüßungen zur Beschaffung einer Wohnung zu gewähren, als darauf zu warten, daß sie sich die erforderlichen Beträge für die erste Miete zusammengepart haben.

Vom Armenhause, in dem Arme, Siedhe, Waisenkinder und zeitweilig auch Kranke untergebracht werden, wird berichtet, daß die Löhne der Wärter erhöht wurden, weil bei den bisherigen niedrigen Löhnen fortwährender Wechsel von Personal stattfand. Die Kost ist etwas verbessert worden und den Armenhausinsassen, die im Besitz einer Rente sind, wird außer dieser Rente das fürsorgliche Taschengeld von einer Mark monatlich, in zwei Raten zahlbar bewilligt.

Die Waisenfürsorge wird hier in der Weise ausgeübt, daß die Waisenkinder in Armenhäuser nur als Durchgangsstation betrachtet wird; durchschnittlich befinden sich nur 17 Waisen monatlich dort, so bald wie möglich werden die Kinder in hiesige oder auswärtige Pflege gegeben. Daß diese Art Waisenfürsorge billig ist, dürfte unabweisbar sein, ob sie gerade im Interesse der Waisenkinder liegt, ist etwas anderes. In Berlin haben wir eine tüchtige Opposition gegen das Bestehen des Magistrats, das Hummelbürger Waisenhaus nach und nach aufzulösen und die Waisenfürsorge zu dezentralisieren. Es soll nicht geleugnet werden, daß je nach der Beschaffenheit der Pflegeeltern und deren sonstigen Lage, die Kinder sich vielleicht bei den Pflegeeltern wohler fühlen werden als in dem loserenartigen Leben der Waisenhäuser, andererseits ist es genügend bekannt geworden, wie namentlich auf dem Lande die Waisenkinder von den Bauern tüchtig ausgebeutet und zu schwerer Feldarbeit angehalten werden; außerdem ist die Kontrolle über die Ernährungs-, Wohnungs- und sonstigen hygienischen Zustände der Waisenkinder auf dem Lande eine viel schwieriger wie in der Zentralanstalt. Von Rixdorf wurden alljährlich Inspektionsreisen von Mitgliedern der Armenkommission nach den Waisenkolonien in Gransee und Storkow unternommen. Stets fand man alles gut und schön, auch der letzte Bericht ist des Lobes voll, immerhin wird angegeben, daß kleine Uebelstände beseitigt wurden und daß die Kolonie Gransee, die bisher sehr groß war, in mehrere Aufsichtsbereiche geteilt wurde; es scheint also doch einiges nicht ganz in Ordnung gewesen zu sein. In diesem Jahre ist es zum erstenmal gelungen, einen sozialdemokratischen Stadtverordneten mit zur Inspektionsreise zu delegieren. Man kann daraus gespannt sein, ob vor den Augen des sozialdemokratischen Stadtverordneten die Zustände in den Waisenkolonien auch so ideal erscheinen, wie es bisher von der Verwaltung dargestellt wurde.

Leichter als die Kontrolle der auswärtigen Waisenkinder ist die in der Stadt Rixdorf. Diese Waisen und Pflegekinder sind in Rixdorf in drei Kategorien eingeteilt, alle noch nicht 6 Jahre alten Kinder, die an Privatleute gegen Entgelt in Pflege gegeben sind, stehen unter der Aufsicht der Polizei, die diese wiederum 2 Aufsichtsbahnen und dem Kreisarzt überträgt hat. Nach dem Bericht des Kreisarztes ist der Gesundheitszustand dieser Pflegekinder ein guter, namentlich ist die außerordentlich niedrige Säuglingssterblichkeit dieser Kinder sehr erfreulich.

Alle Kinder, die sich auf Kosten der Armenverwaltung in Pflege befinden, werden von einer städtischen besoldeten Waisenfürsorgern beaufsichtigt.

Alle übrigen Kinder unterstehen den Gemeindefürsorgern, denen eine Anzahl unbesoldeter Waisenfürsorgern beigeordnet sind. Ueber die Gesundheits- und Sterblichkeitsziffern der der Gemeindefürsorge unterstehenden Waisen und Pflegekinder konnte der Dezernent leider in der letzten Gesundheitskommissionssitzung keine statistischen Ziffern bringen, doch hob er hervor, daß auch unter den städtischen Pflegekindern die Säuglingssterblichkeit bedeutend geringer sei als in der Familie.

Spandau.

„Religion gut, Kopfrechnen schwach“ könnte man so oft ausrufen, wenn man gewisse Submissionsblätter liest, die in der Regel nicht

zur Konkurrenzauflage, sondern vor allem die rechtserfahrenen Fähigkeiten unserer Handwerkermeister arg beleuchten. Kürzlich wurde hier z. B. der Anstrich eines städtischen Gasbehälters ausgeführt. Von den sich bewerbenden Malermeistern forderte der eine 1760 M., der zweite 2700 M., der dritte 3500 M. und der sechste gar 4970 M. oder dreimal soviel wie der erste. Dabei war eine ganz bestimmte Sorte Farbe, welche patentiert und nur bei einer Firma erhältlich ist, vorgeschrieben, so daß also die Schuld dieser enormen Differenz nicht etwa auf den verschiedenen Preis der Rohmaterialien geschoben werden kann.

Interessante Zahlen über die Entwicklung der Gasanstalt zu Spandau enthält der Bericht des Direktors Küling, welcher den Mitgliedern der Gasdeputation zugeleitet worden ist, um als Unterlage für die Erweiterung des Werkes zu dienen.

Während die Bevölkerungsziffer seit 1896 von 55 995 bis 87 248 (1905), also um 11 253 Seelen, das sind 20,10 Proz., stieg, vermehrte sich der Gasverbrauch in dieser Zeit von 159 978 Kubikmeter auf 2 470 591 Kubikmeter, das ist um 870 913 Kubikmeter oder 54,4 Proz. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet kamen 1896 28,6 Kubikmeter, 1905 30,7 Kubikmeter, der Zuwachs beträgt also 8,1 Kubikmeter pro Kopf, das sind 28,3 Proz.

Für das Jahr 1915 dürfte auf einen Jahreskonsum von mindestens 5 Millionen Hektoliter zu rechnen sein, da dann inzwischen auch der Stadtteil Kommandamun an das städtische Gasnetz angeschlossen sein wird. Bei der bevorstehenden Erweiterung der Anstalt soll darauf Bedacht genommen werden, daß der Betrieb allmählich auf eine maximale Tagesproduktion von 60 000 Kubikmeter gebracht werden kann.

Röpenitz.

Das Ortsstatut zur Errichtung des Kaufmannsgerichts in Röpenitz ist von der Regierung genehmigt worden. Die Wahl für die Handlungsgesellen (Arbeitsnehmer) ist am Sonntag, den 30. Juli, vormittags von 10 bis 12 Uhr, die Wahl für die Kaufleute (Arbeitgeber) am Montag, den 31. Juli, vormittags von 10 bis 12 Uhr. Die Wahlen finden an beiden Tagen im Rathaus, Schloßstraße 4, 1 Treppe, Zimmer 18, statt. Zu wählen sind je 4 Handlungsgesellen und 4 Kaufleute. Die Listen zur Eintragung für die Kaufleute und die Handlungsgesellen liegen noch bis einschließlich den 28. Juli im Zimmer 28 des Rathauses in den Dienststunden vormittags 8 bis 1 Uhr, nachmittags 3 bis 6 Uhr aus. Die Wahlberechtigten können ihre Eintragung innerhalb der Auslegefrist mündlich oder schriftlich beantragen.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Röpenitz wurden sieben neue Mitglieder aufgenommen. Danach wurde über den Organisationsstatutentwurf beraten; die Genossen Regel und Hilliges beschworieten, daß die Reichstagsfraktion nicht in ihrer Gesamtheit, sondern nur durch eine Vertretung am Parteitag teilnehmen soll. Genosse Herbst äußerte sich, er habe noch nie die Befürchtung gehabt, daß durch die Fraktion ein Uebergewicht der Parlamentarier und Akademiker auf dem Parteitag zustande gekommen sei. Wenn sich ähnliche Erscheinungen bemerkbar gemacht hätten, dann hätte die Partei in ihrer urwüchsigen Kraft immer noch das Richtige gefunden. Die Versammlung ist mit dem Entwurf voll und ganz einverstanden. — Im Juli fällt die Vereinsversammlung aus.

Nowawes.

Eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung tagte am Mittwoch im Schmiedischen Lokale in Nowawes. Trotz der drückenden Hitze waren 300 Personen erschienen. Genosse Hartmann-Vorlin vom Metallarbeiter-Verbande sprach über die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung und legte den Anwesenden die Notwendigkeit einer starken Organisation dar. Mitglieder der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften hatten sich aus Berlin einige Redner verschrieben, die denn auch in die Diskussion eingriffen. Einer der Herren, Jordan-Berlin, ließ eine Rede vom Stapel, die lediglich in einer Beschimpfung der freien Gewerkschaften, insbesondere des Metallarbeiter-Verbandes gipfelte. Auch die beliebte Redensart vom Terrorismus der Gewerkschaftsmitglieder spielte eine Rolle. Genosse Dummeritz führte aus, daß gerade die letzte Wahl des Arbeiter-Ausschusses bei Drenstein u. Koppel in Dreiwitz gezeigt habe, daß von den H.-D. der schlimmste Terrorismus ausgeht werde. Redner zeigt an der Hand einiger Fälle, in welchen probierender Weise die Mitglieder des H.-D. Gewerkschaften in erwähnten Betriebe auftraten. — Genosse Hoffmann (Buchdrucker) ging auf die prinzipielle Haltung des Gewerkschaften ein und erläuterte, wie verkehrt sie sei; das sei am besten daran zu erkennen, daß sich die freien Gewerkschaften zu einer Macht ausgewachsen hätten, mit der das Unternehmertum rechnen müsse, während bei dem Gewerksverein von einem Fortschritt fast gar keine Rede sein könne. Die Gewerkschaften könnten und würden den Klassenstandpunkt nicht aufgeben, denn dieser habe sie zu der jetzigen Größe verholfen. Nachdem noch die Herren Joseph-Berlin und Dorisch (H.-D.) in dem Tone des Herrn Jordan gegen die Tätigkeit der freien Gewerkschaften gesprochen hatten, widerlegte Genosse Hartmann die Behauptungen der Gewerkschaften. Die vorgebrachten Anschuldigungen über den Terrorismus der Verbandsmitglieder beruhten auf Unwahrheit, die einzelnen Fälle hätten sich ganz anders abgespielt. Auch die Behauptung, daß die Gewerkschaften im Dienste der Partei ständen, könne nicht bewiesen werden, dagegen seien die Gewerkschaften hauptsächlich gegründet, um die Arbeiter dem Einflusse der Sozialdemokratie zu entziehen. Daß die Taktik des Metallarbeiter-Verbandes die richtige sei, beweiße die fortwährende Mitgliederzunahme und die jetzt stattgehabte Generalversammlung. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband erfolgte Schluß der imposanten Versammlung.

Wer noch heute Sozialdemokrat sein? lautete das Thema einer am Mittwoch im Volksgarten abgehaltenen, von 500 Personen besuchten Volksversammlung, über welches Genosse Paul Göhre referierte. Im ersten Teil seiner Rede erläuterte der Referent in ausführlicher Weise die Ziele der Sozialdemokratie, um darauf bei der Beantwortung obiger Frage darzulegen, daß heute nicht nur jeder Industrie-Arbeiter, sondern auch der Kleinbauer, Handwerker, Heimdarbeiter, keine Beamte sowie jeder Gehilbe, der nicht an der Erhaltung der Großbourgeoisie und des Adels ein Interesse habe, Sozialdemokrat sein müsse, wenn er seine Interessen richtig vertreten wolle. Mit der Hoffnung, daß sein Vortrag dazu beitragen möge, die Anhängerschaft unserer Partei auch in unsern Orte zu vergrößern, schloß Redner seinen 1 1/2 stündigen, mit brausendem Beifall aufgenommenen Vortrag. In der Diskussion forderte Genosse Hoffmann dazu auf, es nicht bei dem Beifall zu belassen, sondern auch die Konsequenzen aus dem Vortrage zu ziehen und dem Wahlverein beizutreten, sowie auf die Parteipresse zu abonnieren. Hierauf wurde die imposante Versammlung vom Gen. Krohnberg mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Grünau.

In Bohnsdorf bei Grünau hat gestern morgen 10 1/2 Uhr der Blitz in eine Dreierbude eingeschlagen. Menschen kamen zum Glück nicht dabei zu Schaden, doch gingen die Rettungsarbeiten nur langsam vor sich, trotzdem sowohl von Grünau wie von Bohnsdorf die Feuerwehr allmählich zur Stelle war.

Steglich.

Eine „klassische“ Antwort. Die am meisten vernachlässigte Straße in Steglich ist wohl ohne Zweifel die kurze Straße, welche die Marktsteinstraße mit der Birkenstraße verbindet. Straßenpflaster oder gar Bürgersteige sind unbekannt; bei Regenwetter wird sie durch das von der Marktsteinstraße einströmende Wasser in ein Schlammmeer verwandelt und bei trockener Witterung kann sie mit dem Tempelhofer Exerzierplatz in bezug auf Staubentwicklung in Konkurrenz treten. Um diesem Uebelstande wenigstens einigermaßen zu steuern, wandte sich vor kurzem ein Anwohner mit der Bitte an den Gemeindevorstand, zu veranlassen, daß die kurze Straße ebenfalls befestigt werde, zumal der Sprengwagen die Straße regelmäßig passiere (jedoch

ohne Wasser zu spenden!) und somit selbst noch zur Staubentwicklung beitrage. Auf dieses Gesuch ging folgende, vom dem stellvertretenden Amtsvorsteher Manke unterzeichnete Antwort ein: „Auf die Eingabe vom 2. d. Mts. erwidere ich Ihnen, daß eine Verpflichtung zur Sprengung (i) der kurzen Straße seitens der Gemeinde nicht vorliegt, solange diese Straße einer ordnungsmäßigen Pflasterung entbehrt. Es muß Ihnen ohne weiteres zugegeben werden, daß die Staubentwicklung in einer ungepflasterten Straße besonders stark ist. Diese Unannehmlichkeit muß aber von deren Anwohnern getragen werden, denn sie waren nicht gezwungen, dort zu bauen oder dorthin zu ziehen. — Seit einer Reihe von Jahren wird übrigens die Erlaubnis zum Bauen an unregulierten Straßen grundsätzlich nicht mehr erteilt.“

Wir fragen Herrn Manke: Was würden Sie wohl gesagt haben, wenn in der letzten Gemeindevertreter-Sitzung der Antrag auf Pflasterung und gärtnerische Ausbesserung der Kaiser Wilhelmstraße damit belampt worden wäre, daß Herr Manke und die übrigen Willenbesitzer ja nicht gezwungen waren, dort zu bauen! — U. A. W. G.

Briefkasten der Redaktion.

E., Reichenbergerstr. 51. Wir empfehlen grundsätzlich keine Fiktionen.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

C. T. 51. 1. Rein. 2. Ja, aber der Beweis der Urheberchaft ist sehr schwierig. 3. Etwa 30 bis 100 Mark. — Max Grate. 1. und 2. Rein. 3. Nicht wirtschaftlich. — O. T. Hat Ihr Bruder sein Testament hinterlassen, so erbt seine kinderlose Witwe in Ihrem Fall die Hälfte des Nachlasses und überdies als Voraus die Hochzeitsgeschenke und die zur Haushaltung gebörenden Mobilien. Können Sie sich nicht in Güte einigen, so müssen Sie sich an das Gericht wenden. — 46 R. G. Abschritt des Testaments erhalten Sie auf Antrag vom Gericht. Ist der Rechtsanwalt nachlässig, so ist sein Verlangen gerechtfertigt. Sonst ist nicht ersichtlich, was er mit der Sache zu tun hat. — E. Ja. — R. A. 1. Leider können Sie die Einwilligung nur durch Güte erreichen oder müssen bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres warten. Ihre Braut könnte beim Vormundschaftsgericht beantragen, ihr vollständig erklärt zu werden und könnte, falls dann die Einwilligung für verneigt wird, Ergänzung der Einwilligung beim Vormundschaftsgericht beantragen. Aber mehrere Monate würden hierdurch verstreichen und der Erfolg ist ein zweifelhafter. — E. R. 28. Die Anmeldung muß erfolgen und die für Vermietungskontore erlassenen Vorschriften müssen beim Betrieb beachtet werden. Die dortige Polizei wird Ihnen Auskunft über die dortigen Vorschriften erteilen. — P. 1. Gra. Rein. — Arbeiter-Schwimmer. Die Babenankalt haltet keineswegs die Versicherungsgesellschaft, falls Sie gegen Unfall persönlich sich versichert haben. — P. A. 2. Sie können auf Lieferung des Wagens und auf eine nach richterlichem Ermessen zu bemessende oder von Ihnen anzugebende Entschädigung klagen. 2. Rein. — M. Z. 1572. Etwa 9 bis 10 Mark. — E. 60. Sie wählen sich an die Urben wenden. — A. S. Leider nein. — E. Z. 35. Ja. — R. A. 43. Eine Versicherungspflicht scheint vorzuliegen, die Strafandrohung ist aber nicht möglich. Klagen Sie den gesamten Sachverhalt unter Befügung der Strafandrohung und der Leistungskarte schriftlich oder in der Sprechstunde vor. — R. B. 45. Wenden Sie sich an die Zentralauskunftsstelle der esthischen Gesellschaft, Unter den Linden 16. — P. 1. Sie würden außer Gütergemeinschaft leben. Es empfiehlt sich aber, daß Sie vor der Heirat einen notariellen Vertrag nach Art des S. 235 Nr. 2 im Hinblick zum „Arbeiterrecht“ enthaltenen abschließen. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — Wührgeweriger. 1. und 2. Rein. 3. Bücher über die ökonomische Lage in England erhalten Sie in jeder öffentlichen Bibliothek. Der von Ihnen verfolgte Zweck ist aber nur dadurch zu erreichen, daß Sie mit der betreffenden Genossenschaft sich in Verbindung setzen. — Alter Abonnent 52. Durch das Antisemitentum Beispiele zu Anträgen auf Erteilung der Erbeseignung sind Sie in dem dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Führer. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — D. D. Mitterkrope. Rein. — G. 49. 1. Die Klage kann vor dem 1.7. eingereicht werden. 2. Ihr Anspruch ist recht zweifelhaft. In Ihrem Verhalten kann ein zur Klageungünstigen Einfluß berechtigter Grund erblickt werden. 3. Ein Exemplar gemäß. — R. Z. 108. Nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts ist die Aufforderung und das Vorgehen des Amtsvorstehers ein berechtigtes. — M. D. 118. Sie sind durchaus im Recht. — P. Z. 60. Bei dem Rücktritt von einer Versicherung hat die Gesellschaft in der Regel nichts zurückzahlen. Ob und wie viel in Ihrem Fall zurückzahlen ist, läßt sich ohne Kenntnis des Wortlauts der Police und der Statuten nicht beantworten. — Wette 5. 1. Wenden Sie sich an die Spiegelfabrik oder an eine Spiegelbedarfsanstalt. 2. Das hängt von der Höhe des Vorwurfs und der Kosten ab. 3. Unwahre Angaben über die Adresse beim „Versehen“ können eine strafbare Handlung in sich schließen. — Sch. 5. Inwiefern ist es, daß beide Eheleute den Vertrag, den beide geschlossen haben, kündigen. Die Kündigung durch nur einen genügt zwar in der Regel, es existieren von dieser zutreffenden Gerichtspraxis abweichende Urteile. Die Kündigung kann stets vor dem im Vertrag als spätesten Termin fixierten erfolgen. — Volk 27. 1. und 2. Rein. 2. Die Vorschriften finden Sie in den §§ 32 bis 35 des Gerichtsverfassungsgesetzes, das in jeder öffentlichen Bibliothek einzusehen ist. — E. Z. 18. 1. Sie können und sollten sich beschweren, wenn der Standesbeamte wegen Arbeitsüberhäufung streiken und Ihre Ehehehlung erst später entgegennehmen will. Vielleicht ist der für den Bezirk Ihrer Braut zuständige Standesbeamte arbeitsunfähig. 2. Die Aufgebotsfrist beträgt 14 Tage (§ 46 des Verordnungsstaatsgesetzes). In diesen 14 Tagen müssen Sie noch einige Tage zum Hin- und Herenden rechnen. Das wird der Standesbeamte gemeint haben. — G. 6. 13. Die Grundsteuer ist geplant, aber noch nicht beschlossen. — R. Z. 100. Ihnen steht ein Anspruch auf sechsmonatliche Kündigung zum Quartalsenden zu. Ihr Gehalt bis zum 1. Oktober klagen Sie, zunächst beim Gewerbeamt, ein. — R. Z. Die Beilegungssache können Sie zu Protokoll erklären oder schriftlich einreichen. Ein Beispiel finden Sie S. 600 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden „Arbeiterrechts“. In dem von Ihnen vorgelegten Fall unterbleibt wohl besser die Klage, weil auf beiden Seiten Beilegungen vorzuliegen scheinen. — Altersrente. Altersrente wird nicht neben der Invalidenrente gezahlt. In Ihrem Fall würde Altersrente, solange die Invalidenrente gezahlt wird, nicht gezahlt werden. — R. B. 18. Der Vertrag, auf den Ihre 13 Anträge Bezug nehmen, hat diesen nicht beigelegt. Glauben Sie von Ihrem Patentamt überverteilt oder unrecht behandelt zu sein, so wenden Sie sich an den Ehrengerichtshof der Patentanwälte (Patentamt Luisenstraße). Soweit Ihre Darlegungen erkennen lassen, hat der Patentanwalt durchaus korrekt gehandelt. Er ist berechtigt, von Ihnen die vereinbarten oder angemessenen Gebühren zu verlangen und, falls diese nicht oder nicht voll zahlen, das Mandat niederzuliegen. Ob die Gebühren richtig berechnet sind, ist ohne Einfluß in den Vertrag und in die Urten nicht zu beantworten. In der Sache selbst wird Ihnen bereitwillig auf dem Patentamt Auskunft erteilt. In England gibt es einen prozessualen Schutz auf die Dauer von sechs Monaten zur Wahrung der Priorität und einen definitiven. Der Patentamt war nur dann verpflichtet, über die für Italien schwerer verständlichen Einzelheiten der ausländischen Erfindung Auskunft zu geben, wenn er danach gefragt wurde. — W. D. 00. Im Scheidungsprozeß werden dem Teil der Kosten auferlegt, der für schuldig erklärt ist. — Veritas. Wenden Sie sich zur Vertretung an einen Anwalt: Sie haben nur noch Kräfte des Nachlasses zu halten. Der Klage scheint überdies der Einwand der Verjährung oder der entgegenzustehen, daß die Forderung schon einmal ausgeklagt war. — Hoden. 1. Rein. 2. Zu entscheiden, ob der Antrag auf Rückzahlung der Beitragsmarken oder das Weiterleben sich empfiehlt, muß Ihrer Verteilung überlassen bleiben. Wagt Ihre Braut nach der Versicherung sich die Beiträge zurückzahlen, so erhält sie einige Mark bar, kann aber etwaige Ansprüche auf Alters- oder Invalidenrente usw. erst geltend machen, wenn sie abermals mindestens 300 M. geleistet hat. Wagt aber Ihre Braut sich die Beiträge nicht zurückzahlen, sondern steht weiter, so behält sie ihre eventuellen Ansprüche, falls sie als Weiterverversicherer mindestens 30 Mark für je zwei Jahre steht oder falls sie weiterarbeitet. Diese eventuellen Ansprüche bestehen in dem Anspruch auf Invaliden- oder Altersrente, auch kann die Versicherungsanstalt Heilfürsorge (z. B. in Schwundschiffen, bei Bleichsucht, Nervenstärke, Folgen der Mutterschaft usw.) erteilen lassen. Würde das Gesetz ein Recht auf Heilfürsorge dem Versicherenden geben, so wäre unbedingt von einem Antrag auf Rückzahlung abzuraten. Da solches Recht leider nicht besteht, so mag der Versicherer selbst beurteilen, ob unter Berücksichtigung seiner persönlichen Verhältnisse Rückzahlung oder Weiterversicherung vorzuziehen ist. Ein Beispiel für einen Rückzahlungsantrag finden Sie im „Arbeiterrecht“ S. 605; der Antrag ist an den Magistrat, Abteilung für Invalidenversicherung, Köllnischer Park, innerhalb eines Jahres nach der Heirat zu richten. — P. 9. 1. Für den Unterhalt Ihrer Kinder haben Sie auch nach der Scheidung und auch dann zu sorgen, wenn das Erziehungsgeld Ihrer Braut als dem schuldlosen Teil zufällt. 2. Wird eine Ehe wegen Ehebruchs geschieden, so ist die Ehe zwischen dem Ehebrechern verboten. Von diesem Verbot kann aber Dispens erteilt werden.